Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

21. Januar 1980
Jg. 8 Nr. 4

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

DVR Korea schlägt Gespräche zur Wiedervereinigung vor

z.ror. Zu Beginn des Jahres hat die DVR Korea erneut die Aufnahme von Gesprächen zur Wiedervereinigung des durch den US-Imperialismus gespaltenen Landes der Regierung, der Opposition und neun weiteren Persönlichkeiten Südkoreas vorgeschlagen. „Nur wenn wir die Sache der Wiedervereinigung erfüllen, können wir Nation und Volk vor den Einmischungen und Intrigen fremder Mächte schützen", erklärte die Regierung der DVR Korea 1979. Der südkoreanische Staatspräsident Choi hat direkte Gespräche auf Ministerpräsidentenebene begrüßt, während die USA Gespräche über die Umwandlung des Waffenstillstandes in einen Friedensvertrag ablehnten. Um das Zustandekommen der Gespräche zu verhindern, verletzten die USA mit Spionage- und Militärflugzeugen bis zum 11.1.80 schon sechsmal den Luftraum der DVR Korea.

Vietnamesische Expansionisten bieten „Nichtangriffspakte" an

z.hku. Am 7.1. hat der Außenminister Vietnams mit den Marionetten in Phnom Penh und den laotischen Außenminister eine gemeinsame Erklärung abgegeben, mit der Vietnam an der Unterwerfung Indochinas festhält: „gegenseitige Verteidigung" sei die „Pflicht der Brudervölker"; die Entwicklung in Kampuchea „unumkehrbar"; die Forderung nach Abzug der Besatzertruppen eine gefährliche Einmischung. Jetzt sei es für die ASEAN an der Zeit, mit ihnen Gespräche über eine „Region des Friedens" zu führen. Vietnam sei bereit, zweiseitige Nichtangriffspakte mit den ASEAN-Staaten und Burma abzuschließen. Thailand, dessen Souveränität Vietnam fortwährend seit der Aggression gegen Kampuchea bedroht, hat einen solchen Vorschlag bereits im Sommer abgelehnt mit dem Hinweis, über einen solchen Vertrag würde die Welt nur staunen.

EPLF greift Hegemoniestreben der Supermächte an

z.ans.Rom. Die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) hat die im Dezember gegen die äthiopischen Aggressionstruppen eingeleitete Gegenoffensive im Januar auf das Gebiet um die eritreische Hauptstadt Asmara ausgedehnt. In einer Erklärung vom Januar wendet sich die EPLF gegen die Sowjetunion, die mit massiver militärischer Unterstützung den Kolonialkrieg schürt. Die sowjetischen Waffenlieferungen für 1,25 Mrd. Dollar müssen die Völker Äthiopiens zahlen. Angesichts der Entwicklung im Iran und in Afghanistan greift die EPLF in der Erklärung das Hegemoniestreben der beiden Supermächte in der ganzen Region an und bekräftigt demgegenüber erneut ihre Bereitschaft zu einer „friedlichen Lösung der Eritrea-Frage", die das Recht des eritreischen Volkes auf Selbstbestimmung garantiert.

Azania: Ford-Arbeiter setzen Wiedereinstellung durch

z.rua. Am 10.1. mußte die Ford Motor Company in Port Elizabeth alle im November entlassenen 700 Arbeiter wieder einstellen, die gegen die Entlassung des Arbeiterführers Thozamile Botha gestreikt hatten. Ford muß zumindest einen Teil der Streiktage bezahlen. Das Regime will den erstarkenden Zusammenschluß der azanischen Arbeiter zerschlagen und plant die Zwangsräumung des größten Arbeiterviertels Walmer. Auf einer Versammlung der schwarzen Bürgerorganisation Pebco zur Organisierung von Kampfschritten verhaftete die Geheimpolizei mehrere Streikführer und Führer der Pebco. Sofort demonstrierten Tausende von Azaniern durch Port Elizabeth. 6000 Teilnehmer einer von der Pebco organisierten Versammlung beschlossen, daß alle Arbeiter der Stadt streiken werden, wenn die Verhafteten nicht innerhalb 14 Tagen freigelassen sind.

„Nach Caracas und Afghanistan ..."

Die Rechnung wird allemal den Arbeitern vorgelegt

z.ges. Für rund acht Millionen Lohnabhängige stehen die Lohnforderungen fest oder, wie im Öffentlichen Dienst, so gut wie fest: gemeinsam ist fast allen Forderungen, daß ein Mindestbetrag verlangt wird. So besteht eine gemeinsame Front gegen die Kapitalisten und den Dienstherrn. „Caracas" und „Afghanistan" sind die Stichworte, mit denen Kapitalisten und Regierung diese Front zu spalten hoffen.

In Caracas haben die in der OPEC zusammengeschlossenen Ölförderländer die Ölpreise freigegeben. Sie werden jetzt durch den Markt, d.h. durch die Konkurrenz unter den Kapitalisten geregelt, und diese Konkurrenz ist hart. Vor jeder Krise wird diese Konkurrenz zügellos. Die Ölpreise und Rohstoffpreise steigen. Verschärft wird diese Entwicklung durch Spekulation auf die politischen Krisen.

Mit dem Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan wird vollends sichtbar: nicht Entspannung, sondern die Rivalität der beiden Supermächte beherrscht die Welt. Die USA konzentrieren ihre Flotte in der Golfregion, als ginge es ihnen um ein paar Leute in der amerikanischen Botschaft von Teheran. Wie die Botschaftsangehörigen als CIA-Agenten recht gewesen sind, um den Iran zu kontrollieren, so sind sie jetzt als Geiseln recht, um die Kontrolle über den Iran zurückzuerobern. Die beiden Supermächte treten die Interessen der Völker mit Füßen, um sich gegenseitig an die Gurgel zu gehen. Damit sie in diesem „Konzert der Mächte" wenigstens eine zweite Geige spielen können, müssen die BRD-Imperialisten den Hauptschlag nach innen richten. Schmidt in seiner Regierungserklärung vom Donnerstag letzter Woche:

„Die neuen internationalen Krisen sind aufgeflammt, während unsere Volkswirtschaft sich gerade erfolgreich auf die welt*wirtschaftlichen* Herausforderungen eingestellt hatte: auf den Strukturwandel der Weltwirtschaft und auf die Energiekrise." Da hätten jetzt die internationalen Entwicklungen wie der Hagel eingeschlagen:

„Daran muß jeder denken, der in unserem Land über Preise oder über Löhne mitentscheidet. Preiserhöhungen und Lohnforderungen, die ihm selbst vielleicht im Frühherbst des letzten Jahres noch als realistisch erschienen sind, müssen angesichts der weltweiten Entwicklung überprüft werden. Mit anderen Worten: Nicht nur der Staat, nicht nur die Bundesbank, sondern auch die Unternehmensleitungen und die Tarifpartner müssen darauf achten, daß sich die Preise und Löhne nicht gegenseitig aufschrauben und damit die wirtschaftlichen Aussichten für uns alle verschlechtern." Der Hebel wird im Innern angesetzt. Nicht umsonst schreiben die Zeitungen über die englische Premierministerin, die außenpolitisch auftritt, als wäre Großbritannien noch eine Weltmacht, die „eiserne Lady" müsse jetzt erst beweisen, was an ihr eisern sei und den englischen Stahlarbeiterstreik brechen.

Helmut Schmidt hat schon immer gewußt, daß über die außenpolitische Stellung der Imperialisten im Kampf gegen die Arbeiterklasse entschieden wird, aus deren Ausbeutung die Imperialisten erst die Machtmittel ziehen, um außenpolitisch aufzutrumpfen. Einstweilen wird außenpolitisch immer noch Zurückhaltung gewahrt. Die Opposition will das Betätigungsfeld der NATO ausdehnen. Aber selbst Strauß meinte im Bundestag, ein direkter Einsatz westdeutscher Truppen z.B. in der Golfregion käme gegenwärtig nicht in Frage von wegen Vergangenheit. Da sei Arbeitsteilung notwendig. Um die zu ermöglichen, müßte die Bundeswehr verstärkt werden, damit andere an der Front in Europa entlastet werden könnten. Es ist aber nicht die Vergangenheit, die zur Zurückhaltung zwingt, sondern die Tatsache, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen von imperialistischen Kriegen genug haben und gegenüber Interventionsabsichten und Kriegsvorbereitungen mißtrauisch sind. So sah Strauß in der Bundestagsdebatte das Hauptproblem darin, die Volksmassen psychologisch auf Opfer einzustellen. Da sucht er Gemeinsamkeit mit der Regierung.

Für diese Woche hat Schmidt Strauß und Kohl zu dem gewünschten persönlichen Gespräch eingeladen. Auch da wird es hauptsächlich um Innenpolitik gehen, denn die äußeren Probleme stellen sich den westdeutschen Imperialisten vor allem als innere Probleme: die Ausbeutung hat einen solchen Grad erreicht, daß die Opferrufe keinen Widerhall finden, und marschieren will fast keiner. Diese Stellungen muß die Arbeiterklasse unbedingt halten und ausbauen. Aber sie reichen auf die Dauer nicht. Jeder spürt, daß die Kriegsgefahr wächst und daß Pazifismus dagegen nichts nützt. Unaufhaltsam entsteht die Alternative: früher oder später unter dem Kommando der Bourgeoisie erneut in den Krieg zu marschieren oder rechtzeitig das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und die Herrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen. Dabei geht die Kriegsgefahr vor allem von den beiden Supermächten aus, aber so lange die westdeutsche Bourgeoisie herrscht, wird sie auf einer der kriegführenden Seiten stehen. Jede selbständige Aktion der Völker verzögert den imperialistischen Krieg. Von der afghanischen und iranischen Befreiungsbewegung war im Bundestag nicht die Rede, sondern bloß von Möglichkeiten imperialistischer Intervention. Tatsächlich stünden sich die beiden Supermächte im Mittleren Osten schon direkt gegenüber, wenn die Volksmassen nicht Gewehre in der Hand hätten und die ihren Interessen gemäß wehrten. Pazifismus ist das schlechteste Mittel gegen den Krieg, wenn die Imperialisten die Waffen haben und über sie kommandieren.

Schmidt behauptet, er hätte „Vertrauen in die Menschen *unseres* Landes". Zum Glück ist dies „Vertrauen" schlecht begründet, denn sonst wäre die Lage übel. 150 Mark mindestens sind jedenfalls mehr wert als das Vertrauen Schmidts. Politisch zahlen sie sich auch besser aus, bekräftigen sie doch einen selbstständigen Interessenstandpunkt und zeigen, daß er verfochten wird.

Italien: Generalstreik gegen Steuerplünderung, für höhere Renten und Familienzuschläge



Mit einem Generalstreik haben die italienischen Lohnabhängigen am letzten Dienstag ihre Forderungen gegen die Regierung Cossiga bekräftigt. Gegen die Lohnsteuerplünderung fordern die Gewerkschaften für 1980 eine Steuersenkung um 84000 Lire (182 DM) und künftig jährliche Anpassung der Steuerfreibeträge an die Inflation. Außerdem sollen die jämmerlichen Sozial- und Mindestrenten erhöht und die seit 1974 festliegenden Familienzuschläge verdoppelt werden. Mit Beifall wurde auf der Streikkundgebung in Rom (Bild) ein Sprecher der Polizisten begrüßt, die demnächst gegen ausdrückliches gesetzliches Verbot ihre Gewerkschaft gründen wollen.

Stahlarbeiterstreik vor entscheidender Woche

Britische Arbeiter in Privatwerken streiken vorerst nicht / Regierung droht

z.hef.London. Die Vorstände der beiden Stahlarbeitergewerkschaften ISTC und NUB beschlossen auf ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, die Streikposten noch weiter auszudehnen und möglichst alle Stahllieferungen in Großbritannien zum Stillstand zu bringen. Die Stahlarbeiter verhindern mit ihrem Streik und die Streikposten seit drei Wochen vollständig die Produktion und Auslieferung beim staatlichen Stahlmonopol British Steel Corporation. Aber als Vorbereitung auf den Streik hatte BSC große Lagerbestände an Stahlhandelsbetriebe und verarbeitende Industrie ausgeliefert. Außerdem gelingt es den Kapitalisten immer noch, Stahl zu importieren. Die privaten Stahlfirmen produzieren größtenteils weiter, aber hier weigern sich die ISTC-Mitglieder in den Werken, Stahl zu verladen oder aus den Werken zu lassen. Unter Polizeieskorte gelingt den Kapitalisten nur mit vereinzelten LKW die Ausfahrt.

Am Mittwoch wurden wieder drei Arbeiter in Risca (Wales) und sieben in Middlesborough verhaftet und wegen „Behinderung der Polizei" angeklagt. Die Polizeiangriffe haben die Stahlarbeiter eher zusammengeschlossen als sie eingeschüchtert.

Ein großes Problem ist, daß außer der TGWU (mit 15000 Mitgliedern bei BSC) keine Gewerkschaft Streikgeld zahlt. Die meisten Arbeiter haben ihren letzten Wochenlohn am 21. Dezember oder Anfang Januar erhalten und seitdem nur Steuerrückzahlungen von circa 40 DM in der Woche. Vor allem in Städten wie Corby, wo Arbeiter und Angestellte entweder bei BSC arbeiten oder arbeitslos sind, wirkt sich das jetzt aus. Die ISTC führt ihren ersten Streik seit 1926. Alle Gelder seien so angelegt, daß bei einem schnellen Verkauf der Wertpapiere 50% Verlust entständen, erklärte die Gewerkschaftsführung dazu. Außerdem würden Streikgelder nur von der Sozialhilfe abgezogen, auf die die Streikenden Anrecht hätten. Aber die Sozialämter weigern sich in der Regel zu zahlen. Nur einzelne Familien erhalten Geld.

Die Tatsache, daß kein Streikgeld gezahlt wird, trägt zu der zögernden Haltung der Stahlarbeiter in den kleinen und mittleren privaten Stahlwerken bei, selbst zur Unterstützung des BSC-Streiks zu streiken. Nach Beratung mit den Delegierten dieser Arbeiter beschlossen die Gewerkschaftsvorstände am Mittwoch, sie erst am 27.1. zum Streik zu rufen.

Nachdem die erste Hetzwelle nichts gefruchtet hat („Lebensmittelversorgung wegen Dosenmangels gefährdet"), versuchen Kapitalisten und Regierung jetzt, die Arbeiter auszuhungern und gleichzeitig den Eindruck zu vermitteln, sie überständen den Streik glänzend. Werksstillegungen im ganzen Land zeigen, daß das nicht so ist. Und die Stahlarbeiter gehen jetzt daran, den Kapitalisten den Stahl endgültig abzuschneiden.

Unterstützung aus dem In- und Ausland ist dafür dringend nötig. Die britischen Eisenbahner erklärten am Mittwoch erneut, daß sie alle Stahllieferungen bestreiken. Die ISTC druckt in ihrer neuesten Streikzeitung Telegramme der Gewerkschaften aus Frankreich, den USA, Westdeutschland, Japan, Italien, Portugal, Spanien, Mexiko, Brasilien und von internationalen Verbänden ab.

Afghanische Soldaten kämpfen gegen die Invasionstruppen des Sozialimperialismus



Über die Hälfte der Soldaten ist zu den aufständischen Bauernarmeen übergelaufen. Die übrigen sind von sowjetischen Truppen in den Kasernen eingeschlossen und meutern. Bild: Übergelaufene Armeeeinheit in der Nähe von Farah.

z.frb. **Über Tarifpolitik sei auf dem Treffen von DGB-Spitzen und Kapitalistenverbänden bei Minister Lambsdorff nicht gesprochen worden.** So versucht das ,,Handelsblatt'' zu beruhigen. Aber wer glaubt das? Noch aus Arabien hatte Lambsdorff eine ,,maßvolle Lohnpolitik'' gefordert. Alles müßte nach unten revidiert werden, tönt die Kapitalistenpropaganda, und die Metallkapitalisten bieten 4,3%. Einige Zahlen über die Volkswirtschaftliche Gesamtzählung 1979 sind veröffentlicht. Die ,,Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen'' stiegen um 9,4%, die Bruttoinvestitionen um 20,6%. Auch die Körperschaftssteuer, die Kapitalgesellschaften auf ihren Profit zahlen, stieg um 19%. Durch den Festbetrag werde ,,einfache Arbeit'' zu teuer, sagen die Kapitalisten. Davon hätten sie gern die Lohnbewegung wieder runter. Aber wie? Eugen Loderer schreibt im ,,Gewerkschafter'': ,,Für uns ist es auch enttäuschend, daß das Bundesfinanzministerium keine Initiative zur Erhöhung des Weihnachtsfreibetrags für Arbeitnehmer im Jahre 1979 unternommen hat.'' Ob da die IG-Metall-Spitze gelockt worden war? Jetzt ist der Boden für solche Händel noch schlechter. Zu viele sind auf Kurs.

z.uwz. **Der Hamburger Bürgermeister Klose (SPD) machte bei seinem Empfang für 350 Gewerkschaftsjugendliche im Rathaus gar nicht den Eindruck, daß er ,,überhaupt nichts an sich hat, was nach Resignation aussieht''.** Seine Hoffnung, mit Speck Mäuse für die Kapitalisten zu fangen, sein großer Imbiß verfingen nicht. Die Jugendgruppen der IG Metall und der ÖTV z.B. griffen die Pläne des Senats zur Einführung des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) und zur Ausdehnung der Nachtarbeit für Krankenpflegeschülerinnen an. Die Senatoren (Bild: Schulsenator Grolle wird von verschiedenen Jugendvertretern zur Rede gestellt) und Staatsräte, die die Arbeiterjugendlichen wie Hyänen ihr Aas umschwärmten, sahen diese nicht mit Sekt und Zigarren bestochen: Die IG Metall verbreitete ein Flugblatt gegen das BGJ im Rathaus, die ÖTV unterstütze die Forderungen zum Manteltarifvertrag für Auszubildende. Mit Fragen der Gewerkschaftsjugend an Klose und die Senatoren wurden die Absichten des Senats enthüllt. Hans Ulrich Klose tat unbeteiligt: ,,Dafür kann ich doch nichts.'' Seine Chancen am 1. Mai zu reden sind damit nicht besser geworden.

rinnen an. Die Senatoren (Bild: Schulsenator Grolle wird von verschiedenen Jugendvertretern zur Rede gestellt) und Staatsräte, die die Arbeiterjugendlichen wie Hyänen ihr Aas umschwärmten, sahen diese nicht mit Sekt und Zigarren bestochen: Die IG Metall verbreitete ein Flugblatt gegen das BGJ im Rathaus, die ÖTV unterstütze die Forderungen zum Manteltarifvertrag für Auszubildende. Mit Fragen der Gewerkschaftsjugend an Klose und die Senatoren wurden die Absichten des Senats enthüllt. Hans Ulrich Klose tat unbeteiligt: ,,Dafür kann ich doch nichts.'' Seine Chancen am 1. Mai zu reden sind damit nicht besser geworden.



z.kbw.zk. **Die Heidelberger Staatsanwaltschaft hat am Montag, dem 14. Januar, Helga Rosenbaum, Mitglied des ZK des KBW, festgenommen.** Helga Rosenbaum war einer Vorladung zu einer Berufungsverhandlung wegen angeblichem Hausfriedensbruch gefolgt. Grundlage des Verfahrens ist, daß der Heidelberger Oberbürgermeister sein Hausrecht mit Polizeigewalt gegen die Rechte des Gemeinderats durchsetzen kann. Zum Zeitpunkt der Verhandlung vom Montag hatte die Justiz gegen Helga Rosenbaum bereits zwei rechtskräftige Urteile erlassen: 200 Tagessätze à 35 DM, weil der Aufruf des KBW zu den Gemeinderatswahlen den Oberbürgermeister beleidigt hatte. Helga Rosenbaum war presserechtlich verantwortlich. 1 Jahr Freiheitsstrafe und weitere 40 Tagessätze à 35 DM, weil der KBW 1975 zum Kampf gegen die HSB-Fahrpreiserhöhungen aufgerufen hat, wofür Helga Rosenbaum ebenfalls verantwortlich zeichnete. Zum Zeitpunkt des Verfahrens vom Montag hatte Helga Rosenbaum schon mit der Abzahlung der Tagessätze begonnen. Für die einjährige Haftstrafe gab es noch keine schriftliche Ladung zum Haftantritt. Die Staatsanwaltschaft hat nun am Montag nach der Verhandlung diese Ladung mündlich ausgesprochen und Helga Rosenbaum zum sofortigen Haftantritt gezwungen. Ein solches Vorgehen ist unüblich. Die kleinen Schandtaten der Justiz passen in den Rahmen ihrer großen, die üblich sind. Sowieso wird sich die arbeitende Bevölkerung nicht daran gewöhnen, daß die Wahrnehmung ihrer Interessen ins Gefängnis führt.

z.jük. **Ein wesentlicher Teil des Gründungsparteitages der Grünen in Karlsruhe ist mit der Debatte über den Unvereinbarkeitsbeschluß abgelaufen.** Worum geht es? In den Massenbewegungen gegen die hemmungslose Zerstörung der Natur durch die kapitalistische Profitwirtschaft versuchen seit Jahren verschiedene Gruppierungen, sich als Parasiten zu betätigen, um sich parlamentarische Pfründe zu sichern. Durchgesetzt haben sich auf dem Parteitag zunächst einmal die grünbraunen Vertreter H. Gruhls gegen die opportunistischen linken Alternativen und Organisationen, die für Doppelmitgliedschaft waren. R. Bahro hat einiges dazu beigetragen, daß sich Gruhl und andere durchsetzen konnten. Er sieht in der Grünen Partei, ,,die in sich selbst den notwendigen historischen Kompromiß praktiziert, unter den Bedingungen der BRD langfristig die beste Lösung''. Verschiedene Linke werden sich jetzt noch tiefer bücken müssen, soll der Zug nicht ohne sie abfahren. Die Ablehnung der Arbeiterbewegung wird zum Programmpunkt. Bahro: ,,Einige Genossen, deren Denkmodell auf eine unwiederbringlich vergangene Periode fixiert ist, sprechen unentwegt z.B. vom ,noch geringen Niveau des Klassenkampfes'. Seht ihr denn immer noch nicht: der Kaiser ist nackt. Die welthistorische Mission des Proletariats war eine Illusion, sofern dieser Gedanke an der Arbeiterklasse, wie sie tatsächlich ist und selbst in ihren besten Zeiten war, ansetzte. Gerade hierin hat Marx geirrt. Meint ihr denn wirklich, mit den kurzfristigen und unmittelbaren Arbeiterinteressen immer noch den kleinen Finger festzuhalten, über den man zuletzt noch die ganze Hand bekommt, den Sozialismus via Spartacusaufstand, via proletarische Revolution?'' Tatsächlich wird die Arbeiterbewegung den Teufel tun, solch deutschem Verein auch nur den kleinen Finger zu reichen.

z.juh. **Der Hauptvorstand der HBV und der ,,Arbeitskreis der Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Waren- und Kaufhäuser'' haben dem neuerlichen Vorstoß der Kapitalisten, die Ladenöffnungszeiten zu verlängern und Schicht- und Teilzeitarbeit im Einzelhandel einzuführen, den Kampf angesagt.** Familienministerin Huber, SPD, hatte Ende vorletzter Woche angekündigt, ,,längere Öffnungszeiten mehrere Monate lang überall in der Bundesre-

mus via Spartacusaufstand, via proletarische Revolution?'' Tatsächlich wird die Arbeiterbewegung den Teufel tun, solch deutschem Verein auch nur den kleinen Finger zu reichen.

z.juh. **Der Hauptvorstand der HBV und der ,,Arbeitskreis der Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Waren- und Kaufhäuser'' haben dem neuerlichen Vorstoß der Kapitalisten, die Ladenöffnungszeiten zu verlängern und Schicht- und Teilzeitarbeit im Einzelhandel einzuführen, den Kampf angesagt.** Familienministerin Huber, SPD, hatte Ende vorletzter Woche angekündigt, ,,längere Öffnungszeiten mehrere Monate lang überall in der Bundesre-

publik zu testen''. Sie schließt sich der Unterschriftenaktion ,,Kaufen ohne Streß'' des Deutschen Verbraucherschutzverbandes an (dem u.a. etwa 30 Bundestagsabgeordnete aller Parteien angehören), die dieser seit Ende September 1979 führt. 1956 hatten die Angestellten im Einzelhandel die gesetzliche Festlegung der Ladenschlußzeiten durchgesetzt – längst ist sie von den Kapitalisten unterhöhlt. So müssen z.B. die Angestellten der Klett-Passage in Stuttgart bis 22 Uhr arbeiten. Die Kapitalisten haben seit neuestem ihre ,,Wohnmediziner'', die ihnen beweisen, daß das Ladenschlußgesetz die Innenstädte ,,inhuman'' mache. Der verbraucherpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Haussmann bietet den Angestellten den faulen Handel an, ein oder zwei Abende länger offen gegen einen Samstag im Monat ganz geschlossen.

z.doj. **Ex-Präsidentenfrau M. Scheels Kongreß über Krebsnachsorge fiel wegen mangelnder Beteiligung ins Wasser.** Ganze 29 von 60000 eingeladenen Ärzten hatten sich gemeldet für den Kongreß, der so anberaumt war, daß kein arbeitender Arzt dort erscheinen konnte. In derselben Woche fand nämlich die MEDICA-Ausstellung über medizinische Geräte statt, beides zu besuchen hätte eine Woche Ausfall der medizinischen Versorgung bedeutet. Die Krebshilfe-Präsidentin beklagte sich daraufhin presseweit über den ,,fehlenden Informationsbedarf bei Deutschlands Ärzten''. Der Präsident der Bundesärztekammer hat im Auftrag der Ärzte dagegen Stellung bezogen. – Gleichzeitig hat sich der Vorstand der Bundesärztekammer gegen die gesetzliche Zwangsregistrierung im Entwurf eines Chemikaliengesetzes der Bundesregierung gewandt. Es sieht unter dem Vorwand der Erforschung von Krebs-Risikofaktoren vor die vierteljährliche Meldung von ,,Rauchergewohnheiten, Alkohol- und Arzneimittelmißbrauch, Verlauf der Krankheit, der Behandlung und deren Erfolg'' durch die Ärzte (Ärzteblatt 2/80). Dagegen sprechen sich die Ärzte aus für die Erforschung von krebsfördernden Ursachen ,,in den gefährdeten Industriezweigen ..., falls die Beschäftigten damit einverstanden sind'' unter gleichzeitiger Auswertung von Krebsuntersuchungen in den Krankenhäusern.

vds-MV: Reif für einen Kurswechsel

Einigung auf GEW-BAFöG-Forderung – Anbindung an den Durchschnittslohn

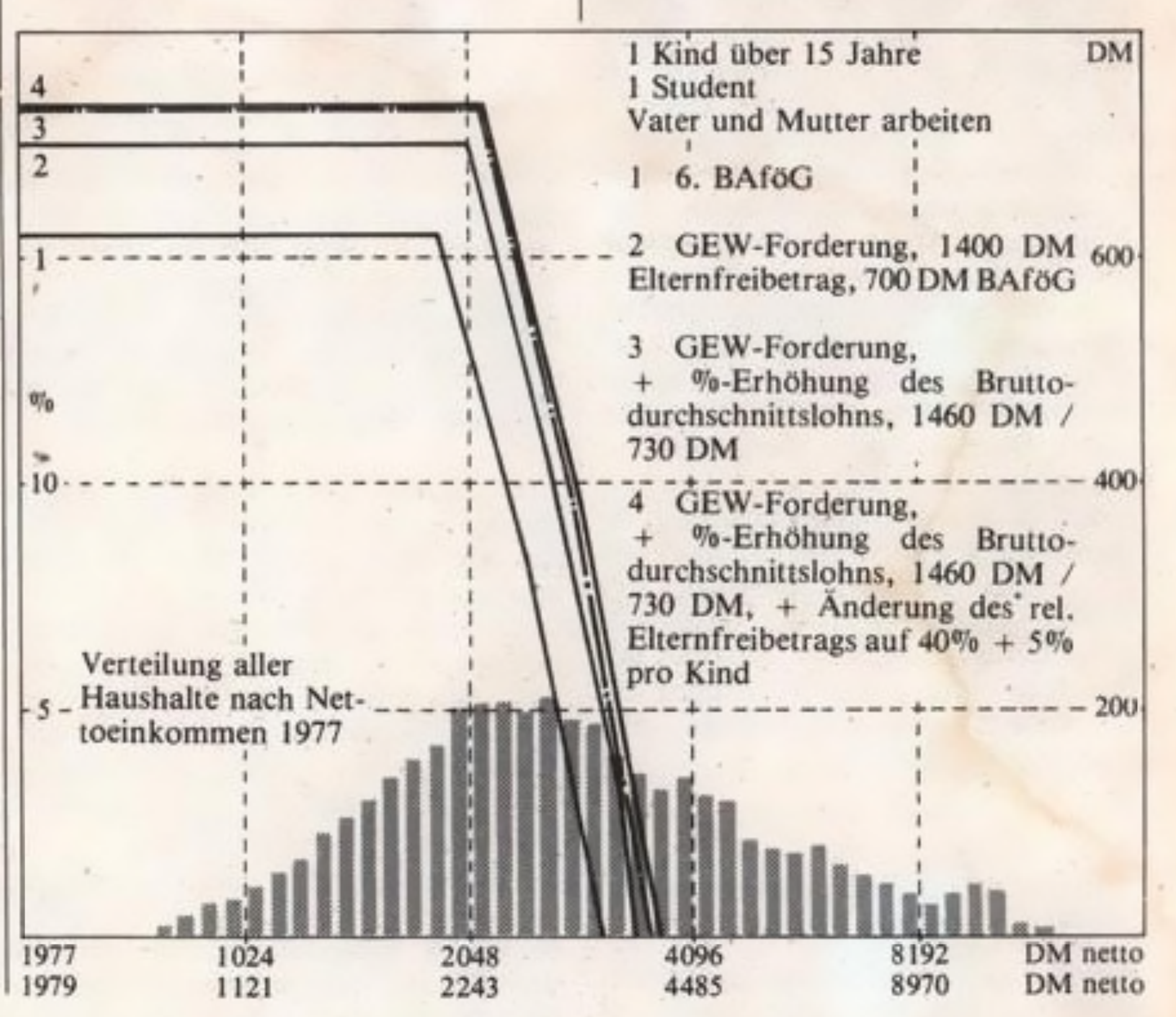
z.wig. Auf den letzten Drücker hat die untätige und unfähige Koalition aus MSB/SHB, Jusos und ,,kommissarischen'' Basisgruppenvertretern im vds-Vorstand zur Mitgliederversammlung vom 20.–22.2. eingeladen. Auf der MV und in der Vorbereitung der MV wird es darum gehen, einen Kurswechsel in der Arbeit der vds durchzusetzen. Die Bedingungen dafür sind so schlecht nicht. Die Kampftätigkeit an den Hochschulen hat sich im Wintersemester erneut belebt. Fachtagungen und Fachschaften haben Vernünftiges beschlossen und ausgeführt. So, wie die Lage ist, muß man auf der vds-MV in der Hauptsache auf drei Punkten eine Einigung suchen:

1. Gegen das BAFöG muß ein neuer Anlauf gemacht werden. Das 6. Änderungsgesetz ist durchgegangen, die 3%-Anpassung der Freibeträge zum 1. Oktober wird die Lage erheblich verschärfen. Eine Einigung auf der von der GEW beschlossenen Forderung 700 DM / 1400 DM Freibetrag ist möglich, die Bindung an die allgemeine Lohnentwicklung durch Anbindung der BAFöG-Sätze an den Durchschnittslohn ist notwendig. (1979: 730 DM / 1400 DM), auch wenn die GEW jetzt vielleicht eine Anpassung der Sätze beschließt.

2. Gegen die Reformen der Studien- und Prüfungsordnungen: Auch hier muß man sich auf den entscheidenden Punkt konzentrieren. Jede Steigerung der Prüfungsanforderungen, Vermehrung von Scheinen und Klausuren usw. muß zurückgewiesen werden. Beseitigung der Abschlußprüfungen, Recht auf einen Abschluß nach dem Grundstudium, der einem Lehrabschluß entspricht, sind Forderungen, die auch von einzelnen Gewerkschaften schon erhoben werden.

3. Nach wie vor muß die gesetzliche Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft mit allen Rechten verlangt werden.

Um diese Forderungen muß sich die Studentenbewegung in den nächsten Semestern unvermeidlich schlagen, und an diesen Punkten schlägt sie sich schon. Es ist die Aufgabe der vds, die Voraussetzungen zu schaffen, daß diese Kämpfe im nächsten und übernächsten Semester zu einheitlichen Aktionen entwickelt werden. Dazu muß ein Vorstand gewählt werden, der diese Aufgabe auch ausführt. Er kann aus dem Kreis derer gewählt werden, die in den Fachschaften und Fachtagungen schon in dieser Richtung tätig sind.



Hearing zum Wehrdienstverweigerungsgesetz
Aktionen der Zivildienstleistenden / Bundestag um propagandistischen Rauchvorhang bemüht
z.eve. Am Mittwoch, dem 16.1., fand in Bonn ein Hearing zu den Gesetzentwürfen von Regierung und Opposition zur Neuregelung des Wehrdienstverweigerungsgesetzes statt. Die Ablehnung beider Gesetzentwürfe durch die Verbände, je nach politischer Absicht, war einhellig. Der Abgesandte des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Boeckle, vertrat die Ansicht, das Gewissen eines Menschen sei nicht erkennbar. Ein Staat, der das Gewissen
und ,,drangen'', wie die ,,Süddeutsche Zeitung'' vom 17.1. schreibt, in den Saal ein. In Hamburg hatte die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden ein Treffen verschiedener Organisationen zur Vorbereitung der Aktionen für den 16.1. einberufen. In Hamburg wie auch in anderen Städten haben in der letzten Zeit viele Auseinandersetzungen stattgefunden, die sich gegen die Verschärfung des Zivildienstes richten. Zum Beispiel versuchen die Dienststel-
lehnung seines Antrages mit der Begründung, er habe gegen Treu und Glauben verstoßen, da er nicht genügend kenntlich gemacht habe, daß er die elterliche Wohnung verläßt. Außerdem bekam der Zivildienstleistende eine kurzfristig geschaffene Dienstunterkunft zugewiesen.
,,Politische Beobachter'' zweifeln nach Aussage der ,,Süddeutschen Zeitung'' vom 16.1. daran, daß das Gesetz zur Neuregelung des Zivildienstes noch

Hearing zum Wehrdienstverweigerungsgesetz

Aktionen der Zivildienstleistenden / Bundestag um propagandistischen Rauchvorhang bemüht

z.eve. Am Mittwoch, dem 16.1., fand in Bonn ein Hearing zu den Gesetzentwürfen von Regierung und Opposition zur Neuregelung des Wehrdienstverweigerungsgesetzes statt. Die Ablehnung beider Gesetzentwürfe durch die Verbände, je nach politischer Absicht, war einhellig. Der Abgesandte des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Boeckle, vertrat die Ansicht, das Gewissen eines Menschen sei nicht erkennbar. Ein Staat, der das Gewissen seiner Bürger überprüfe, maße sich ,,göttliche Mächte'' an, die ihm nicht zustünden. Der Deutsche Bundeswehrverband vermutete bei dem Regierungsentwurf, daß es die Regierung darauf abgesehen habe, die Zahl der Wehrdienstverweigerer möglichst hoch zu halten.

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden hatte beide Gesetzentwürfe abgelehnt, weil beide Gesetzentwürfe die Kasernierung der Zivildienstleistenden und die Ausweitung des Arbeitsdienstes vorsehen. Weiter tritt sie ein für die Abschaffung der Gewissensprüfung überhaupt und ist natürlich auch gegen die Verlängerung des Zivildienstes, wie CDU/CSU es in ihrem Entwurf vorhaben. Die Zivildienstleistenden hatten eine Aktion vorbereitet und ,,drangen'', wie die ,,Süddeutsche Zeitung'' vom 17.1. schreibt, in den Saal ein. In Hamburg hatte die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden ein Treffen verschiedener Organisationen zur Vorbereitung der Aktionen für den 16.1. einberufen. In Hamburg wie auch in anderen Städten haben in der letzten Zeit viele Auseinandersetzungen stattgefunden, die sich gegen die Verschärfung des Zivildienstes richten. Zum Beispiel versuchen die Dienststellen jetzt, die Kasernierung, die erst im neuen Gesetz vorgesehen ist, durch die Streichung des Wohngeldes durchzusetzen. In Hamburg wurde eine Umfrage über das Wohngeld durchgeführt. Dabei hat die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Gruppe Hamburg, herausgefunden, daß von 63 befragten Dienststellen 15 an insgesamt 19 Zivildienstleistende Wohngeld auszahlen. Dabei bekommen nur 3 Zivildienstleistende mehr als 250 DM. Und immer mehr Dienststellen fangen jetzt an, von den Zivildienstleistenden Reverse zu verlangen, nach denen die Zivildienstleistenden in der einen oder anderen Form auf das Wohngeld verzichten sollen. Ein Zivildienstleistender der Schulbehörde Hamburg hatte trotz Unterzeichnung eines Reverses Wohngeld gefordert. Er bekam jetzt die Ablehnung seines Antrages mit der Begründung, er habe gegen Treu und Glauben verstoßen, da er nicht genügend kenntlich gemacht habe, daß er die elterliche Wohnung verläßt. Außerdem bekam der Zivildienstleistende eine kurzfristig geschaffene Dienstunterkunft zugewiesen.

,,Politische Beobachter'' zweifeln nach Aussage der ,,Süddeutschen Zeitung'' vom 16.1. daran, daß das Gesetz zur Neuregelung des Zivildienstes noch in dieser Legislaturperiode zustande kommt. Man kann vermuten, daß die Bourgeoisie die Einigung der beiden Fraktionen anders versuchen wird. Schon in der Bundestagsdebatte Mitte letzten Jahres erklärte ein Sprecher der CDU/CSU, daß es Widersprüche in bezug auf die Dauer des Zivildienstes bei der Regierung gäbe. Nach der Wiederwahl des Bundeswehrbeauftragten Berkhan (SPD) mit den Stimmen der CDU/CSU erklärte der als erstes, man könne eine Verlängerung der Wehrdienstzeit nicht ausschließen. Im Wehrpflichtgesetz ist festgelegt, daß Wehrdienst und Zivildienst gleich lang sein müssen. So könnten sich nicht nur Regierung und Opposition einigen, sondern auch Kirche und Wohlfahrtsverbände, die von einer Verlängerung des Zivildienstes auch was haben.

z.bil. **Das Ehrenbergministerium hat ein neues Forschungsprojekt ,,Arbeitnehmer in der Spätphase ihrer Erwerbstätigkeit'' ausgeschrieben.** ,,Analyse der Probleme des Übergangs vom Erwerbsleben ins Rentenalter'' ist die Aufgabenstellung – seit 1976 sind ,,Rehabilitationen'' der Arbeitslosenversicherung nach dem Schwerbehindertengesetz, mit dem Grund ,,sonstiger Ursachen'' versehen, sprunghaft gestiegen (von 23818: 1976 auf 42393: 1978). Der Grund: Jegliche Kontrolle der Arbeitsbedingungen – Arbeitszeit, Akkordsatz, Kündigungsbestimmungen – ist durch das Schwerbehindertengesetz außer Kraft gesetzt. Der der Stellung des Betriebsrates angenäherte Vertrauensmann der Schwerbehinderten hat kein Einspruchsrecht bei Kündigungen. Die Zustimmung zur Kündigung erteilt der Staat – die Hauptfürsorgestelle –, wobei sie bei außerordentlicher Kündigung, die nicht auf die Behinderung gestützt ist, zustimmen *soll*. Der Vertrauensmann des Schwerbehindertengesetzes hat ,,Anregungen und Beschwerden'' entgegenzunehmen und das ,,Recht'', angehört zu werden. Das Erfordernis der Zustimmung zur Änderung von Akkordrichtsätzen, Sonderschichten usw., die die Kapitalisten bei dem nach dem Betriebsverfassungsgesetz gewählten Betriebsrat einholen müssen, besteht nicht. Außer ,,der vertrauensvollen Zusammenarbeit'' mit den Kapitalisten muß der Vertrauensmann diese Liebedienerei auch gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit, den Rehabilitationsträgern und der Hauptfürsorgestelle zeigen (§26 SchwerbehG).

z.gih. **Mit der Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes will die Bundesregierung die Eingliederung der Soldaten auf Zeit in den Öffentlichen Dienst erleichtern.** Bisher bekommt ein Soldat auf Antrag einen Eingliederungsschein zum Beamtenverhältnis oder einen Zulassungsschein ins Angestelltenverhältnis im Öffentlichen Dienst, wenn er zwölf Jahre gedient hat. Die Stellen im Öffentlichen Dienst waren jedoch beschränkt. Nun soll es keine Einschränkungen geben: ,,... 1. bei Einstellungen in den Polizeidienst – 2. bei Einstellungen in den Schuldienst für eine Verwendung als Lehrer ... 4. für Stellen, die herkömmlich mit weiblichen Angestellten besetzt werden.'' Zusätzlich sollen die Eingliederungs- und Zulassungsscheine auch dienstunfähige Soldaten erhalten, ,,wenn die Dienstunfähigkeit nicht auf einer Wehrdienstbeschädigung beruht''.

z.hej. **Weiterer Ausbau der Schichtarbeit unvermeidbar, Nachtschicht unverzichtbar, kündigt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) an.** Ende 1978 hat die BDA eigens zum Thema ,,Schicht- und Nachtarbeit'' einen Arbeitskreis eingerichtet – im Jahresbericht 1979 zum ersten Mal ein eigenes Kapitel gewidmet – um die Propaganda gegen die Forderungen der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften nach Verbot der Nachtarbeit und Einschränkung der Schichtarbeit zu führen. Bereits 1978 muß die BDA in der EG-Kommission gegen diese Forderungen mit ,,ungewöhnlicher Schärfe'' widersprechen. Forschungsinstitute werden bemüht und eine verbandsinterne Umfrage über Nacht- und Schichtarbeit eingeleitet, zwecks Erstellung einer Grundsatzaussage der BDA, mit der dieses Jahr zu rechnen ist. Durch technische Erfordernisse und hohe Kapitalintensität sei Schichtarbeit erforderlich, die ,,erträglicher'' gemacht werden soll, begründet die BDA die Schichtarbeit.

z.mis. **Anfang Januar hat das Bundes-**

Besatzer in vier Provinzen zurückgeschlagen

SU-Aggressoren in Afghanistan in heftige Kämpfe verwickelt

z.anb. „Abstimmungswalze überrollt die Sowjetunion" – wenn auch nicht hauptseitig mit solch rauhbeinigen Vergleichen (*Die Presse*, Wien, 16.1.), das Abstimmungsergebnis der Generalversammlung zu Beginn vergangener Woche wurde in den Zeitungen Westeuropas mit Genugtuung vermeldet. 104 Staaten, darunter 56 blockfreie, forderten den sofortigen Abzug der sowjetischen Invasionstruppen aus Afghanistan. 18 stimmten dagegen: Afghanistan, Angola, Bulgarien, Belorußland, Kuba, CSSR, VDR Jemen, Äthiopien, DDR, Grenada, Ungarn, Laos, Mongolei, Mocambique, Polen, Ukraine, Sowjetunion, Vietnam.

Weitere 18 Staaten enthielten sich: Algerien, Benin, Burundi, Kongo, Zypern, Äquatorial-Guinea, Finnland, Guinea, Guinea-Bissao, Indien, Madagaskar, Mali, Nicaragua, Sao Tome, Syrien, Uganda, AR Jemen, Sambia. Rumänien sowie Bhutan, Kapverdische Inseln, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Komoren, Dominica, Libyen, Seychellen, Solomon-Inseln, Sudan nahmen nicht an der Abstimmung teil.

In den Überschwang von Genugtuung mischen sich andere Töne: „Das Afghanistanvotum hat zu einer einmaligen Niederlage der Sowjets geführt, doch kann man deswegen bereits von einem Erfolg für die USA sprechen?" (*Die Presse*, 16.1.) Und die Sprache der folgenden Tage sollte noch um einiges deutlicher werden. Denn die Dritte Welt hat sich durch diese Abstimmung als Hauptkraft der internationalen Lage gegen die Rivalität der Supermächte behauptet, ein Bollwerk gegen die Gefahr errichtet, daß diese Rivalität zum bestimmenden Faktor wird.

Einen Tag später bereits bleibt „ohnehin nichts Bindendes" übrig, niemand solle glauben, daß das Votum den Aggressor störe. Man kehrt an die Front zurück, um die heuchlerische Befriedigung vom Vortag durch handfeste Zwecklügen zu ersetzen:

„In Afghanistan scheint sich die Lage weiter zu stabilisieren. Wie Staatspräsident Karmal Dienstag in der Hauptstadt Kabul mitteilte, hätten Tausende von feindlicher Propaganda beeinflußter Afghanen in den letzten Tagen die Waffen niedergelegt ... Indirekt wird diese Tatsache auch durch eine Mitteilung des Pentagons bestätigt, wonach in den letzten Tagen die ‚Guerillatätigkeit der Rebellen' stark nachgelassen habe." (*Volksstimme*, Organ der österreichischen Revisionisten, 17.1.) Die FAZ gar wagt sich noch weiter vor. „Wenn schon zuhause die Einsichten so verschieden sind, steht aber auch des Bundeskanzlers Hoffnung, die dritte Welt möge durch die sowjetische Gewalttat zu mehr Klarheit gebracht werden, wie ein schwankendes Rohr im Wind ... *Bei manchen von ihnen richtet sich das politische Verhalten nach primitiveren Erfahrungen. Der Stärkere, der Stärkste imponiert.*" (16.1.) Den Beweisgrund für abgefeimte Propaganda der Aussichtslosigkeit des Widerstands gegen den Sozialimperialismus, der – im Gegensatz zu seinem Rivalen USA – das Faustrecht der Offensive auf seine Seite gebracht hat, geben „Augenzeugenberichte" wie dieser ab:

„Freitagmorgen um zehn Uhr rollen fünf Autobusse mit 126 Entlassenen aus dem Haupttor an der Südseite des Pul-i-Tscharki-Gefängnisses. Jubel brandet auf. Männer und Frauen fassen sich an den Händen und stimmen Freudengesänge an. – Aber plötzlich schlägt die Stimmung um. Das Tor wird wieder verschlossen. ‚Wo sind die anderen', schreit die Menge ... Jetzt wird auch das 400 Meter entfernte Tor zum Innenhof geöffnet. Die Menschen sind nicht mehr zu halten ... ‚Der Sturm auf die Bastille', haucht ein Korrespondent andächtig. Das Volk hatte das Kommando übernommen, aber nur für eine Viertelstunde. Denn es gibt ja noch die Soldaten der ruhmreichen Sowjetarmee. – Als fast alle Menschen im Innenhof sind, beginnen Maschinengewehre zu rattern ... Die Afghanen hätten wissen sollen, daß die große Sowjetmacht sich nicht von einer Meute zerlumpter Bürgerrechtler das Großmachtkonzept verwässern läßt." (*Der Spiegel*, 14.1.)

Was hier als Zynismus verkleidet dahergekommt, wird dort zum unverblümten Kalkül mit dem Stiefel der Invasoren:

„Daran, daß man die Besatzungsmacht zum Rückzug aus dem Bergland zwingen könnte, (...) glaubt niemand. Die Russen sind und bleiben auf absehbare Zeit in Afghanistan. Darauf hat man sich längst eingestellt ... ‚Wenn die Sowjetunion Iran und Pakistan besetzen will, so kann sie niemand daran hindern', lautet das Gesamturteil eines Sachkundigen." (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.1.) Ohnmacht der Völker, Wasser auf die Mühle der „Entspannung" an der Seite des „Stärksten", dies ist die eine Seite.

„Im ganzen Land toben weiter schwere Kämpfe zwischen den Rotarmisten und moslemischen Freiheitskämpfern. Die Rebellen haben vier Provinzen – Badakhschan, Takhar, Kunduz und Baghlan – zurückerobert." (*Bild*, 17.1.) „Während der Krieg andauert, muß Munition gespart und vor allem neue den afghanischen Soldaten in den Kämpfen bzw. in dem Augenblick, wo diese desertieren, abgenommen werden. Deswegen gehen die Rebellen selten mit frontalen Angriffen vor ... Überfälle sind viel häufiger. Sobald ein Konvoi nicht ausreichend geschützt ist, ist es auch schon um ihn geschehen." (*Le Monde*, 15.1.) „Wenn wir diese beiden Wintermonate uns halten, dann werden die Russen aus Afghanistan verschwinden müssen", erklärt einer der Guerillakämpfer dem Sonderkorrespondenten der „Le Monde". Das österreichische Fernsehen nimmt dessen Bericht auf und zieht historische „Parallelen": „Diesmal ist es die Rote Armee, der der Winter zu schaffen macht." (*ORF*, 16.1.)

„Die sowjetischen Truppen in Afghanistan kommen in Bedrängnis: Gestern mußten sie mit Luftlande- und Panzerdivisionen den Flughafen der Hauptstadt Kabul verteidigen – gegen die Rebellen. Immer mehr afghanische Soldaten schließen sich den Rebellen an. So wurden im 20. Regiment alle kommunistischen Offiziere getötet, die 4000 Mann liefen geschlossen über." (*Bild*, 18.1.)

Wo die Tatsachen durch das Konstrukt von Zwecklügen brechen, muß man Fetzen wie bei einem Puzzle zusammensetzen, um die militärische Lage zu erkennen. Offensichtlich sind im Nordosten des Landes die Invasionstruppen in nachhaltige und zermürbende Gefechte verwickelt, um die Nachschublinien zu sichern, die immer wieder aus dem Hinterhalt angegriffen werden. Weiter östlich in der Region des Khaiber-Passes wird der afghanische Winter dem schweren Gerät der Sowjettruppen zum Verhängnis. In den Grenzgebieten zu Pakistan versorgen sich die Befreiungskämpfer mit Waffen und Nahrungsmitteln. Im Westen des Landes ist der Vormarsch der Invasionstruppen steckengeblieben.

„15 Rotarmisten haben sich im Gebiet von Pamjsher den moslemischen Freiheitskämpfern angeschlossen. Im ganzen Land toben Kämpfe." (*Bild*, 19.1.)



Genscher: Neue Initiativen in der Dritten Welt

Entwicklungspolitischer Bericht / Afrikadebatte

z.wig. Die Presse- und Fernsehkommentatoren sind sich einig: Aus der Afrikadebatte sei die entwicklungspolitische Debatte schlechthin geworden. Genscher drängte auf engere Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Man müsse durch partnerschaftliche Zusammenarbeit zeigen, daß nicht die Sowjetunion der natürliche Partner sei. Wischnewski vor der Debatte: Wir müssen der Dritten Welt zeigen, was Intervention ist und was unser Beitrag zur Unabhängigkeit. Neue Initiativen in der Dritten Welt seien erforderlich, wenn man der Lage gerecht werden wollte.

Die Bundesregierung lotet aus, welchen Vorteil sie aus der Intervention der Sozialimperialisten in Afghanistan ziehen kann. Sie spekuliert darauf, insbesondere in Afrika jeden Rückschlag der Sozialimperialisten für die Stärkung des eigenen Einflusses zu nutzen. Und folglich kann gar nicht genug von Blockfreiheit und Unabhängigkeit geredet werden. Genscher gab sich blockfrei, Offergeld als der wahre Verteidiger der Unabhängigkeit der Dritten Welt und Thodenhöfer kam ihnen gerade recht, um zu erklären, daß Entwicklungshilfe nicht offen an politisches Wohlverhalten geknüpft werden darf.

Verstärkung der Entwicklungshilfe und neue Initiativen in der Dritten Welt – heißt das nun, daß sich die Bundesregierung jetzt bemüht, der Forderung der Dritten Welt nach 0,7% des Bruttosozialprodukts nachzukommen? Heißt das dauernde Geplappere von der Unabhängigkeit, daß Kredite ohne jede Bedingung vergeben werden? Die Antwortet findet man im 4. Entwicklungspolitischen Bericht, den die Bundesregierung vor kurzem vorgelegt hat.

Nach wie vor betrug der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt der BRD 1978 wie 1976 0,31% (1977: 0,27%). Bloß statistisch ist er auf 0,38% gestiegen, weil ab 1978 die Hinterlegung der Schuldscheine für Beiträge an internationale Finanzierungsinstitutionen zu der Entwicklungshilfe zugeschlagen wird.

Es geht der Regierung nicht um eine Ausweitung der Entwicklungshilfe, sondern um eine „richtige Verteilung der knappen Mittel". Die Bundesregierung habe sich nachdrücklich für das Zustandekommen der Kapitalerhöhung der Weltbank eingesetzt. Damit sollen auch für die Zukunft Finanzmittel von den privaten Kapitalmärkten an die fortgeschrittenen Entwicklungsländer vermittelt werden und damit dazu beitragen, die knappen öffentlichen Haushaltsmittel auf die armen Entwicklungsländer zu konzentrieren.

Im Entwicklungspolitischen Bericht ist errechnet, daß die BRD-Imperialisten an der gesamten Entwicklungshilfe weit mehr profitieren als die Bundesrepublik anteilmäßig beteiligt ist. Zwar gibt es keine Liefergebundenheit bei den einzelnen Projekten; von den Aufträgen, die 1978 an die Entwicklungsländer aus Mitteln der Entwicklungshilfe flossen, betrug der westdeutsche Anteil aber 71%. Die Auftragsvolumina der internationalen Organisationen an deutsche Firmen liegen in den meisten Fällen seit Jahren erheblich über den deutschen Beiträgen an diese Organisationen. Absolut, von den Beträgen her gesehen, liegt die BRD hinter den USA und Frankreich und vor Japan an dritter Stelle.

Was die Kapitalmittel für die Entwicklungshilfe betrifft, stehen die westdeutschen Banken noch erheblich besser da. Sie gehören heute zu den größten Kapitalverleihern der Welt. Die Auszahlungen der Weltbank an Entwicklungsländer beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 1978/79 auf rund 4,8 Mrd. US$ und lagen damit um 25% über den Auszahlungen des Vorjahres. „Der deutsche Kapitalmarkt war im Geschäftsjahr 1978/79 wieder eine ergiebige Quelle für die Mittelaufnahmen der Bank. Schätzungen zufolge entfielen Mitte 1979 von den gesamten Anleihverbindlichkeiten der Bank (rund 26,3 Mrd. US$) 25% auf Anleger aus der Bundesrepublik Deutschland, die damit an die erste Stelle rückte vor den USA (22%), der Schweiz und Japan."

Die westdeutschen Imperialisten hoffen, Kapital aus der gegenwärtigen Lage zu schlagen. Als die größte Exportmacht, einer der größten Kapitalexporteure und einer der größten Kreditgeber der Welt liegen ihre Chancen in der sprichwörtlich engen Beziehung zu den Entwicklungsländern, so eng, wie die Kreditschraube und die Schuldentilgung diese Beziehungen nun einmal macht. Die Aufnahmefähigkeit der Entwicklungsländer ist keineswegs erschöpft, sondern es sei genügend Spielraum für zusätzliche Investitionen vorhanden. In diesem Sinn sind die neuen Initiativen in der Dritten Welt und Genschers „Unterstützung der Unabhängigkeit der Dritten Welt" zu verstehen.

verfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde der Verteidiger des Krankenpflegers Reinhard Böse gegen das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 8.9.1979 wegen „mangelnder Erfolgsaussicht" gar nicht erst zur Entscheidung zugelassen. Mit dem BGH-Urteil war der Freispruch des Landgerichts Freiburg von der Anklage des fünffachen Mordes an alten Patienten im Krankenhaus Rheinfelden durch Medikamenten-Überdosen aufgehoben worden mit der Begründung, das Landgericht habe zu Unrecht die Unverwertbarkeit eines polizeilichen „Geständnisses" von Böse wegen Anwendung verbotener Vernehmungsmethoden durch die Kripo angenommen. Der BGH hat als völlig legal beurteilt, daß das „Geständnis" Böses nach 41 Stunden ohne Schlaf und 12-stündiger ununterbrochener Vernehmung morgens um 3 Uhr zustandekam, daß Böse während des Verhörs von den Kripo-Beamten als „eiskalter Mörder" bezeichnet wurde, daß ihm mit „älteren, weniger nachsichtigen Beamten" gedroht und eine bereits erfolgte Aufklärung der Todesursachen verschwindelt wurde. Für jetzige, diese Linie des BGH absegnende Beschluß des Bundesverfassungsgerichts führt unter anderem aus, der Bundesgerichtshof habe insbesondere „frei von sachfremden Erwägungen" davon ausgehen können, daß Böse auch bei der am 23. Dezember bis gegen drei Uhr morgens andauernden Vernehmung nicht übermüdet war, weil er in der Nacht zuvor „jedenfalls Gelegenheit zum Schlafen gehabt" habe.

z.tit. **Die CDU-Fraktion beabsichtigt, „Sprecherausschüsse für leitende Angestellte" gesetzlich zu konstituieren.** Vorhandene Bestrebungen in Kreisen der Leitenden Angestellten (LA) zur kollektiven Interessenvertretung gegenüber den Kapitalisten versucht die CDU auf Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes, welches die LA aus einer Vertretung durch den Betriebsrat ausschließt, da sie in „unmittelbaren oder mittelbaren Gegnerbezug zur übrigen Belegschaft" stünden, zu nutzen. Mit Lockungen, es würde ein „Gefälle im Geflecht der sozialen Schutzvorschriften zu Lasten" der LA bestehen, bei erheblicher Dehnbarkeit des Begriffs „Leitender Angestellter" soll der Spaltkeil auf der Lohnskala tiefer getrieben werden. Gleichzeitig erhalten die Kapitalisten die Möglichkeit mit Hilfe des Sprecherrates, der berechtigt ist jede Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Kapitalisten, die in irgendeiner Weise „die Belange der LA berührt" gerichtlich aufheben zu lassen, erzwungene Zugeständnisse rückgängig zu machen.

z.bew. **Zum ersten Mal besucht gegenwärtig eine Delegation des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes Westdeutschland.** Unter Leitung des Vizevorsitzenden des Gewerkschaftsbundes, Chen Yu, erwidert die sechsköpfige Delegation auf Einladung des DGB einen Besuch westdeutscher Gewerkschafter in der VR China. Bei ihrer zwölftägigen Rundreise besuchen die chinesischen Gewerkschafter mehrere Betriebe, so die BMW-Werke und die BfG, und führen Gespräche u.a. mit dem DGB-Vorstand und IGM-Vorsitzenden Loderer. Nach dem IX. Nationalen Gewerkschaftskongreß (1978) nehmen die chinesischen Gewerkschaften wieder freundschaftliche Beziehungen zu den Gewerkschaftsorganisationen anderer Länder auf. Vizevorsitzender des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes, Kang Yonghe, betont diese Aufgabe: „Die chinesische Arbeiterklasse lernt sowohl vom kämpferischen Geist der internationalen Arbeiterklasse als auch von ihrer fortgeschrittenen Produktionstechnik. Wir unterstützen sie entschieden in ihrem Kampf für die Verteidigung ihrer legitimen Rechte und in ihrem Kampf um ihre Befreiung."

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Maiskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

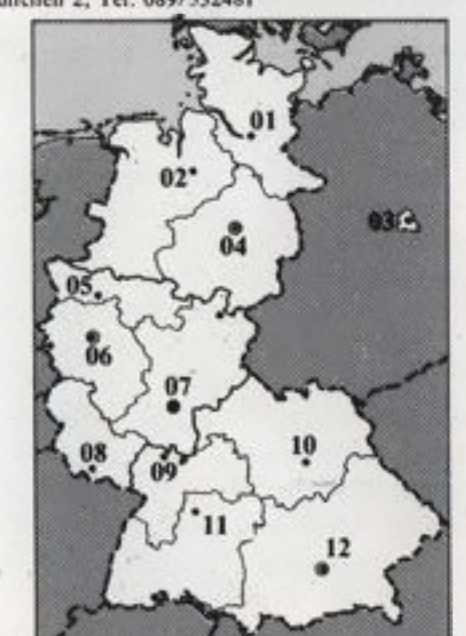
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

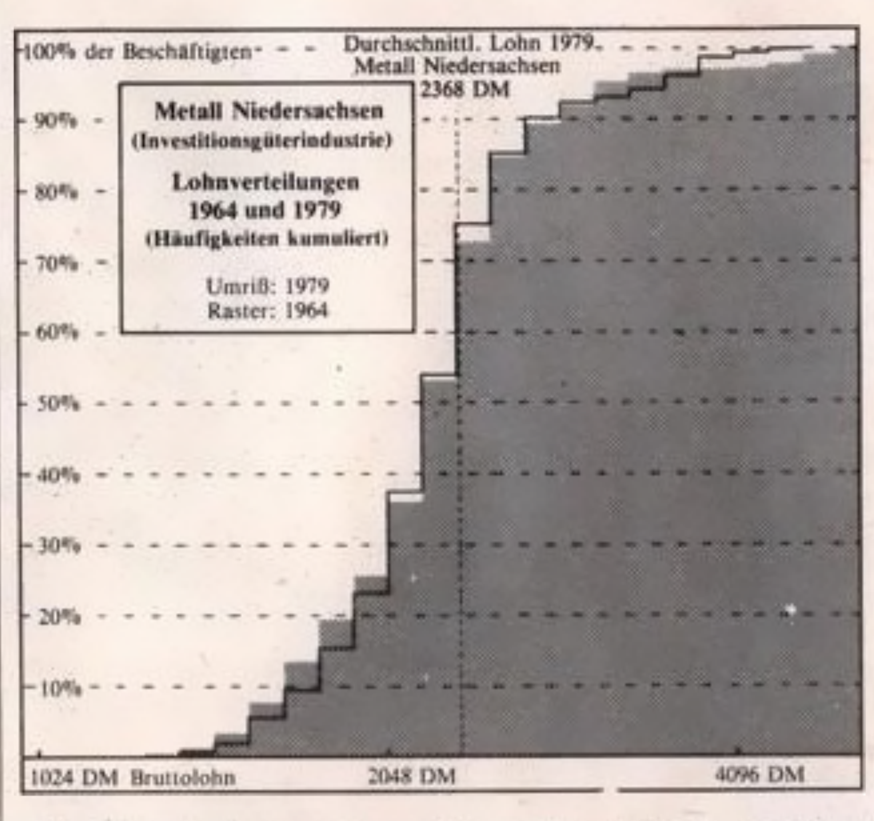
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



LOHNENTWICKLUNG METALL NIEDERSACHSEN

1964 – 1979 keine Spaltungserfolge für die Kapitalisten



In dieser Lohnverteilung sind vier Tarifgebiete enthalten: Nordwestliches Niedersachsen, Osnabrück, Niedersachsen und VW. Die hohe Säule des Lohns bei 2400 DM, in der fast immer 20% der Belegschaften sind, kommt durch die VW-Tarife. Bei der bundesdurchschnittlichen Lohnverteilung befinden sich dort nur etwa 15% aller Beschäftigten. Im unteren Schaubild sehen wir die Unterschiede aufgerechnet. Z.B. verdienten 1964 20% aller nicht mehr als 1850 DM (hochgerechnet), 1979 waren es 15%. Bei der Verteilung der Frauen erkennt man dies noch deutlicher. Der IGM ist es gelungen, eine Spaltung zu verhindern. Ein erneuter Mindestabschluß ist wesentlich. Denn das Angebot bei der ersten Metall-Verhandlung: 4,3% und keine Anhebung der unteren Lohngruppen, wie auch die bürgerliche Pressehetze zeigen, worauf die Kapitalisten hinauswollen.

Die vier Schaubilder über die Lohnverteilung in der Metallindustrie Niedersachsen sind alle auf den durchschnittlichen Lohn in der Metallindustrie von 1979 hochgerechnet. Nachdem wir dies getan haben, können wir uns mit der eigentlichen Lohn*verteilung* beschäftigen und sie vergleichen. Wir stellen fest, daß die Verteilungen gleich aussehen. Zwei Veränderungen gibt es aber: 1964 war der Anteil der unteren Lohngruppen leicht größer und beim Lohn von 2048 DM zeichnete sich eine Spaltung ab, die wir 1979 nicht wiederfinden. Zweitens, die hohen Löhne, im wesentlichen der Antreiber, sind 1964 relativ größer (hochgerechnet über 4096 DM) gegenüber 1979 (unter 4096), jedoch war ihre Anzahl geringer als 1979.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

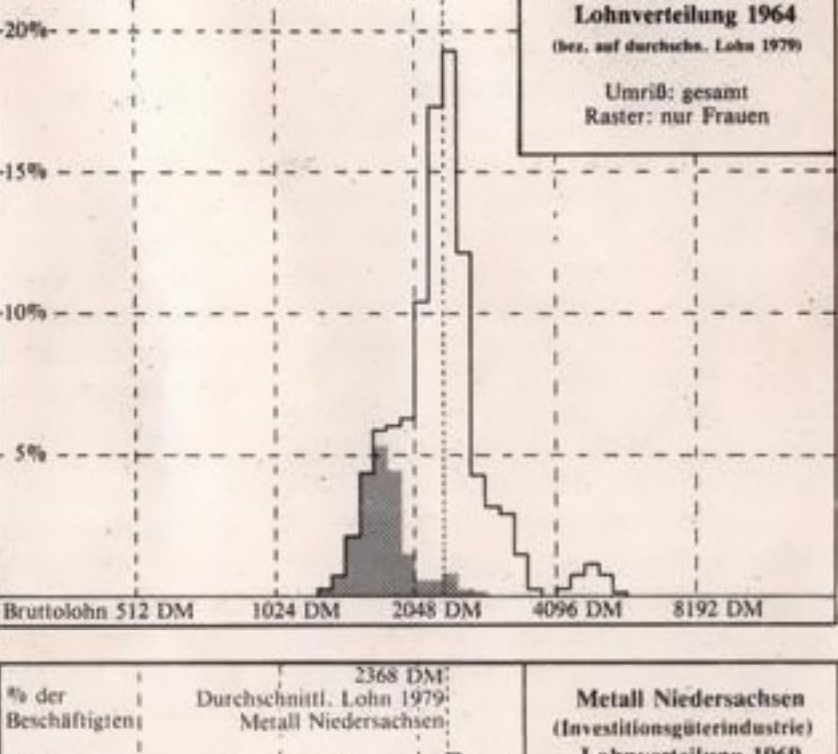
Braunschweiger Zeitung, 19.1.1980 „Tatsache ist, daß die weniger Verdienenden von der allgemeinen Teuerung ebenso und damit weit härter betroffen sind als die Bezieher höherer Löhne... Die Frage spitzt sich darauf zu, ob man hier sozialen Nachteilen den Vorzug vor dem Erhalt der Arbeitsplätze geben soll.

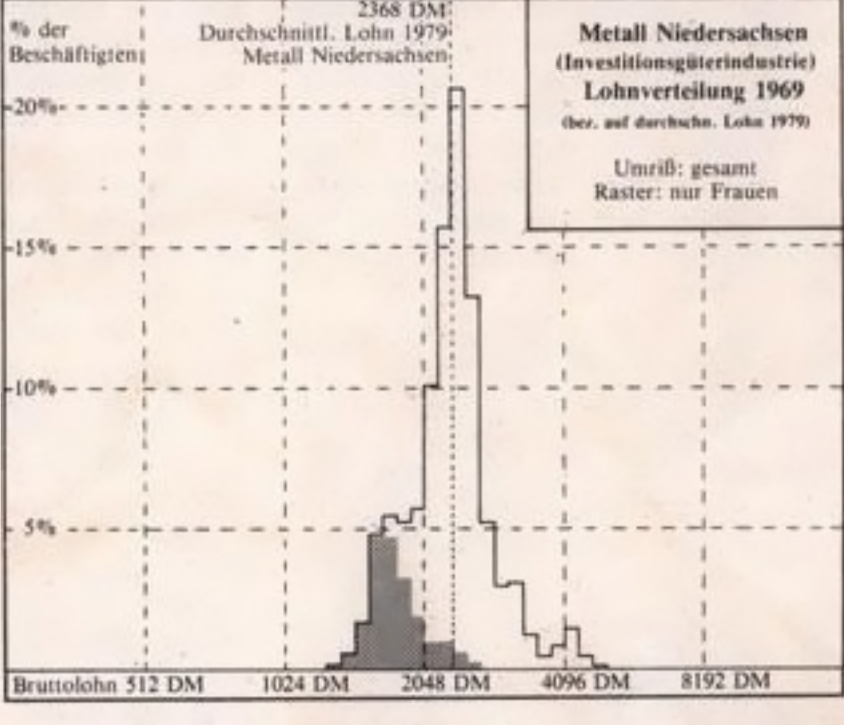
BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

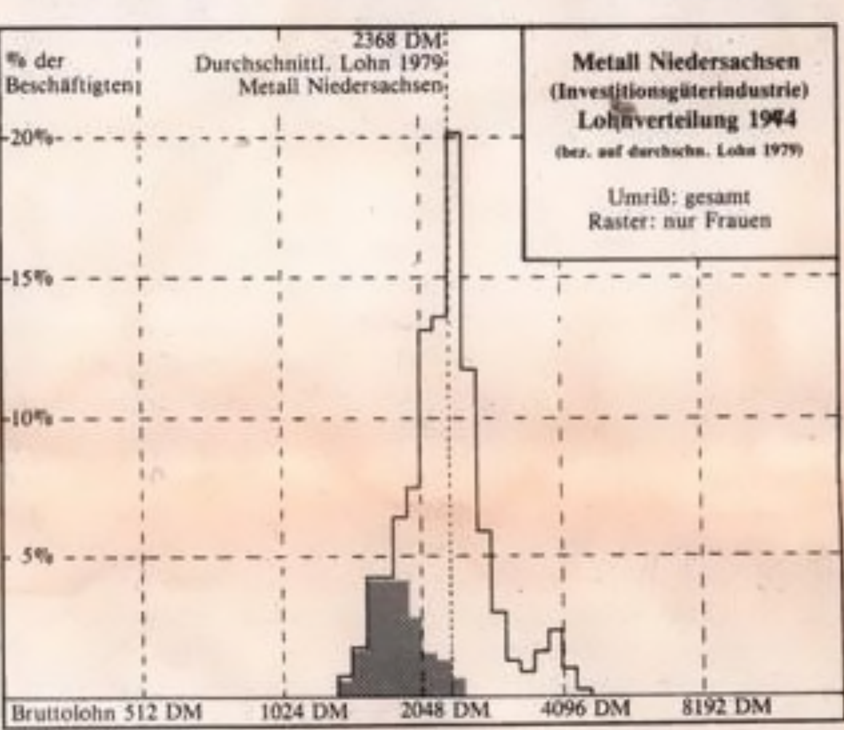
Braunschweiger Zeitung, 19.1.1980 „Tatsache ist, daß die weniger Verdienenden von der allgemeinen Teuerung ebenso und damit weit härter betroffen sind als die Bezieher höherer Löhne... Die Frage spitzt sich darauf zu, ob man hier sozialen Nachteilen den Vorzug vor dem Erhalt der Arbeitsplätze geben soll.

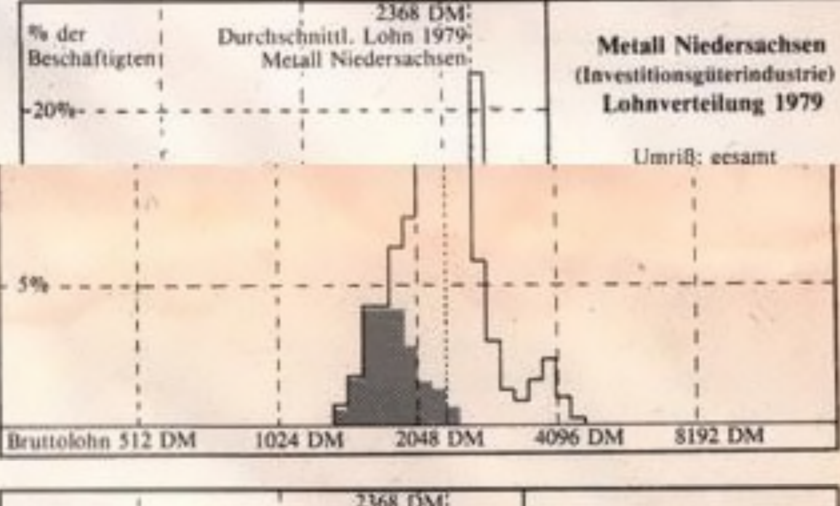
Hannoversche Allgemeine ZEITUNG

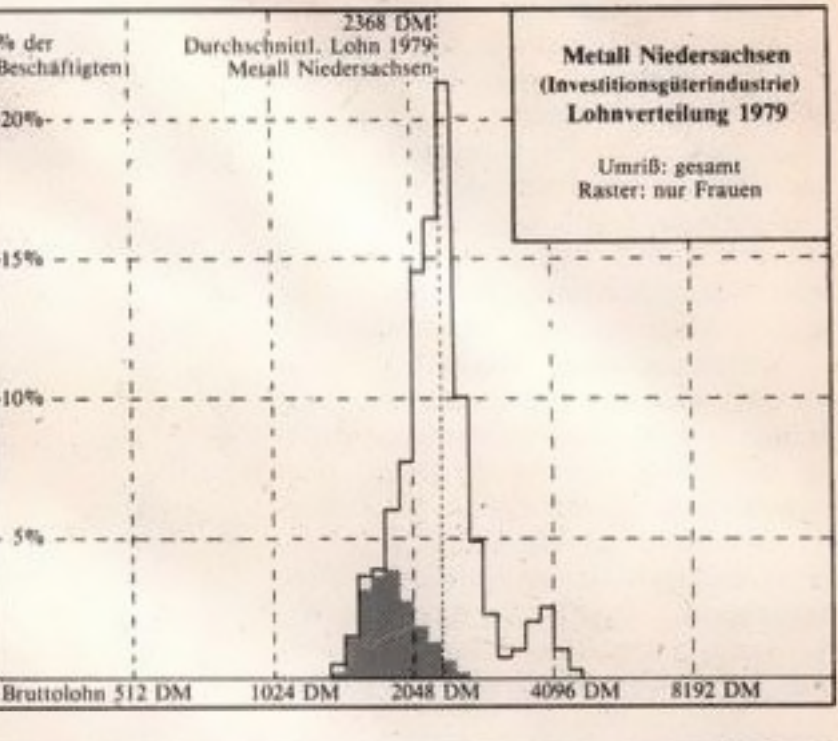
Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8.1.80. Auch Betriebsräte gegen Lohnnivellierung... Auf zunehmende Kritik stößt die Gewerkschaftsforderung, in den Tarifrunden dieses Frühjahrs die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen stärker als die höheren anzuheben, in den Gewerkschaften selbst. Auch im Raum Hannover betonen zumal Betriebsräte, ältere Gewerkschaftsfunktionäre und Angestelltenvertreter unumwunden, daß diese Forderung mit dem gewerkschaftlichen Interesse, die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer zu verbessern, nicht übereinstimme... verschiedene Prognosen deuten auf harte Verhandlungen bei den kommenden Tarifrunden bis zur Schlichtung und auf Abschlüsse um etwa 6% hin..."











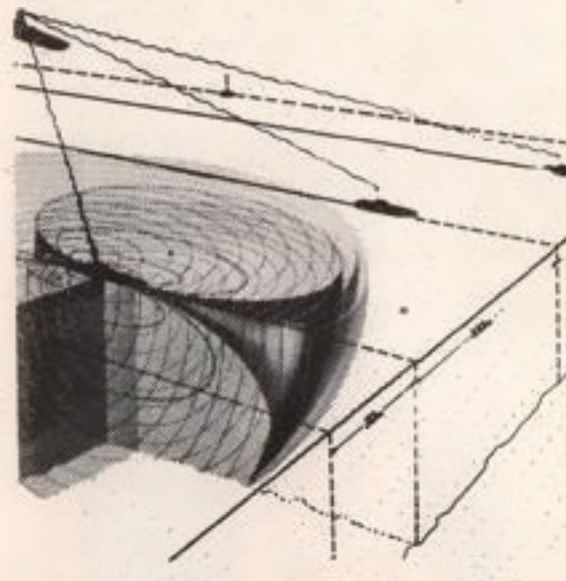
r.ram. Ernst Albrecht und Walter Scheel machten am 7.1.1980 Staatsjagd in Springe. Nach dem letztjährigen Abschuß seltenen Schonwildes diesmal ohne Presse und Fernsehen...



b.ham.Flensburg. **Landwirtschaft in den 80er Jahren – was muß sich ändern? So lautete der Hauptvortrag auf dem Flensburger Kreisbauerntag am 17. Januar.** Es sprach Carl Dobler, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV). Von mehreren Bauern, auch vom Kreisvorsitzenden Hans Hermann Schmidt, wurde er ausdrücklich aufgefordert: „Wir verstehen nicht, warum der DBV noch keine Preisforderung in den Raum gestellt hat ... Wir brauchen auf dem Getreidepreissektor eine durchschlagende Preiserhöhung ... bei der Milch keinerlei Preissenkung" (der DBV-Vorstand ist für eine „Mitverantwortungsabgabe" der Milcherzeuger). Dobler hat in über zweistündiger Redezeit versucht davon abzulenken. Man müsse den ungesunden Wettbewerb unter den Bauern selbst zurückschrauben. Wie, das ließ er offen. Er empfahl christliche Solidarität – und die lebensfremden Techno- und Bürokraten im Staatsapparat als Feinde der Bauern. Sich selbst nannte er, scheinbar selbstkritisch, „Wanderprediger". So einer ist er auch. Das gesetzmäßige Aufreiben und Ruinieren der Mittelschichten im Kapitalismus hat er als *falsche Politik* der Bonner Regierung darzustellen versucht. Nur jetzt keine Forderungen – und dafür Heeremann als Landwirtschaftsminister nach Bonn, wie sie es bereits 1976 versucht haben, das ist die Linie des Vorstands.

che Solidarität – und die lebensfremden Techno- und Bürokraten im Staatsapparat als Feinde der Bauern. Sich selbst nannte er, scheinbar selbstkritisch, „Wanderprediger". So einer ist er auch. Das gesetzmäßige Aufreiben und Ruinieren der Mittelschichten im Kapitalismus hat er als *falsche Politik* der Bonner Regierung darzustellen versucht. Nur jetzt keine Forderungen – und dafür Heeremann als Landwirtschaftsminister nach Bonn, wie sie es bereits 1976 versucht haben, das ist die Linie des Vorstands.

b.how. **Am 9./10.1. fand in der Marineschule Mürwik (Flensburg) die 20. „Historisch-taktische Tagung" statt.** Die ca. 400 Offiziere und „Ehemaligen" haben unter der Führung des Befehlshabers der Flotte, Vizeadmiral Fromm, besonders den Stand der Modernisierung der U-Boote und Minenabwehr untersucht. Zusammen mit den Marinefliegern (Starfighter und Tornado) sind das die einzigen Waffen, die schnell und überraschend die entscheidenden Ostseezugänge verminen können oder, „was zur Zeit nicht geplant ist", (Marineforum 7/79), die Ostseehäfen des Warschauer Pakts. Durch den Aufbau der zweitgrößten Minenstreitkraft der Welt (63 Boote mit 2500 Mann) versuchen die BRD-Imperialisten im kommenden Krieg um Europa auf See sich wenigstens ihre Basis zu erhalten.



Minenabwehrsystem Troika – 3 ferngelenkte Boote simulieren Schiffsfelder.

b.chc.Rendsburg. **180 Bewohner Osterrönfelds haben den Bau einer Schredderanlage zur Verwertung von Metallen, Müll und Papier durch Einspruch verhindert.** Die Stadt Rendsburg und der Gemeinderat Osterrönfeld hatten dem Rendsburger Kapitalisten Ehrlich den Bau am Nord-Ostsee-Kanalufer in unmittelbarer Nähe eines Wohngebietes genehmigt. Ehrlich hat von sich aus den Bau zurückgezogen, sicher ist auch ihm bekannt, daß bereits 1974/75 in Norderstedt durch den Kampf der Bewohner aus dem Bau einer Schredderanlage trotz langer Verhandlungen nichts wurde.

r.acm. **Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier Münster beschließt Lohnforderung und Anträge zum Bezirkstag.** Die Vertrauensleutekörperleitung der Zeitungsdruckerei Fahle hatte zur Mobilisierung für die Versammlung ein Flugblatt herausgegeben, auf dem die Tariflohnverteilung der 150 Arbeiter und Angestellten aus der Technik aufgerechnet war zusammen mit einer Lohnforderung von 180 DM/mindestens 9%. Aus der Lohnverteilung bei diesem Zeitungsbetrieb ergibt sich: mit dem Festgeldbetrag würden 60% der Belegschaft bis zu den Ecklöhnern erreicht; Korrektoren, Maschinensetzer und Angestellte würden in den Bereich der Prozente fallen. In der Debatte konnte sich diese Forderung durchsetzen, auch der Ortsvereinsvorstand war mehrheitlich dafür. – Anträge zum Bezirkstag: „Die IG Druck und Papier wird daraufhinwirken, daß das gesetzliche Verbot der Schicht- und Nachtarbeit durchgesetzt wird... Eine Zusammenarbeit mit anderen Einzelgewerkschaften zur Erreichung des Ziels streben wir an... den Unternehmern soll der Einsatz von Schicht- und Nachtarbeit so teuer wie möglich gemacht werden." – Ein Antrag zu den Steuern, der die sofortige Erhöhung des Grundfreibetrages auf 25% vorsah, wie als Ziel 1500 DM steuerfrei, wurde zur Bearbeitung an die Delegierten zum Bezirkstag gegeben. – Weitere Anträge gingen zur Veränderung der Lohnstruktur: Alle Facharbeiter auf 120% des Ecklohnes, Streichung des Gehilfenjahrs, Streichung der Lohngruppen I und II und Anhebung der restlichen Hilfsarbeiterlohngruppen um 10%, keine Einführung von Altersstaffelung; Weihnachtsgeldzahlung anteilig für jeden Monat; Abschaffung der Ausnahmeregelung bei Berufsschulpflicht für Jugendliche über 18 Jahren.

b.clm. **Die Staatsanwaltschaft hat im Wehrkraftzersetzungsprozeß in Flensburg Geldstrafen von insgesamt 24000 DM beantragt.** Sie stützte sich dabei auf das Urteil gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Volksmiliz Lötzer. Gegenüber dem Versuch der Verteidigung, den Wahrheitsbeweis zu führen, sei das Gericht zutreffend vom Gesamtzusammenhang ausgegangen. Es möge ja sein, daß ein gut verdienender Junggeselle, der zur Bundeswehr komme, Schwierigkeiten habe, mit

b.clm. **Die Staatsanwaltschaft hat im Wehrkraftzersetzungsprozeß in Flensburg Geldstrafen von insgesamt 24000 DM beantragt.** Sie stützte sich dabei auf das Urteil gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Volksmiliz Lötzer. Gegenüber dem Versuch der Verteidigung, den Wahrheitsbeweis zu führen, sei das Gericht zutreffend vom Gesamtzusammenhang ausgegangen. Es möge ja sein, daß ein gut verdienender Junggeselle, der zur Bundeswehr komme, Schwierigkeiten habe, mit

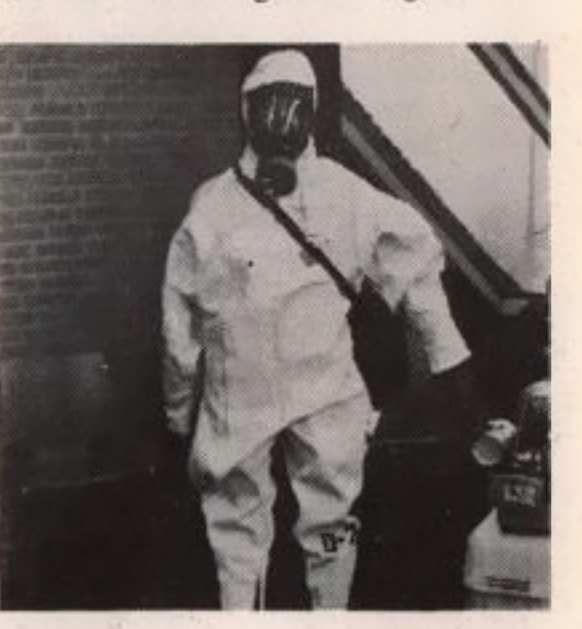
dem Wehrsold auszukommen und daß der Bundeswehrverband daran Kritik übe. Der KBW wolle aber nur berechtigte Forderungen umfunktionieren. Alle Angeklagten seien kaum belehrbare Überzeugungstäter, die die Verhandlung zur Agitation mißbraucht hätten. Ob das Gericht dem folgen kann, hängt davon ab, ob es der Ansicht ist, es dann in den nächsten Prozessen leichter oder schwerer zu haben.

b.brv. **Die berechtigte Forderung vieler Sozialhilfeempfänger nach Nichtanrechnung des Kindergeldes auf den Sozialhilfesatz (was in § 76 BSHG festgelegt ist) nahm die CDU-Bürgerschaftsfraktion zum Anlaß, dies nur für alleinstehende Eltern zu fordern.** Da 1977 für 19585 Hamburger Kinder Sozialhilfe gewährt worden sei, entstünden bei genereller Nichtanrechnung 19 Mio. DM Mehrkosten, auf die alleinstehenden Eltern bezogen nur 12 Mio. DM. Z.Zt. zahlt Hamburg letzteren für ein Kind zusätzlich 20% des Regelsatzes eines Haushaltsvorstands, das sind 62,40 DM. Die SPD verwarf im Sozialpolitischen Ausschuß diesen Vorschlag zugunsten der Vorstellungen der Bund-Länder-Kommission, entweder pro Kind mehr als 20% zu zahlen oder das Kindergeld teilweise zu belassen. Offensichtlich ist, daß weder das eine noch das andere reicht. Notwendig ist gerade für Sozialhilfebezieher wie für Arbeiterfamilien volles Kindergeld – und zwar soviel wie ein Minister bekommt.

b.peb. **Folgende Forderungen (Auszüge) stellt die IG Metall Jugend Hamburg für die Bundesjugendkonferenz der IGM auf:** 60% vom Facharbeiterlohn für alle Lehrjahre gleich. Als Schritt dahin: Anhebung der Ausbildungsvergütungen um denselben Betrag wie die Facharbeitergruppe, am besten in Festgeld bzw. Mindestbetrag. – Keine flächendeckende Einführung des BGJ – Entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften soll das Jugendarbeitsschutzgesetz novelliert werden: – Vollständiges Verbot von Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit ohne Ausnahme – Freistellung von der Arbeit vor und nach dem Besuch der Berufsschule und bei Schulveranstaltungen – Zwei arbeitsfreie Berufsschultage, mindestens 480 Std. Berufsschule im Jahr. – Sofortige Einhaltung der 40-Stundenwoche – Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz müssen als Straftaten mit hohen Gefängnisstrafen belegt werden – Anerkennung der Befreiungsbewegungen und der Beschlüsse der UNO Generalversammlung durch die Bundesregierung – 40 Stundenwoche für Wehrpflichtige – für jeden Zusatzdienst muß ein ebenso langer Dienstausgleich gewährt werden – 70% des durchschnittlichen Facharbeiterlohns für Wehrpflichtige – Rechte für Vertrauensleute, nur absetzbar von Wahlberechtigten, Vertretungskörperschaften auch über der Ebene der Kompanie.

b.peb. **Auf Druck der Belegschaft mußte STILL-Berzeliusstr. die Einführung eines Betriebsurlaubs für 1980 zurücknehmen.** Am 10.1. hatte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat einen Entwurf für eine Betriebsvereinbarung über Betriebsurlaub für 1980 und 1981 vorgelegt. Der Entwurf wurde noch am gleichen Tag in der Belegschaft bekannt und stieß auf einhellige Ablehnung, da er einen Angriff auf die erkämpften 6 Wochen Urlaub darstellt. Dem Einzelnen wird unmöglich gemacht nach seinen persönlichen Bedürfnissen und einer ihm angemessenen Zeit Urlaub zu nehmen. Zudem besteht der Zwang in der Hochsaison, der teuersten Urlaubszeit, zu verreisen. In einer Abteilungsversammlung der Dreherei wird der Entwurf einstimmig abgelehnt. Bei einer Unterschriftensammlung tragen sich 900 Beschäftigte ein, das sind 90% der Belegschaft. Am 16.1. tagt der Betriebsrat das erste Mal mit der Geschäftsführung. Die Verhandlungen werden auf den 18.1. vertagt. Am 18.1. beginnen um 9.30 die Verhandlungen, bereits um 10 Uhr haben sich 700 Beschäftigte im Fahrzeugwerk versammelt. Um 11 Uhr erklärt der Betriebsratsvorsitzende Baumann, daß die Geschäftsführung den Betriebsurlaub 1980 fallen läßt, ausgenommen die drei Weihnachtstage und 1981. Um 11.45 ziehen dann ca. 500 Beschäftigte zur Geschäftsleitung, die sich nervös einschließt und mit der Polizei droht. Gegen 12 wird bekannt, über die drei Weihnachtstage kann der Betriebsrat entscheiden, die Verhandlungen über 1981 werden vertagt.

b.sal.Brunsbüttel. **Landrat Buhse reagiert auf die Forderung nach Offenlegung des Katastrophenschutzplanes für das KKW Brunsbüttel.** So stellt er nun zur Katastrophenschutzplanung und -bewältigung in Dithmarschen aus. Auf Druck mußte er einen Teil des Sonderkatastrophenschutzplanes für das KKW nachträglich auslegen.



b.trs. **Fortschritt in der Jahresarbeitszeitregelung bei Karstadt Mönckeberg-**

Zeugnisse, Abschlüsse: Ministerpläne kommen nicht durch

r.ron. Der 31. Januar ist Zeugnistermin. Die Lehrer sind mit Zeugniskonferenzen, Schülerbegleitbögen, Schullaufbahnempfehlungen u.ä. neben den Korrekturen der letzten Arbeiten vollauf beschäftigt. Was dabei nach den Plänen der Kultusministerien letztlich herauskommen soll, sieht man an den folgenden Daten.

Ein Vergleich der Plandaten mit den wirklichen Ergebnissen von 1976 ergibt ein unerfülltes Plansoll bei den Hauptschülern sowohl mit als auch ohne Abschluß, auf der anderen Seite ein Zuviel an Realschul- und Gymnasial-Abgängern. 1979 und 80 sollte die Sache bereinigt werden. Daher auch die rege Erlaßtätigkeit des niedersächsischen Kultusministeriums, die wir nur kurz dokumentieren können:
1974: Schuleingangstest, Kurssystem Oberstufe, Konferenzordnung.
1975: Einführung 10. Schuljahr.
1977: Schülerbegleitbögen, Lernentwicklungs- und Lernzustandsberichte, verschiedene Erlasse über die Arbeit in den einzelnen Schulstufen.
1978: Organisationserlasse, Projektunterricht.
1979: Eignungsgutachten mit Schullaufbahnempfehlung nach der Orientierungsstufe, Erlaß über Klassenarbeiten.

Wie sich die Eltern zu den Plandaten des Ministers stellen, hatten wir schon in der KVZ 52/79 dokumentiert: Nach der ,,Schullaufbahnempfehlung" von der Orientierungsstufe auf weiterführende Schulen sollten in Niedersachsen 46% der Schüler auf die Hauptschule, 31,8% auf die Realschule und 24,8%
46% der Schüler auf die Hauptschule, 31,8% auf die Realschule und 24,8%
aufs Gymnasium. Die Eltern entschieden dessen stattdessen nur bei 38,4% für die Hauptschule, dagegen bei 38,8% für die Realschule. In Braunschweig (Stadt) waren Eltern- und Staatswille noch deutlicher entgegenbesetzt. (KVZ 52, S.5)

Plandaten Kultusministerkonferenz: Prozentualer Anteil d. Schulabschlüsse

	HSoA	HSmA	RS	Gy
1974	16,9%	43,7%	25,1%	14,3%
1975	16.7%	40,1%	27,7%	15,5%
1976	16,8%	40,4%	25,4%	17,3%
wirkliche Daten 76:	12,2%	37,7%	28,9%	20,3%
1977	16,2%	40,5%	25,8%	17,5%
1978	15,8%	39,5%	27,7%	17,0%
1979	26,2%	35,2%	25,7%	12,9%
1980	27,6%	32,6%	24,9%	14,9%
1985	33,1%	26,2%	22,1%	18,8%

HSoA: Hauptschule ohne Abschluß, HSmA: Hauptschule mit Abschluß, RS: Realschule, Gy: Gymnasium; Quelle: Dokumentation 41 der Kultusministerkonferenz

Nach wie vor sind eine Reihe von Schulbeamten im Dienst, die ihren vom Dienstherrn aufgegebenen Pflichten treu nachkommen. Auf der anderen Seite nimmt aber auch unter den Lehrern die Erkenntnis zu, daß die Auslese, die sie vornehmen sollen, zunehmend in Widerspruch steht zu ihrem Interesse, den Schülern eine gute Ausbildung zu geben. In den folgenden Meldungen wird dies deutlich:

Hannover, Brüder-Grimm-Schule: An dieser Grundschule gibt es noch zwei auslaufende 9. Klassen. In der 9A ist Konrektor Wyrwa Klassenlehrer. Schon letzten Sommer hat er 4 Schülern der damaligen 8. Klasse für jede Kleinigkeit 5en und 6en gegeben, so daß sie die Schule ohne Abschluß verlassen mußten. Hauptschüler hätten ohnehin keine Chance, sich im Beruf zu qualifizieren und jede schlechte Zensur allein ihrem schlechten Benehmen und ihrer Faulheit zu verdanken. In einem Zeitraum von acht Tagen müssen in der 9A 6 Mappen mit durchschnittlich 70 Seiten abgegeben werden, ähnlich in der 9B. Jede nicht abgegebene Mappe bedeutet eine 6. Gleichzeitig sollen 7 Arbeiten geschrieben werden. Eine Umfrage hat ergeben, daß 54% der Neuntklässler gerne die 10. Klasse machen würden. Darüber sollen die Noten entscheiden. 31% wollen eine Lehre anfangen.

Hannover, Grundschule Tegelweg: Zeugniskonferenz für die 2. Klassen: Für jeden Schüler muß ein ,,Vorschlagszeugnis" – etwa eine handgeschriebene Seite Text – vorliegen. Über Schüler, deren Versetzung evt. als ,,gefährdet" angesehen wird, muß gesprochen werden. Bei einem Schüler wird entgegengehalten, eigentlich sei er ja intelligent; seine Mutter müsse aber tagsüber arbeiten, sei meistens nicht zu Hause. Schließlich bekommt er keine Bemerkung. Bei anderen wird nach ,,günstigen Formulierungen" für die Lesefähigkeit gesucht. Insgesamt werden 12 Fälle von insgesamt 84 Schülern verhandelt. Davon erhält einer einen Vermerk.

Langenhagen bei Hannover, Integrierte Gesamtschule: Zum Zeitpunkt
Langennagen bei Hannover, integrierte Gesamtschule: Zum Zeitpunkt
der Zensurenkonferenzen Abitursvorbereitungen und Erstellung der Schülerbegleitbögen wächst die Mehrarbeit der Lehrer, gleichzeitig das Maß an Mehrarbeit, um gegen die Erlasse den Druck auf die Schüler zu mildern: So werden Kurse, um die Lesefähigkeit zu steigern, durchgeführt, obwohl sie per Erlaß abgeschafft sind, können Schüler Arbeiten nachschreiben usw. Ein Lehrer z.B., der Sport und andere 2stündige Fächer unterrichtet, kommt auf 16 Zensurenkonferenzen. Das sind 12 Stunden. Gleichzeitig laufen Abitursvorbereitungen. Um 4 Vorschläge für eine schriftliche Arbeit einzureichen, braucht ein Lehrer 26 Std. Hinzu rechnet er ein 1stündiges Gespräch mit dem Landesfachberater und 9 Std. Überarbeitung. Für Unterrichtsvorbereitung bleibt kaum noch Zeit.

Braunschweig, Integrierte Gesamtschule: Die Gesamtkonferenz hat beschlossen, keine allgemeinen Bemerkungen mehr in die Lernentwicklungsberichte zu schreiben.
Man sieht, daß sich von verschiedenen Seiten her eine Bewegung gegen das Zensuren- und Punktesystem für die Gewährleistung von Schulabschlüssen entwickelt. Günstig ist die Verbindung mit dem Kampf der Lehrer für die 40-Stunden-Woche. So führt die GEW Westberlin eine Aktion durch, unkorrigierte Schulhefte mit der Aufforderung ,,Jetzt korrigieren Sie selber, Herr Rasch!" an den Schulsenator zu schicken. Der GEW-Vorsitzende Gallas aus Niedersachsen hat das begrüßt. Schlechte Aussichten für die Ministerpläne.

Mit kaltem Büffet läßt sich die Jugend nicht abspeisen

IGM und ÖTV Jugendgruppen organisieren den Angriff für ihre Forderungen

b.uwz. Wohl ein bißchen anders vorgestellt hatte sich Hans Ulrich Klose ein Treffen mit 350 Vertretern der Hamburger Gewerkschaftsjugend. Wie die Mäntel sollten die DGB Jugendgruppen die Interessen der Arbeiterjugend am 15.1. am Rathauseingang abgeben, um sich dann auf das 90m² große Büffet zu stürzen. Dort sollten sie von Klose und seiner Senatorenriege wie die Hyänen umschwänzelt werden, damit diese in ,,*kleinen Gesprächsgruppen, je nach Lust und Laune"(Klose)* herausfinden, wie sie die Gewerkschaftsjugend besser spalten können. Diese stürzten schon, allerdings auf Klose und seine Senatoren. Die Betriebs- und Branchenjugendgruppen von Blohm und Voss, AEG, MAN, E- und Metallhandwerke, verbreiteten im Rathaus ein Flugblatt gegen das Flächendeckende BGJ. Auch die ÖTV-Jugend griff Klose und Elstner (Bild) mit vorbereiteten Erklärungen und Briefen an und vertraten ihre Forderungen zum MTV-A.

Zu dem Flugblatt der IGM, das ihm auch übergeben wurde, meinte Klose ,,*das mit dem BGJ und den Fragen der IGM wird gerade geprüft, seit der letzten Vertreterversammlung der IGM*" wo er wegen der flächendeckenden Einführung des BGJ angegriffen wurde. Er prüft jetzt, ob er die Interessen der Kapitalisten auch durchsetzen kann. Zu dem Fragebogen auf diesem IGM Flugblatt konnte Schulsenator Grolle nichts garantieren, schon gar nicht, daß die Jugendlichen nach dem BGJ keine Hilfsarbeiter werden. ,,...die Jugendlichen können ihren Neigungen entsprechend gefördert werden und sind nicht an die Bedingungen und die Ausbildungssituation des einzelnen Betriebes gebunden" so will Grolle die vielseitige Einsetzbarkeit der jugendlichen Arbeitskraft in der Ausbeutung nach dem BGJ verkaufen. Unter dem Druck der Gewerkschaftsjugend (nicht nur IGM, z.B. auch GHK und IG Druck Jugend traten gegen das BGJ im Rathaus auf), schob Grolle scheinheilig alles auf die Kapitalisten ,,*in unserem Wirtschaftssystem ist das leider so!*". Daß man durch Kampf seine Forderungen durchsetzen kann, wie die Berufsschüler im Kampf gegen das Kurssystem, fürchtet er am meisten und wollte nichts ,,*davon hören*". Er hofft auf die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, denn ,,*gegen den Willen der Gewerkschaften kann ich das BGJ nicht durchsetzen*".

Daß diese um ihre Einheit gegen das BGJ kämpft konnte er deutlich bei seinem ,,Imbiss" spüren. Die DGB Jugendgruppen wollen ihre Forderungen auf der Demonstration am 1.2. weiter erheben. Die Frage die sich der Gewerkschaftsjugend im Rathaus aufdrängte ist, warum soll Klose, der die Ausbildung verkürzen und die Interessen der Kapitalisten vertreten will, auf der 1.Mai Kundgebung reden?



Klose wird im Rathaus von Krankenpflegeschülerinnen der ÖTV-Jugend angegriffen, weil er meint ,,*Nachtarbeit muß sein*". Jugendvertretung und Schülerrat, sowie die ÖTV Jugend insgesamt fordern einen Manteltarifvertrag für Auszubildende wo diese verboten wird. Was will Klose denn auf der 1.Mai Kundgebung in Hamburg, wenn er das nicht unterstützt.

Bendixen legt Hochschulgesamtplan bis 1983 vor

Bendixen legt Hochschulgesamtplan bis 1983 vor

Verschärfung des Studiendrucks für Studenten, Mehrarbeit für den Mittelbau

b.frm. Mit Fortsetzung des ,,Überlastprogramms" und langfristig einer Schaffung von 1400 weiteren Studienplätzen will ,,das Land ... dazu beitragen, daß jeder Studierwillige einen Studienplatz finden wird, wenn auch nicht immer auf dem Fach und an dem Ort seiner Wahl". Die Bourgeoisie fürchtet um die studentische Uberzufuhr an den Hochschulen, die sie braucht, um durch Sieberei den Stachel der Konkurrenz wirken zu lassen, ohne die eine Abrichtung der Studenten für ihre spätere Rolle als betriebliche Aufseher oder Teil des staatlichen Unterdrückungsapparates nicht denkbar ist. Gegen den gefürchteten ,,Rückgang der Studierwilligkeit" (von 90% 1974 auf 78% 76/77) mehren sich die Lockrufe, ,,die nicht ausgeschöpften Studienplätze" zu füllen. Gleichzeitig werden die Studienbedingungen ständig verschärft, wie die Tabelle zeigt: ,,Die personelle Ausstattung ... konnte nicht mit dem Anstieg der Studentenzahlen Schritt halten" lautet Bendixens trockener Kommentar dazu. Diese Zahlen bedeuten planmäßige Aussaugung von Mehrarbeit bei den Lehrenden, vor allem im Mittelbau, auf der einen Seite, entsprechend ist auch vorgesehen, ,,bei der Personalplanung den gegenwärtigen Stand für den Planungszeitraum grundsätzlich unverändert zu lassen". Entsprechend werden auf der anderen Seite die Studenten enger zusammengepfercht, der Anteil an Vorlesungen, wo die Studenten stur mitschreiben und hinterher einpauken sollen, wächst gegenüber dem Anteil an Seminaren, vor allem im Grundstudium etc. So sieht der Entwurf für die ,,Änderung der Prüfungsordnung ... der Grund- und Hauptschullehrer" vom 11.12.79, auf dessen Grundlage schon zum kommenden Wintersemester das Drei-Fächer-Lehrerstudium eingeführt werden soll, vor: ,,Das Studium von drei Fächern statt bisher zwei im ähnlichen Umfange führt zu einer erheblich höheren Beanspruchung der Lehrkapazität der Hochschulen. In den meisten Fällen läßt sich dies *durch größere Gruppengrößen auffangen.*" Derselbe Entwurf enthält die Erhöhung der Pflichtstundenzahl um 20, die Einführung neuer Examensklausuren, Ausdehnung der Prüfungsteile, Einschränkung des Rechts auf Öffentlichkeit etc.

Die Kämpfe der Beschäftigten gegen Rationalisierung und Überarbeit und der Studenten um angemessene Studienbedingungen ergänzen sich. Die GEW und AStA der PH Kiel werden eine gemeinsame Presseerklärung gegen die Einführung des Drei-Fächer-Studiums herausgeben und im Februar eine Veranstaltung mit Vertretern des Kultusministeriums durchführen. Die Wahlfachgruppen von Deutsch, Musik, Kunst und vom Heilpädagogischen Institut fordern Einstellung zusätzlicher Dozenten. Die Germanistik-Vollversammlung (Uni) fordert Rücknahme der Zeitverordnung im Landeshochschulgesetz, nach der die Verträge der wissenschaftlichen Assistenten, die nicht in die C-Besoldung übernommen werden, auslaufen sollen.

Entwicklung Studenten und wissenschaftliches Personal in Schleswig-Holstein

Jahr	*Universitäten*				*Päd. Hochschulen*			
1970 =	Studenten		wiss. Pers.		Studenten		wiss. Pers.	
100%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1971	9272	112	1758	114	2909	133	176	124
1973	10296	125	1834	119	4019	184	178	125
1975	12063	146	1969	128	4197	192	186	131
1977	12759	155	1851	121	3289	150	168	118
1979	14244	173	1951	127	3155	144	166	117

Nach: Hochschulgesamtplan 1979 bis 1983, hrsg. Jan. 80

straße. Durch die bisher geltenden Vereinbarungen konnte die Hälfte der Verkäufer, nämlich die, deren freier Tag nach dem rollierenden System auf einen Samstag fiel, in einer der drei Vorweihnachtswochen gezwungen werden, 6 Tage, d.h. 51 Stunden zu arbeiten. 1980 muß für den Samstag in derselben Woche ein freier Tag als Ersatz gegeben werden.

r.edb. **Am 14./15.1.1980 fand die Bezirkstagung des ÖTV-Bezirks Niedersachsen in Bad Gandersheim statt.** Der Vorsitzende der ÖTV, Heinz Kluncker zur Lohnrunde: ,,Die ÖTV hat keinen Anlaß, mit Arbeitskampf zu drohen. Wir werden aber mit Härte und Entschiedenheit verhandeln." ,,... die Lohnforderungen für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst müßten sich an den Ergebnissen orientieren, die in der gewerblichen Wirtschaft erzielt würden." (aus: Nordheimer Neueste Nachrichten). Auf der Konferenz zur Vorbereitung des Gewerkschaftstages 1980 wurden u.a. folgende Anträge verhandelt: Gegen Privatisierung und Rationalisierung im Öffentlichen Dienst; zur Novellierung des Personalvertretungsgesetzes in Richtung auf mehr Einfluß der Personalvertretungen; gegen den Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf Planstellen. Auf der Fortsetzung der Konferenz am 8.2. werden u.a. Anträge zur Lohnrunde behandelt.

b.mis. **NRI-Arbeiter schreiben erneut an Matthöfer als Antwort auf das ,,Steuerpaket 1981".** ,,Sie haben sich mit diesem ,Steuerpaket' darauf geeinigt, die von uns erstrebten Lohnsteigerungen 1980 mit dem geltenden Steuertarif erheblich zu schmälern. (...) Die ... Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohnes würde jedem Lohnabhängigen ca. 60 DM im Monat an Steuerersparnis einbringen... Es hätte zudem den unschätzbaren Vorteil, daß sich der Grundfreibetrag automatisch mit dem Ansteigen des Durchschnittslohnes auch anheben würde. Was die Kinder betrifft: ginge es Ihnen wirklich um eine spürbare Entlastung der Arbeiterhaushalte nit Kindern, so wäre es das einfachste und zudem gerechteste, Sie würden das Kindergeld allgemein auf das Niveau anheben, das Sie und Ihre Ministerkollegen als Kinderzuschlag erhalten..." Der Brief wird derzeit in mehreren Abteilungen beraten. Er geht nachrichtlich auch an die Ortsverwaltungen der IG Metall Hamburg sowie den SPD Ortsverein Buxtehude.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1. Halbjahr 1980

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Buchholz, 21.1. bis 25.1., 20 Uhr, Heideschule, Buenser Weg

Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß.

Neumünster, 21.1. bis 25.1., 20 Uhr, Hotel ,,Stadt Rendsburg", Rendsburger Str.

Das Christentum.

Mölln, 21.1. bis 25.1., 20 Uhr, Gaststätte ,,Zur Linde", Königsbergerstr. 19

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft.

Lüneburg, 21.1. bis 25.1., 20 Uhr, Stucksaal, Vortragssaal, An der Münze

Lenin: ,,Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"

Hamburg-Harburg, 21.1. bis 25.1., 20 Uhr, Gaststätte ,,Zur Erholung", Winsener Straße 42

Reihe Europäische Gemeinschaft

Kiel-West, 21.1. bis 25.1., 20 Uhr, Goetheschule, Hansastraße

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung

Hamburg-Nord, 21.1. bis 25.1., 20 Uhr, Schule Fraenkelstraße

Marx: ,,Lohn, Preis und Profit'

Schleswig, 21.1. bis 25.1., 20 Uhr, Gaststätte,,Schleimöve", Süderholmstraße

Engels: ,,Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie"

Hamburg-Bergedorf, 21.1. bis 25.1., 20 Uhr, Lichtwarkhaus, Am Schilfwasser / Ecke Holzhude

Zeichenkurs

Hamburg, jeden Freitag, 18 Uhr, Hochschule f. Bildende Künste, Lerchenfeld 2, Raum 218a, 25.1.: Übung Perspektive

Proben des Musikzuges der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Prozeß gegen acht iranische Studenten wegen angeblicher ,,Nötigung und Körperverletzung" eines SAVAK-Spitzels

Hamburg, 22./24./25.1., jeweils um 9 Uhr, Landgericht Hamburg, Sievekingsplatz 3, Saal 237

Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen Lohnstein, Bartels, Pollmann und Ludwig – Plädoyer der Anwälte

Flensburg, 23.1., 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Saal 58

Prozeß gegen K.Qualmann und U.v.Appen wegen Teilnahme an einer Iran-Demonstration

Kiel, 22.1., 14. Uhr, Amtsgericht, Harmstr., Saal 358

Protestkundgebung der ÖTV zur Durchsetzung der Forderungen zum Manteltarifvertrag für Auszubildende im Öffentlichen Dienst

Hamburg, 29.1., 14 Uhr, Guttempler-Haus, Moorkamp 5 – *Informationsstand*, 16 - 18 Uhr, Gerhard-Hauptmann-Platz

Ausdehnung und Rationalisierung der Büroarbeit
Die Pelikan-Kapitalisten wollen teilhaben

b.güj. Die Lumoprint Zindler KG Hamburg befindet sich seit dem 1. Juli 1978 mehrheitlich (50,85%) im Besitz der Pelikan-AG Hannover, den anderen Teil besitzen die Oetker-Kapitalisten.

Zum Jahresanfang nun teilten die Pelikan-Kapitalisten die Gründung der „Pelikan Informationstechnik GmbH + Co KG" mit, bestehend aus Lumoprint, Roto-Werke und Züfra.

Bereits Anfang 1979 hatte Pelikan die Fusion von Rotring mit Aristo (Taschenrechner, Zeichenanlagen, Bürogeräte) angestellt. Mit Roto (Umdrucker), Fleischhauer (Magnet- und Lochkarten usw.), Züfra (Arbeitsprojektoren) und Lumoprint (Kopiergeräte) ist Pelikan seit langem auf dem Bürogerätemarkt vertreten. Ein flankierendes Programm haben die Pelikan-Werke Laurin (Waiblingen), Greif (Göslar), Rebhau (Oberasbach) und Reacto-Papier (Hannover).

Auch die meisten Auslandserwerbungen sind auf den Bürosektor ausgerichtet: Eine Fabrik für Drucktücher und Schreibbänder in London, eine Bürobedarfsfirma in Schweden. Neue Vertriebsgesellschaften in Athen, Mailand, Peru ergänzen das Netz von Fabriken und Stützpunkten der Pelikan-Kapitalisten in Europa, Nordamerika, Mittel- und Südamerika (Mexiko, Venezuela, Argentinien...), Asien (Iran) und Afrika (Südafrika).

Die Rationalisierung und Intensivierung der Schreibarbeit, der Zeichenarbeit und der Rechenarbeit ist von größtem Interesse für die Kapitalisten. Pelikan ist sichtbar bestrebt die dazu nötige Maschinerie und Materialien gleichermaßen zu liefern und im internationalen Handelskrieg auf diesem Gebiet Siege zu erringen.

3,5 Millionen Bürofach- und Bürohilfskräfte gibt es heute in Westdeutschland, hervorgebracht von den Bedürfnissen des Weltmarktes aber auch der Aufblähung des staatlichen Unterdrückungsapparates und der Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln.

Mit Kopiergeräten, Druckmaschinen, Zeichenanlagen und Magnet-Datenträgern trifft das Pelikan-Kapital auf dem Markt auf gut gerüstete Konkurrenz: Rank-Xerox, IBM, Agfa, Saxon, 3M, Canon, Sharp, A.B.Dick usw.

Von etwa 170000 Normalpapier-Kopierern, die 1978 in Westeuropa verkauft wurden, hat Pelikan etwa 6000 verkauft. Canon, Nashua, Saxon und Rank Xerox haben zusammen 88000 verkauft. Seit 1976 setzt die japanische Firma Ricoh mehr Normalpapier-Kopierer ab als IBM und Rank Xerox zusammen. Gegen die noch größeren Monopole sich halten wollen heißt für Pelikan: Steigerung des Ausbeutungsgrades der eigenen Arbeiter, Intensivierung der Arbeit. Bei Pelikan-Hannover wird Akkord gearbeitet, bei Rotring Schicht, bei Lumoprint ist eine „Hausfrauenschicht" vorgesehen. An den Bändern und in der Vormontage bei Lumoprint überwiegt Lohngruppe II. Zum Jahresanfang 1979 gab es Kurzarbeit, danach wurde gleich ein Band schneller gedreht, von 21 auf 29 Geräte pro Tag. Dann Neueinstellung um mit einem neuen Gerät ein neues Abenteuer zu versuchen, soeben Verkauf der Tochterfirma Stäudle KG zwecks Programmbereinigung, morgen Entlassungen wenn das Abenteuer gelingt, aber auch wenn mit weniger Arbeitern durch Rationalisierung dasselbe geschafft wird.

Lübeck - eine überalterte Stadt
Unzureichendes Altenheimangebot - Pünderung der Rentner und ihrer Angehörigen

b.kaq. Während 16% der Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein älter als 65 Jahre sind, beträgt der Prozentsatz in Lübeck 1979 20,1% (Kiel 17,5%). Auf Grund der Volkszählungen war die Erreichung dieser Spitzenzahl vorhersehbar. Für die 45157 Bewohner der Stadt Lübeck, die älter als 65 Jahre sind, stehen 2292 Betten in Alten- und Pflegeheimen zur Verfügung. Die Mehrzahl der Betten mit 1239 in Pflegeheimen. Lübeck liegt unter dem Angebot von Kiel mit 2400 Betten für 46465 Bewohner über 65 Jahre. Der Anteil der Pflegebetten beträgt in Kiel ein Drittel. Nach den Richtlinien des Sozialministers von 1968 sollen für 6% des Anteils der Bewohner über 65 Jahre in kreisfreien Städten Heimplätze zur Verfügung stehen, in der Aufteilung 3,5% für Altenheime und 2,5% für Pflegeheime. Daraus läßt sich für die Stadt Lübeck ein Bedarf von 1580 Altenheimplätzen und 1129 Pflegeheimplätzen ermitteln. Es besteht also ein Defizit von 527 Altenheimplätzen und ein Überschuß von 110 Pflegeheimplätzen.

Das Verhältnis von Altenheimplätzen zu Pflegeheimplätzen hat sich in den letzten zehn Jahren umgekehrt. 1968 standen 865 Altenheimplätzen 535 Pflegeplätze gegenüber. Während die Plätze in den Altenheimen nach Warteliste vergeben werden, werden die Plätze in den Pflegeabteilungen meist mit Notfallpatienten aus den Krankenhäusern belegt. Die ansteigende Zahl der Pflegeheimplätze ist nur Folge des staatlichen Gesundheitswesens, aus dem die Kranken frühzeitig in Pflegeheime abgeschoben werden. Die Senkung der Verweildauer in den Krankenhäusern in Lübeck von 18,9 Tagen 1961 auf heute 13,4 Tage geben dafür Anhaltsdaten. Daß die Unterversorgung mit Heimplätzen nicht zu Aufständen führt, ist den horrend gestiegenen Tagessätzen der Alten-und Pflegeheime geschuldet. Von 8 – 15 DM im Jahre 1968 sind die Tagessätze in Altenheimen auf 30 – 45 DM gestiegen und in Pflegeheimen auf 70 DM, was einen monatlichen Betrag von 900 bis 2100 DM ausmacht. Die Rentner müssen ihre gesamte Rente und ihr Vermögen bis auf 3000 DM der Stadt zur Verfügung stellen. Reicht die Rente nicht, so zahlt die Sozialfürsorge. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den Alten- und Pflegeheimen stieg von 1968 46,7% kontinuierlich auf 1978 76,3%. Ihrer Rente beraubt, erhalten die Rentner für persönliche Zwecke dann ein Taschengeld von 150 DM. Nicht genug mit der Plünderung der Rentner, das Sozialamt holt sich jährlich seine Auslagen von den Verwandten wieder. Von 17,5 Mio. DM, die das Sozialamt Lübeck für Personen in Heimen zahlt, werden 7,8 Mio. DM wieder eingenommen.



In dem 1975 eröffneten Altenheim Am Benckenhof stehen 178 Betten nur für Pflegefälle bereit. Die Kosten der Neubauten, mit denen die Stadt Lübeck renomieren will, treibt sie durch Enteignung der Rentner und Plünderung der Angehörigen wieder ein.

Drogeriekapitalist Rossmann zieht Extraprofit aus Halbtagskräften

b.pef.Stade. In dem Drogeriemarkt Rossmann in Stade arbeiten 2 Ganztagskräfte (5,77 DM, 6,36 DM Stundenlohn), vormittags und nachmittags jeweils 2 Halbtagskräfte (6,50 DM), 1 Abteilungsleiterin und deren Stellvertreterin. Der zuständige Filialleiterin sieht sich alle 2 Wochen den Laden an und mutet dem Personal sogar noch mehr Aufgaben zu, wie man den Laden noch mehr verbessern könnte. Außerdem sieht sie es gerne, daß in den beiden Kaffeepausen (je ¼ Std.) durchgearbeitet wird. Wenn die Verkäuferinnen ihre Kaffeepausen, die ihnen zustehen, einhalten, werden sie von der Abteilungsleiterin angemacht, daß im Laden noch zu viel Arbeit sei, um sich auf die faule Haut zu setzen.

Arbeitsbeginn aller ist um 9 Uhr, so hieß es laut Vertrag und um 18 Uhr Ladenschluß. Dies ist auch ein Trugschluß, denn das Personal muß schon um 8.45 Uhr im Laden sein, der oft schon um 8.50 geöffnet wird. Mit der Feierabendzeit hapert es ebenso: vor 18.20 Uhr wird keiner fertig.

Jeden Morgen kommen 3 Lieferwagen mit Waren, die von 2 Ganztagskräften und der Stellvertreterin abgepackt werden. Ein Teil davon wird im Laden untergebracht, der Überschuß geht ins Lager. Es ist keine Seltenheit, daß einige Kisten 30 kg wiegen. Anschließend müssen die 2 Ganztagskräfte die Waren auspacken und die leeren Kartons auf die Container aufstapeln. Dann werden die Zeitungen sortiert und eingeräumt, danach wird das gleiche mit den Kosmetikartikeln gemacht. Der Nachmittag verläuft ebenso gehetzt für die Kolleginnen: Waren nachfüllen, Bestand aufnehmen, leere Kartons ins Lager bringen, alle Waren vorziehen, Lager aufräumen und den Laden sauberhalten. Der Kapitalist Rossmann hält die Personalbesetzung seiner Läden (ca. 100 in der BRD) so niedrig wie nur möglich. Trotz der jetzt schon kaum zu schaffenden Arbeit will er noch mehr Personalkosten einsparen und rationalisieren, d.h. Ganztagskräfte werden durch Halbtagskräfte ersetzt. Der Vorteil für den Kapitalisten ist, daß durch die Einstellung der Halbtagskräfte deren Arbeitsleistung automatisch zunimmt.

Sozialminister will Schließung der Klinik Ost
Flensburger Bürgermeister droht Beschäftigten / Weitere Aktionen gegen die Schließung geplant

b.clm. In einer am Freitagabend veröffentlichten Presseerklärung der Landesregierung weist Sozialminister Braun noch einmal darauf hin, daß er die Schließung der Klinik Ost durchsetzen wolle und daß er dazu auch die Mittel habe: „Der Minister bekräftigte erneut die Gültigkeit der Entscheidung der Landesregierung, wonach die beiden freigemeinnützigen Krankenhäuser und ein städtisches Krankenhaus in enger Kooperation und räumlicher Nachbarschaft die Krankenhausversorgung in Flensburg sicherstellen. Nur so kann eine medizinisch zweckmäßige und wirtschaftlich gebotene Lösung zum Wohle der Patienten erreicht werden. Die am 9. Oktober 1979 von der Landesregierung beschlossene Fortschreibung des 'Krankenhausbedarfsplanes weist für Flensburg eine solche Planung verbindlich aus. Danach wurden auch die finanziellen Entscheidungen getroffen."

Inzwischen haben über 40000 Flensburger mit ihrer Unterschrift gegen die geplante Schließung der Klinik Ost protestiert. Daß der Minister trotzdem eine solch unverfrorene Erklärung abgeben kann, zeigt, daß er Anhaltspunkte sieht, wie er die Bewegung spalten und in den Griff bekommen kann. Bevor Oberbürgermeister Richter am Freitag zu den Verhandlungen nach Kiel fuhr, hatte die Ratsversammlung am Donnerstag sich mehrheitlich – gegen die Vertreter des SSW – dafür ausgesprochen, das Verbundmodell, also Eingliederung der Klinik Ost in die kirchlichen Krankenhäuser anzustreben, es sei denn, die Landesregierung entscheide anders. Oberbürgermeister Richter und die Vertreter von CDU und SPD haben zu verstehen gegeben, daß sie die Maßnahmen der Landesregierung verteidigen werden. Oberbürgermeister Richter droht den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes offen mit Disziplinarmaßnahmen: „Die offene und verdeckte Illoyalität einzelner Mitarbeiter gegenüber der gewählten obersten Vertretung und dem Magistrat der Stadt Flensburg, also den Vertretungen der Bürger dieser Stadt, z.B. durch den Mißbrauch des Vorzimmers des ärztlichen Direktors als Abholzentrale für Unterschriftenlisten eines privaten Vereins, z.B. durch die Abstempelung von Unterschriftenlisten mit städtischen Dienststempeln, z.B. durch das heimliche Anbringen von Vereinswerbematerial in städtischen Dienststellen, – wie es gehäuft geschehen ist.

Jedem Mitabeiter mußte klar sein, daß dies mit dem Gebot der Zurückhaltung gegenüber Aktivitäten privater Organisationen in den Dienststellen nicht vereinbar ist." Ob Magistrat und Ratsversammlung klug beraten waren, sich auf die Seite der Landesregierung und gegen die Beschäftigten der Klinik Ost und die Mehrheit der Flensburger zu stellen, wird sich zeigen. Schon am gleichen Tag stand bei der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte das Telefon nicht mehr still, weil Beschäftigte protestierten und Maßnahmen verlangten. An den nächsten Wochenenden führt der Verein der Freunde der städtischen Krankenanstalten weitere Aktionen in der Flensburger Innenstadt durch. Personalräte und ÖTV sollten das unterstützen. 50000 Unterschriften bis zum Wochenende sind das nächste Ziel.

Studentenwohnheim: Mieterhöhungen zum 1.4. Sinn kündigt gleich die nächste Mieterhöhung an

b.gaw. Der Verwaltungsrat des Studentenwerks hat am 10.1. für die Studentenwohnheime eine Mieterhöhung zum 1.4. von 150 DM auf 160 DM beschlossen. Das Vorhaben, die Miete um 3 DM mehr zu erhöhen, konnte verhindert werden. Die Miete wäre dann über den im BAFöG vorgesehenen Mietanteil von 160 DM gestiegen. Nicht verhindert werden konnte, daß die Miete gleich ein halbes Jahr vorher erhöht wird. Bisher wurden die Mieten alle zwei Jahre zum 1.10. erhöht.

Am 11.1. waren Vertreter des Hamburger Zentralrats der Studentenwohnheime bei Wissenschaftssenator Sinn, um ihm deutlich zu machen, daß eine Mieterhöhung bei der gegenwärtigen finanziellen Lage der Studenten nicht gezahlt werden könne. Man könne eine Mieterhöhung nicht an den Studenten messen, die den BAFöG-Höchstsatz bekommen, für die wäre es schon nicht haltbar, sondern vor allem die Ausländer und die, die kein oder nur teilweise BAFöG bekommen, sind am schwersten betroffen. Frech hat Sinn darauf mit einer nächsten Mieterhöhung zum 1.1.81 um weitere 6 DM geantwortet. Er hoffe sogar auf die Zusammenarbeit mit den Studenten, diese Mieterhöhung durchzusetzen, weil für BAFöG-Bezieher die Erhöhung nur 1,50 DMz betragen würde, da sie 75% vom BAFöG-Amt zurückbekämen.

Am 16.1. hat der Zentralrat beschlossen, eine Umfrage zur finanziellen Lage der Studenten in den Wohnheimen durchzuführen. Damit soll der Boden bereitet werden, die nächste Mieterhöhung zu verhindern. Die Umfrage noch vor den Ferien zu machen, konnte nicht durchgesetzt werden. Daß diese Mieterhöhung nicht verhindert werden konnte, liegt an der Niederlage im letzten Mietstreik, der vom AStA und den Fachschaftsräten nicht unterstützt wurde, und die Wohnheimstudenten so isoliert wurden. Ein Flugblatt innerhalb eines halben Jahres und die Weigerung, die Zentralratinfos zu finanzieren, waren der ganze Beitrag der Revisionisten.

Die schwankenden Kohlpreise bedrohen die Existenz der kleinen Kohlbauern - Gespräch mit einem Fehmarner Bauern

b.hei. Zur Zeit wird für 100 kg Weißkohl 20 Mark bezahlt. Wie hoch muß der Preis mindestens sein, damit die entstandenen Kosten und eure Arbeit gedeckt sind?

16 bis 18 Mark ist die untere Grenze. Darin enthalten sind etwa 7 Mark für Einbringung und Putzen, 6 Mark für die dreimonatige Kühlung und der Rest für Düngung, Pflanzenschutz und sonstige Pflege. Bei längerer Lagerung oder wenn ein Teil der Kohlblätter schlecht werden, erhöhen sich natürlich die Kosten, weil dann bis zu 25% Abfall sein kann und mehr geputzt werden muß. Der Preis für Kohl schwankt von Jahr zu Jahr sehr stark. Im letzten Jahr haben wir z.B. 5000 Mark minus pro Hektar gemacht.

Wie wird der Kohl im Winter gelagert?

Etwa 20 Bauern haben sich zusammen in Burg ein Kühlhaus gebaut, das genossenschaftlich betrieben wird. Jeder hat seine Kühlzelle, wo er nach der Ernte den Kohl hinbringt und ihn von da aus verkauft. Während der Wintermonate wird der Kohl dort auch geputzt.

Wovon hängt es ab, ob der Preis noch steigt?

Wenn das Wetter kalt bleibt, wird erfahrungsgemäß mehr Kohl gegessen. Dann steigt die Nachfrage im Inland. Eine wesentliche Rolle spielt aber der Export. Es hängt viel davon ab, wie die Kohlernte im Ausland ist. Wer kein Kühlhaus hat, kann aber sowieso nicht länger als Februar lagern, sonst verdirbt der Kohl. Dann muß verkauft werden, egal wie der Preis ist.



In dem Kühlhaus, das sich die Fehmarner Bauern in Burg angeschafft haben, wird den Winter über in mühseliger Handarbeit der Kohl geputzt.

Versorgungsunternehmen lassen sich Investitionen über Preiserhöhungen zahlen

b.brp. Die Schleswag Aktiengesellschaft erhöhte – nach Billigung durch das schleswig-holsteinische Wirtschaftsministerium – die Kundenstrompreise zum 1. Januar 1980 um 5,1%, nachdem sie im Oktober 1978 bereits um 2,8% angehoben wurden. In Kiel wurden ebenfalls zum 1. Januar neben den Fahrpreisen die Preise für Gas um 10%, für Fernwärme um 13% und für Nachtstrom um 13,6% erhöht. In anderen Städten schraubten die kommunalen Versorgungsunternehmen die Preise für Energie, für den öffentlichen Nahverkehr und für die Müllbeseitigung ähnlich hoch. Begründung sind stets die erhöhten Ölpreise sowie gestiegene Betriebs- und Unterhaltungskosten. Der Energieverbrauch verteilt sich auf die einzelnen Energieträger mit 42% Heizöl, ca. 16% Kohle/Koks, 19% Erdgas, Fernwärme mit 7% und Strom zu Heizzwecken mit 16%. Wobei nur 9% des Stroms aus Öl gewonnen wird.

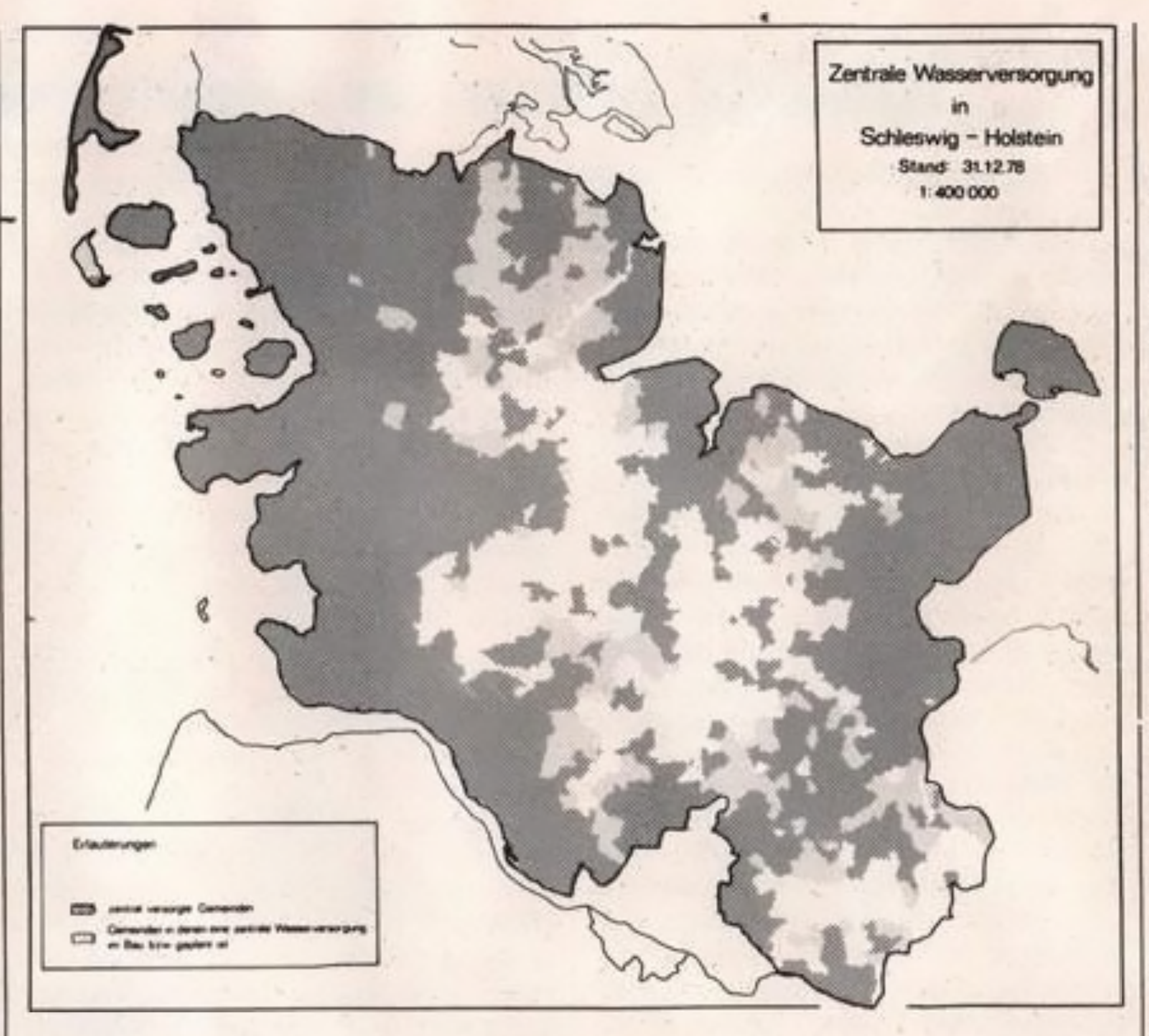
Die Gründe für die Preissteigerungen können also weder in den gerechtfertigten Preiserhöhungen der OPEC-Länder liegen, noch haben die Löhne der Beschäftigten in den Elektrizitätswerken deren Betriebskosten auf 16% ansteigen lassen. Die Preiserhöhungen haben für die Versorgungsunternehmen in dreierlei Weise Nutzen.

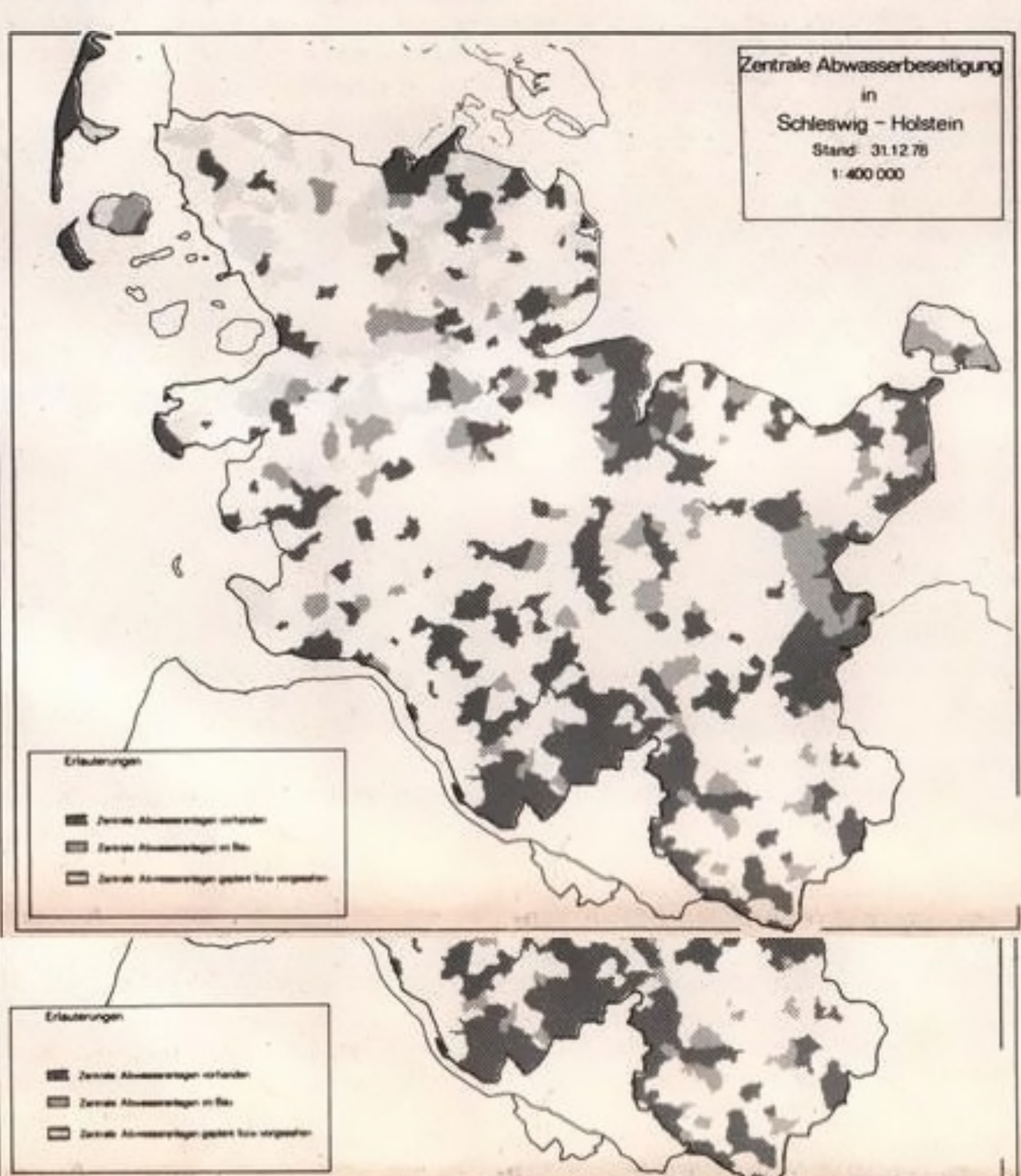
Erstens. Sie lassen sich die notwendigen Investitionen von den Volksmassen zahlen, denn sie und die kleinen Gewerbetreibenden müssen die erhöhten Kosten aufbringen, während die Kapitalisten sowohl Strom als auch beispielsweise die Müllbeseitigung zu Sondertarifen bekommen. Die Schleswag plant für 1980 Investitionen in Höhe von 156,2 Millionen DM im Strom-, Gas- und Wasserbereich. Diese Investitionen, vor allem für Neuanschlüsse, Ortsnetzanlagen sowie Mittelspannanlagen und Umspannwerke werden überwiegend in den von der Bundesregierung als „strukturschwach" und deshalb förderungswürdig bezeichneten Regionen getätigt: in Maasbüll, Holt, Friedrichstadt, Meldorf, Steinburg, Wilstedt und Stolpe. Sie sind Voraussetzungen für eine weitere Industrieansiedlung und werden

werden überwiegend in den von der Bundesregierung als „strukturschwach" und deshalb förderungswürdig bezeichneten Regionen getätigt: in Maasbüll, Holt, Friedrichstadt, Meldorf, Steinburg, Wilstedt und Stolpe. Sie sind Voraussetzungen für eine weitere Industrieansiedlung und werden
deswegen von der Bundesregierung mit 8,7% bis 10% der Investitionssumme gefördert.

Zweitens. Über die Verteuerung der Energie für Privathaushalte soll deren Verbrauch eingeschränkt werden und wird die Bevorratung, die jedes Versorgungsunternehmen vornehmen muß, finanziert. Während die Energieversorgungsunternehmen ihre Kosten für die Energieträger dadurch zu senken suchen, daß sie die Einfuhr billiger Auslandskohle fordern.

Drittens. Es werden zukünftige Technologien finanziert. Es sind dies vor allem die Ausgaben für Kernkraftwerke, mit der NWK ist die Schleswag über Stromlieferungsverträge direkt verbunden. Weiter ist es der Ausbau der Fernwärme in Ballungszentren, wo sie besonders wirtschaftlich ist. Und hier gewinnt auch die Preissteigerung bei der Müllbeseitigung ihre Bedeutung, denn Fernwärme wird entweder durch Kohle in Verbindung mit Stromerzeugung oder in Blockheizkraftwerken, die gleichzeitig als Müllbeseitigungsanlagen dienen, erzeugt.





In zahlreichen Gemeinden in Schleswig-Holstein finden hartnäckige Kämpfe gegen die Zwangswasseranschlüsse statt. Man weiß, ist man erst an einen Wasserbeschaffungsverband angeschlossen, wird der Staatsapparat bzw. der Kapitalist aufgrund seines Besitztitels auf die Wasserförderung und -verteilung sich das ehemals kostenlose und freiverfügbare Gut teuer bezahlen lassen. Zur Zeit sind 87% der Haushalte in Schleswig-Holstein an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen. 7 bis 11% seien noch erforderlich, meint die Bundesregierung im Rahmenplan „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz 1979". Die Investitionen für eine zentrale Wasserversorgung sind hoch. Der Bund und die schleswig-holsteinische Landesregierung zahlten von 1977 bis 1979 52 Mio. DM für Wasserversorgungsanlagen, im Rahmen des „Programm Nord" zahlte die Landesregierung in den letzten 25 Jahren nochmals 154 Mio. DM für Gesamtinvestitionen von 221 Mio. DM. Bei der Abwässerbeseitigung sind derzeit Haushalte von 1,86 Mio. Einwohnern an zentrale Ortsentwässerungsanlagen angeschlossen, angestrebt wird ein Versorgungsgrad von 86% (2,22 Mio. Einwohner), wofür Bund und Land 22 Mio. DM zur Verfügung stellen. Zwei Dinge werden deutlich: 1. Aufgrund der hohen fixen Kosten und der geringen Rendite dieser Versorgungsunternehmen subventioniert der Staatsapparat die Zweckverbände aus dem öffentlichen Haushalt, also aus den Lohngeldern, die den Volksmassen über die Steuer abgenommen werden. Über Anschlußkosten und Gebühren läßt er sich die Subventionen ein zweites Mal bezahlen. 2. Eine Anzahl von Haushalten, 2-7% bei der Wasserversorgung, 14% bei der Abwässerbeseitigung, sollen nicht an das allgemeine Versorgungsnetz angeschlossen werden. So entpuppen sich die neuen Investitionsvorhaben vor allem als notwendige Infrastrukturmaßnahmen zur weiteren Industrieansiedlung, während einzelne Regionen vollkommen veröden sollen.

Samtgemeinde Amelinghausen: „Der Wasserkrieg geht weiter"

b.msk. Im Regierungsbezirk Lüneburg sind 1968 lediglich 77% aller Wohnungen an ein zentrales Wassernetz angeschlossen. Bis 1985 will die Landesregierung die private Wasserversorgung auf 3% reduziert haben. Zentrale Wasserversorgung unter der Fuchtel des Staates ist ihr Ziel. Es ist die einzige Möglichkeit, die Industriekapitalisten bishin nach Bremen und Hamburg mit ausreichend Wasser zu beliefern und die Volksmassen dafür zahlen zu lassen.

In der Lüneburger Heide ist der Grundwasserspiegel sehr hoch. Das ist günstig, weil das Wasser ohne großen technischen Aufwand nutzbar gemacht werden kann. Selbst die kleinen Dörfer können sich mit Wasser versorgen. In Rehlingen z.B. brauchen sie nicht mal eine Pumpe.

In der Samtgemeinde Amelinghausen versorgt die Wassergemeinschaft Döhren über die Hälfte der Wohnungen. Seit Jahren kann der m³-Preis auf 20 Pfg konstant gehalten werden. Trotz des niedrigen Wasserpreises hat die Wassergemeinschaft reichlich Ersparnisse, die sie für Reparaturen und Anschaffungen bestimmt hat. Seit 1949 hat Amelinghausen billiges und gutes Wasser. Tauchen Probleme auf, werden sie schnell gemeinsam gelöst. „Da buddelt dann eben mal jeder mit."

Seit 1974 versucht Oberkreisdirektor Harries die selbständige Wassergemeinschaft zu zerschlagen, für den Wasserverband Lüneburg-Süd „reif" zu machen. Gestützt auf Regierungspräsidenten, Gesundheitsamt und Wasserwirtschaftsamt versucht er hartnäckig, die schlechte Qualität des Wassers nachzuweisen. Das ist ihm nicht gelungen. Seine Versuche, auf Bürgerversammlungen und mit Sachverständigengutachten der Bevölkerung den zentralen Wasserverband schmackhaft zu machen, sind ebenfalls gescheitert. 70 Pfg kostet der m³-Preis beim Wasserverband, 1800 DM Anschlußgebühren für jedes Gebäude, für jede weitere Wohneinheit 250 DM. Laut Satzung führt die Hastra die Geschäfte des Verbandes. Wegen der ständigen Strompreiserhöhungen ist sie bei den Massen verhaßt. Der Regierungspräsident in Lüneburg führt die Aufsicht des Verbandes. Totale Abhängigkeit bedeutet der Anschluß an das zentrale Wassernetz. Die Wasserbezugsordnung ist eine Zwangsordnung. Will eine Gemeinde sich anschließen, muß sie einen Anschluß- und Benutzungszwang für alle Wohnungen regeln. Der Wasserverbrauch kann vom Verband reglementiert werden. Man kennt das aus heissen Sommern, wo das Rasensprengen verboten wurde. Selbst die Handwerker kann der Verband vorschreiben. In Unterschriftensammlungen haben sich die einzelnen Gemeinden der Samtgemeinde Amelinghausen gegen den Anschluß ausgesprochen. In Amelinghausen selbst haben 97% unterschrieben. Angesichts dieser Einheit griff Oberkreisdirektor Harries zum Mittel der Erpressung. Seit 1978 erteilt er für Amelinghausen keine Baugenehmigungen mehr. Damit konnte er den Samtgemeinderat spalten, denn einige Mitglieder warten seit Jahren auf ihre Baugenehmigung. Im Sept. 1979 beschließt der Samtgemeinderat den Anschluß an den Wasserverband mit 9 Ja-, 7-Neinstimmen und 1 Enthaltung. Gleich danach muß die Lüneburger Landeszeitung berichten: „Der Wasserkrieg geht weiter." Die Amelinghausener haben eine Bürgerinitiative gegründet. Sie wollen einen Bürgerantrag vorbereiten und den wackligen Gemeinderatsbeschluß zu Fall bringen.

Kieler Oberbürgermeister: „Privatisierung" nur, wo hohe Profitrate möglich ist

b.brp. Auf der 21. Beamtenpolitischen Arbeitstagung in Bad Kissingen Mitte Januar behandelten die anwesenden Politiker die Frage der Privatisierung
ganz und gar nichts damit zu tun, daß er die Reproduktion der Volksmassen gesichert sehen will. Der Wahrheit kommt er näher, wenn er von den Ge-

Kieler Oberbürgermeister: „Privatisierung" nur, wo hohe Profitrate möglich ist

b.brp. Auf der 21. Beamtenpolitischen Arbeitstagung in Bad Kissingen Mitte Januar behandelten die anwesenden Politiker die Frage der Privatisierung von kommunalen Versorgungsunternehmen. Der Kieler Oberbürgermeister Bantzer (SPD) sprach sich gegen eine allgemeine Privatisierung aus: „Diese Leistungen überantworte man bei einer Privatisierung den Gesetzen der Marktwirtschaft. Dies könne dazu führen, daß mancher die Leistungen nicht bezahlen könne. Das sei in einem Sozialstaat nicht hinzunehmen und widerspreche der Privatisierung. Wenn aber der Staat auf der anderen Seite unterstützend eingreife, um niedrige Preise zu erzielen, werde der gewünschte Effekt, nämlich die Entlastung der öffentlichen Haushalte nicht eintreten." Als Beispiele, auf welchen Gebieten eine Privatisierung Nutzen bringen könnte, nannte Bantzer: Reinigung der öffentlichen Gebäude, Druckarbeiten für amtliche Drucksachen, Pflege des kommunalen Waldes, Schreibbüros, EDV-Leistungen und die Unterhaltung von Parkuhren..." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.1.80). Daß Bantzer gegen die Privatisierung der kommunalen Versorgungsbetriebe ist, hat ganz und gar nichts damit zu tun, daß er die Reproduktion der Volksmassen gesichert sehen will. Der Wahrheit kommt er näher, wenn er von den Gesetzen der Marktwirtschaft spricht.

Ein privatkapitalistisch betriebenes Unternehmen muß „rentabel" sein, d.h. die Profitrate soll hoch sein. Das ist aber bei allen kommunalen Versorgungsunternehmen nicht der Fall: Der konstante Kapitalanteil ist enorm hoch, der Anteil für das variable Kapital, also für den Ankauf von Arbeitskräften, gering. Beispielsweise beträgt das gesamte Anlagevermögen der Hamburger Wasserwerke 1978 1,02 Mrd. DM, das von nur 1845 Beschäftigten in Bewegung gesetzt wird. Kein Kapitalist würde hier investieren. Da aber ein gutes Infrastrukturnetz wiederum Voraussetzung ist, die konstanten Kosten für die Kapitalistenklasse insgesamt zu senken, ist es die Aufgabe des Staatsapparats, die grundlegenden Versorgungsunternehmen zu betreiben und zu ihrer Finanzierung, die Volksmassen zu plündern. Teilbereiche, wie sie Bantzer auch benennt, werden „privatisiert", weil sie eine gute Rendite ermöglichen.

Die Entwicklung der öffentlichen Wasserversorgung in Flensburg

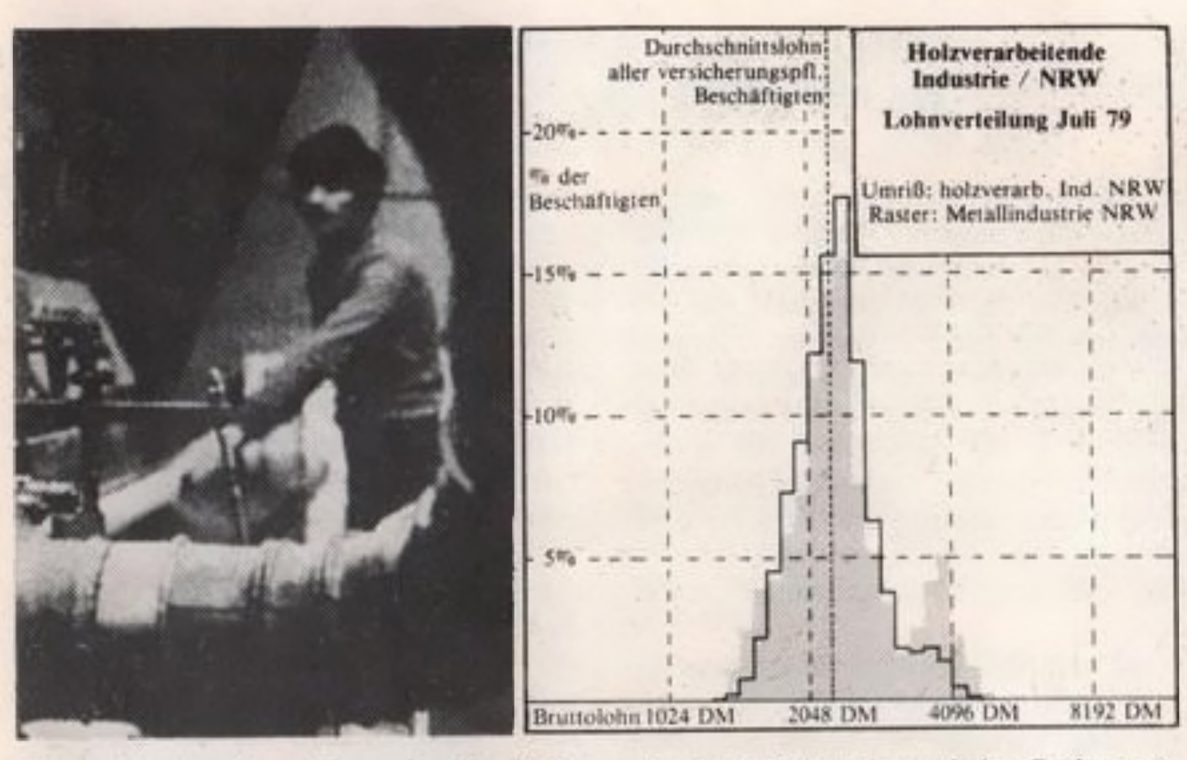
b.thc. Flensburg erhielt 1248 seine Stadtrechte. 1436 gab es dort ca. 3000 Einwohner. Die ursprünglich direkte Nutzung der Quellen zur Bestreitung des Trinkwasserbedarfs war durch die Dichte der Besiedlung und die ausgedehnte landwirtschaftliche Bebauung nicht mehr in vollem Umfang möglich. Vornehmlich die reicheren Bürger gingen dazu über, sich von diesen Quellen Rohrleitungen aus Holz zu ihren Häusern legen zu lassen. Jeweils mehrere Häuser waren so mit einer Quelle verbunden. Das zur Zeit der Hanse entstehende Kaufmanns- und Handelskapital ermöglichte diese, viel Arbeitskraft verschlingende Wasserversorgung. (Die Leitungen wurden aus Baumstämmen von Hand hergestellt.) Die Kapazitäten waren jedoch gering.

Um an mehr Wasser heranzukommen, wurden erstmals Bohrungen bis zu 4 Meter Tiefe niedergebracht. Unter kommunaler Aufsicht und Bezahlung wurden überall Stadtbrunnen angelegt, die neben der Trinkwasserversorgung auch noch die Aufgabe hatten, Feuerlöschwasser in genügendem Umfang zur Verfügung zu stellen. Die Nutzung dieser Brunnen war unentgeltlich. Die Magistratsmitglieder, wohlhabende Bürger, meist mit eigenen Rohrleitungen im Hause, veranlaßten jedoch bald eine Änderung, die die Kosten der Instandhaltung auf die anderen Bürger abwälzte: Es wurden Brunnen- und Sootgemeinschaften gebildet, die sich einen Sootmeister wählten, der wiederum vom Magistrat der Stadt bestätigt werden mußte. Die Sootgemeinschaft, also Anwohner, die einen bestimmten Brunnen benutzten, hatten für die Reinhaltung der Brunnen, eventueller Rohrleitungen und für die Instandsetzung der Brunnenanlage zu sorgen. Folgende „Königliche Polizey-Ordnung" gibt darüber Aufschluß: „Es sollen auch die Rottmeister (Sootmeister) in allen Kirchspielen verpflichtet seyn, gute acht zu haben, daß ihre Söde gebührlich gefertigt und sträflich in gutem Wesen erhalten werden, oder, da sie säumig gefunden werden, 10 Gulden Strafe, ohne alle Erlassung und Moderation, der königl. Majestät und der Stadt erlegen. (14.Jan. 1600, König Christian IV)." 34 Brunnen mit Sootmeistern hat es zu der Zeit gegeben.

Auf Grundlage der Ausbeutung der dänisch-westindischen Kolonien entwickelten sich in Flensburg Brennereien und Tabakmanufakturen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es 200 Brennereien und 45 Tabakfabriken. Große und qualitativ hochwertige Wassermengen wurden benötigt. Immer tiefere Brunnen wurden gebohrt, was bald eine Senkung des Grundwasserspiegels nach sich zog. Konnten kapitalkräftige Betriebe diese tiefen Bohrungen noch bezahlen, so mußten die Kleineren sich mit sogenannten „Gerechtigkeiten" begnügen (Anteilen an Privatbrunnen, die teuer bezahlt werden mußten). Die scharfe Konkurrenz um das Wasser hatte vielfach zur Folge, daß sich die Betriebe gegenseitig das Wasser abgruben. Bis schließlich der Staat die Entscheidung zur Bohrerlaubnis traf. Sozusagen als Interessen ausgleichende Instanz.

Zwischen 1770 und 1878 wuchs die Einwohnerzahl Flensburgs von 7000 auf 28000 an. Brunnen wurden mit Hilfe von Röhren jetzt bis auf eine Tiefe von 60 Metern niedergebracht. 180 solcher Röhrenbrunnen existierten 1874 mit einer Förderleistung von je bis zu 360 l/m. Da immer nur ein kleiner Teil des Wassers aus diesen Brunnen genutzt wurde (das meiste floß als Spillwasser in die Förde), kam es in manchen Stadtteilen zu regelrechten Wassernöten. Viele Brunnen verödeten. Das noch austretende Wasser war bald mit Typhus- und anderen Keimen durchsetzt und wurde zum Seuchenherd. In einem 45 m tiefen Brunnen wurde freies Ammoniak nachgewiesen, das von den verwesenden organischen Stoffen vom Friedhof und von Dunghaufen herkam. Dies und die Tatsache, daß die einfachen Brunnen bald nicht mehr den Anforderungen der Industrie genügten und daß die Nutzung der alten Brunnen nicht mehr profitabel war (sofern das Wasser nicht als Rohprodukt für die Brennereien galt), ließ die Pläne eines Ingenieurs Hansen über den Bau eines Wasserwerkes mit Leitungssystem realisierbar werden. Zumal er eine Aufstellung über die einzutreibenden Kosten gleich mitlieferte. Das war 1877. Die Investitionen für eine solche Anlage sollten 0,5 Mio. Mark nicht überschreiten und von der Kommune getragen werden. Die Tageskapazität (1500 m³) war je zur Hälfte für 1200 Häuser und für die Industrie vorgesehen. Um Widerstände gegen die Errichtung eines Leitungssystems zu brechen, sollte das Wasser umsonst an die Häuser und damit an ihre Besitzer geliefert werden. Gezahlt werden sollte jedoch für die Zinsen und die Amortisation der Anlage. Diese Summe betrug gleich die Hälfte, nämlich 20000 Mark der gesamten jährlichen Kosten, eingeschlossen der 1 Mark pro 25000 Liter, die die Kapitalisten bezahlen sollten. Am Beispiel der Stadt Horsens wird die Relation deutlich: Jährliche Einnahme aus der Versorgung der Haushalte mit Wasser 16000 Mark und aus dem Verbrauch des Wassers für technische Zwecke (Industrie) 2800 Mark.

Am 18. November 1879 wurde mit dem Bau des ersten Wasserwerkes begonnen. Kiel, Lübeck und Neumünster hatten bis zu diesem Zeitpunkt bereits eine eigene zentrale Wasserversorgung. Hier sicherte sich die Bourgeoisie zuerst den vollständigen Zugriff auf die Wasserversorgung. Die Plünderung über die Wassergebühren folgte sogleich: 1923 kostete 1 m³ Wasser 17 Goldpfennig, 1924 20, 1925 25, 1931 30 Goldpfennig. Im ländlichen Raum wurde bis auf wenige Ausnahmen erst nach 1945 eine zentrale Wasserversorgung über schnell eingerichtete Wasserbeschaffungsverbände eingeführt.



Ohne ein Angebot haben die Kapitalisten der Holzindustrie und des Serienmöbelhandwerks Westfalen-Lippe die Lohntarifverhandlungen für gescheitert erklärt. Angeführt von den größeren wie Poggenpohl, Wellmann, Hülsta und Schieder – alle mit Umsatzsteigerungen über 8% bis „zweistellig" – wollen sie in der Schlichtung, die am 12.2. beginnt, einen Abschluß unter den 7% bzw. 6,7% von Hamburg und Westberlin durchsetzen. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff fordert 9%. Sie gehört zwar zu den kleineren Gewerkschaften, kann aber einen Lohnvergleich mit Metall bestehen. Bild: Feiner Staub, großer Lärm durch die Sägen – zwei Arbeitsbelastungen.

Privatisierungsdiskussion: Es geht um das Lohnniveau

r.sem. Sechs Wochen vor Auslaufen der Tarifverträge im öffentlichen Dienst hat die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel den ÖTV-Vorsitzenden Kluncker öffentlich zum Gespräch über „die von der Landesregierung geplante Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen aufgefordert".
licher Dienstleistungen aufgefordert".

Diskutiert wird die Privatisierung überall dort, wo sich Dienstleistungen halbwegs industriell organisieren lassen, also z.B. der Einsatz von Reinigungskolonnen, während z.B. die Postzustellung auf dem Land für Kapitalisten ein uninteressantes Geschäft darstellt.

Erkundigt man sich bei verschiedenen Unternehmen, die öffentliche Aufgaben übernehmen, nach den Verdienstmöglichkeiten, so erfährt man z.B., daß die Firmengruppe Blitz-Blank in Hannover für die tägliche Arbeit zwischen 6 und 8 Uhr morgens als *Reinmachefrau* einen Stundenlohn von 6,80 DM (ohne Steuerkarte) bzw. 7,50 DM (mit Steuerkarte) zahlt. Ganztägige Arbeit ist in der Branche nicht zu kriegen, und äußert man auf die Frage „Mit Papieren oder ohne?" den Wunsch nach regulärer Anstellung, so löst dies Verwunderung aus. Für diesen Fall kann man bei zwei Firmen zum Tariflohn von 7,10 DM die Stunde anfangen.

Tariflöhne im Gebäudereinigerhandwerk Unterhaltsreiniger/in (Ecklohn B)

Schleswig-Holstein	7,10 DM
Hamburg	7,40 DM
Westberlin	7,25 DM
Niedersachsen	7,10 DM
Westfalen	7,10 DM

Als *Wachmann* erhält man bei der Niedersächsischen Wach- und Schließgesellschaft für eine Arbeitszeit zwischen 20.30 und 5.00 Uhr 8,13 DM die Stunde zugesagt. Hat man Führerschein, so erhöht sich der Satz auf 8,75 DM. Dazu gibts 15 Pf. Leistungszulage (halbjährliche Auszahlung), 50% Sonntags- und 100% Feiertagszulage. Für die Arbeit in einer *Wäscherei*, die nach Branchenverzeichnis auf Behörden- und Krankenhauswäsche spezialisiert ist, wird für die Einarbeitungszeit 6,00 DM als Stundenlohn angeboten. *Omnibusfahrer* im privaten Verkehrsgewerbe in Niedersachsen erhalten nach Tarif 7,42 DM in den ersten fünf Jahren Betriebszugehörigkeit.
Jahren Betriebszugehörigkeit.

Zum Vergleich die Lohngruppen im öffentlichen Dienst, in die Reinmachefrauen eingruppiert werden:

Tariflöhne für Arbeiter im öffentlichen Dienst (Eingangsstufe der beiden untersten Lohngruppen)

Bund	Lohngruppe Länder	Gmden.	Monatslohn
VIII	II	I	1485,63
VII	III	II	1544,19

Rechnet man 173 Stunden als monatliche Arbeitszeit, so kommt man auf Stundenlöhne von 8,59 DM bzw. 8,93 DM im öffentlichen Dienst gegenüber 7,10 DM für stundenweise Arbeit, bei der sich ein ganz anderer Intensitätsgrad erzielen läßt. Die Privatisierungsüberlegungen, von Breuel lauthals geäußert, zielen so gegen das Lohnniveau im öffentlichen Dienst. Schwebt die Privatisierung als Drohung gegenüber dem Lohnkampf im Raum, so soll sie selbst Lohnsenkung bedeuten, wenn sie durchgeführt wird. Dazu kommt noch das Zusammenspiel mit dem Deutschen Beamtenbund, der eine reine Prozentforderung aufstellen will, die die unteren Lohngruppen vom Lohnkampf völlig abspaltet und auf dessen beamtenpolitischen Kongreß in Bad Kissingen Regierungsvertreter von Bund und Ländern sich über Möglichkeiten und Grenzen der Privatisierung verständigten. Ein Beispiel richtiger Taktik demgegenüber setzten vorigen Sommer die Omnibusfahrer von privaten Unternehmen, die für den Omnibus-Zubringerliniendienst (OZL) der Stadt München tätig sind: Sie erstreikten, daß für sie derselbe Tarifvertrag gilt, wie für die im öffentlichen Dienst beschäftigten Fahrer.

Albrecht beharrt auf Radio Niedersachsen

Über Verhandlungsbereitschaftsbekundungen überbieten sich die Länderchefs gegenseitig

r.obj. Albrecht ist entschlossen sein Radio Niedersachsen durchzusetzen und sich hinsichtlich der Möglichkeiten für den Privatfunk und das private Fernsehen die Hände überhaupt nicht binden zu lassen. Mit 60% Anteil der Gebühreneinnahmen aus dem jetzigen NDR, ist er in Niedersachsen am ehesten in der Lage seine Ziele durchzusetzen. Er hat einen Staatsvertragsentwurf für eine Zwei-Länder-Anstalt ausgearbeitet und sich über den Wortlaut mit Stoltenberg verständigt. Der Terminplan sieht die Unterzeichnung am 6.Februar, die Einbringung in die Landtage im März und die Verabschiedung im Mai vor. Daneben wird dann noch immer wieder von Verhandlungsbereitschaft geredet. Albrecht hat Klose vor Weihnachten einen Brief geschrieben und darauf hingewiesen, daß er gewisse Möglichkeiten sehe in den beiden besonders umstrittenen Fragen sich näherzukommen.

Am 16.1. konnte man sich im 3. Fernsehen um 21 Uhr darüber informieren. Klose und Albrecht hatten sich zur Fragestunde bereiterklärt. Doch erfahren konnte man nichts neues. Klose: „Ich möchte gerne den NDR erhalten und alles was möglich ist und vertretbar ist werde ich tun und auch akzeptieren, um dieses Ziel zu erreichen. Ich denke wir konzentrieren uns darauf in der Sache zu sehen, ob es noch Annäherungsmöglichkeiten gibt. Die Frage wo sie liegen könnten, die möchte ich lieber in der Öffentlichkeit nicht diskutieren." Albrecht: „Wir haben erstens noch einen Rechtsstreit, der vor dem Bundesverwaltungsgericht ausgetragen werden muß, ... und wenn der NDR nur noch von zwei Ländern übernommen werden soll, werden sich erhebliche personelle und vermögensrechtliche Fragen stellen... Dies kann man vermeiden wenn man eine Drei-Länder-Lösung hat." Solche tiefschürfenden Weisheiten hatten die Regierungschefs von Hamburg und Niedersachsen zu unterbreiten. Ihr Problem ist, daß sie nicht vor den Augen und Ohren der Arbeiter die wahren Gründe verhandeln können. Es ist ja zum Beispiel überhaupt nicht so, daß die SPD und Klose rundherum gegen einen privaten Rundfunk ist. In der Hamburger Bürgerschaft hat Hartmann (SPD) aus einem Staatsvertragsentwurf von Klose zitiert, der von Albrecht und Stoltenberg abgelehnt wurde. Da heißt es:

„Die Vertragsländer gewinnen ihre Entscheidungskompetenz in Rundfunkfragen zurück. Das bedeutet für sie: Sie können zusätzliche Rundfunkveranstalter zulassen entsprechend der jetzt geltenden rundfunkrechtlichen Lage." ... „Solche Veranstalter können senden, wenn ihnen Frequenzen oder Kanäle zugeteilt werden." Sondern Klose hat im Gegensatz zu Albrecht noch keine klaren Vorstellungen, wie er die in drei bis fünf Jahren vorhandene technischen Möglichkeiten für eine Vielfalt von Programmen nutzen kann.

Albrecht hat es da als offener Vertreter der Kapitalisten viel einfacher wie Klose, der im Rahmen der SPD ja eben nicht einfach für Rundfunk- und Fernsehsender von Kapitalisten eintreten kann. Und auf der anderen Seite kann er auch nicht einfach für Sender für Parteien und Gewerkschaften eintreten. Es wäre ja an sich eine nützliche Sache, wenn die Gewerkschaften für den Zusammenschluß gegen die Kapitalisten das Fernsehen nutzen können, ohne daß sie auf fünf Minuten gedrängt werden, oder aus dem Zusammenhang gerissen werden.

Albrecht wird nicht klein beigeben. Klose muß sich nun überlegen, ob er mit einem Radio Hamburg, zu das ihn ein Zwei-Länder-Staatsvertrag zwischen Niedersachsen und Schleswig-Holstein zwingen wird, besser zurecht kommt, oder ob er an einem NDR mitmachen will, wo insbesondere Albrecht mit drin ist, aber trotzdem tun und lassen kann was er sich vorgenommen hat.

Der neue Bischof in Münster

Der neue Bischof in Münster

Verlorenes Terrain der christlichen Reaktion zurückgewinnen

r.smm. Als äußerst knifflig erweist sich, in einem Betrieb die Gehälter der Betriebsführung zu erfahren. Gleiches gilt für das Gehalt eines Bischofs. An der richtigen Stelle angelangt, bekommt man zuerst die Antwort: „Im Vergleich zu einem Job in der Wirtschaft ist das Gehalt eines Bischofs sehr gering. Ansonsten ist das genaue Gehalt keine offizielle Angelegenheit." Auf die Frage, mit welchem Posten im Staatsdienst man den Bischof gehaltsmäßig gleichsetzen kann, erfährt man: „Ein Staatssekretär erhält monatlich ungefähr 6600 DM." In diese Gehaltshöhen hob jetzt der Papst den Weihbischof Dr. Reinhard Lettmann, indem er ihn zu Bischof von Münster ernannt hat.

Das Bistum Münster ist das Herzstück der katholischen Kirche in Westdeutschland. Mit 2,1 Millionen Mitgliedern ist es eines der größten der Welt. Es reicht von der holländischen Grenze bis an die Lippe und von der Nordseeinsel Wangerooge über den Offizialatsbezirk Oldenburg an das nördliche Ruhrgebiet. Mit einem Jugendverband von ca. 100000 Mitgliedern sind die meisten katholischen Jugendliche in der BRD im Bistum Münster organisiert. Der Haushaltsplan für das Jahr 1980 hat eine Höhe von über 320 Millionen DM.

Wenn sie nicht frühzeitig gestorben sind, ist seit 1933 jeder Bischof Münsters auch Kardinal geworden. Zuerst Bischof von Galen. Genannt „der Löwe von Münster" wegen seines „antifaschistischen Widerstandes". Von Galen ließ sich als erster Bischof in Deutschland nach Abschluß des Reichskonkordats 1933 von Göring auf die Nazi-Regierung vereidigen. Als zweiter wurde Bischof Joseph Höffner zum Kardinal ernannt. Noch vor seiner Bischofsweihe 1962 verfaßte er das Buch: „Christliche Gesellschaftslehre". Dort entwickelte er zu allen, die Volksmassen betreffenden Fragen die politische Linie, über die die christliche Reaktion spaltend und unterdrückerisch tätig werden konnte.

Der neue Bischof von Münster, Dr. Lettmann, stellt sich in die Tradition beider Kardinäle. Zum einen war er Sekretär Bischof Höffners, zum anderen wählt er sich als Datum seiner Bischofsweihe den 16. März. An diesem Tag wäre von Galen 102 Jahre alt geworden. Was heißt das für die Politik Lettmanns? Welche Aufgaben sieht er? Auf die Frage: „Wodurch ist die gegenwärtige Situation vor allem gekennzeichnet?", antwortet Lettmann den „Westfälischen Nachrichten" vom 16.1.: „Das Bistum Münster war durch ein sehr geschlossenes Milieu geprägt.... Wir hatten ja vor wenigen Jahren noch eine Million Kirchenbesucher, die Zahl ist inzwischen auf 800000 zurückgegangen. Aber wir spüren noch, was ein tragendes Milieu ausmacht. Allerdings wird es immer weniger bestimmend. Das ist eine erste Sache, auf die wir uns einstellen müssen." Der christlichen Reaktion ihren bröckelnden Einfluß wieder zurückgewinnen. Das Problem hat er jetzt zu lösen. Und das zu einem Zeitpunkt, wo sich die Arbeiterklasse für harte Klassenauseinandersetzungen wappnet, wo also dem Mystizismus jeder Nährboden entzogen wird. Bei der Lösung des Problems will sich Lettmann stützen auf das Charisma des „antifaschistischen Widerstandskämpfers" von Galen, und auf die feinen Spaltungsmethoden der christlichen Soziallehre. Damit die Erfolgsaussichten nicht schon gleich zu Beginn geschmälert werden, wird die bürgerliche Presse nicht müde, zu betonen, daß Lettmann Sohn eines Bergarbeiters ist. Auch in diese Richtung hat die christliche Reaktion genau überlegt, wen sie Bischof in Münster werden läßt. Lettmanns Vorgänger war Sohn eines Bauern. Die Klassenwidersprüche verschärfen sich, die Arbeiterbewegung gewinnt zunehmend an Selbständigkeit, und der Sohn eines Arbeiters wird Bischof.

Was wird der neue Bischof gegenüber der Jugend unternehmen, um verlorenes Terrain wettzumachen? Lettmann in WN vom 16.1.80: „Notwendig ist ferner, vor allem im Hinblick auf junge Menschen, daß sie wieder einiges über Religion und Kirche lernen, auch auswendig lernen,... Es ist ein Stück Verlust auch von Kultur, wenn die jungen Leute nicht mehr wissen, wer Paulus war, wer Moses war, wie die zehn Gebote heißen. Einige Grunddinge muß man... auswendig wissen,...".

Bei aller Taktik. Sollte sie nicht aufgehen, lauert hinter ihr schon der Zuchtstock.



Wassergewinnung für ICI hat katastrophale Folgen für die Landwirtschaft

r.bel. In seinem „Bericht über das 31. Geschäftsjahr 1978“ ließ der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband (OOWV) verlauten, es sei eine Verbundleitung vom Wasserwerk Sandelermöns (westlich von Schortens) zum Hauptversorgungsring des Verbandes im Landkreis Friesland gebaut worden. Insgesamt 10,1 km: „Die verlegte Verbundleitung dient in erster Linie der Versorgung der Städte Wilhelmshaven und Jever einschließlich der dort stationierten militärischen Einheiten mit Trink-, Betriebs- und Löschwasser im Verteidigungsfall. Da die vorhandenen Anlagen nicht ausreichten, wurde diese Baumaßnahme nach dem Wassersicherstellungsgesetz erforderlich“ (S.12). Mittelfristig soll sich der Bedarf von Industriewasser im Küstensaum vervierfachen.

Am 14.12.79 erläuterte Verbandsvorsteher Eichler den Mitgliedern nun einen Vertrag zwischen den ICI-Kapitalisten auf der einen und dem OOWV und der Industriewasser-Aktiengesellschaft (IWAG) auf der anderen Seite. Demnach verpflichtet sich der OOWV, an ICI 1981 und 1982 je 1 Mio. Kubikmeter Trinkwasser zu liefern. Im Rahmen des Fünfjahresvertrages nochmals 1,5 Mio. Kubikmeter. Der OOWV verkauft das Trinkwasser an die IWAG. Die IWAG ist eigens 1978 gegründet worden, um den Kapitalisten die industrielle Wasserversorgung billig zu gewährleisten. Das Land Niedersachsen hat 52%, die Städte Emden, Wilhelmshaven und der OOWV je 16% der Anteile. So hat das Land 1978 bereits 40 Mio. DM der IWAG aus Steuergeldern zur Verfügung gestellt – zur Aufbereitung von Oberflächenwasser für die industrielle Produktion.

60 bis 70 Pfennige soll laut „Anzeiger für Harlingerland“ die IWAG pro Kubikmeter an den OOWV für das ICI-Wasser bezahlen. ICI erhalte dann den Kubikmeter Trinkwasser für 88 bis 85 Pfennig. Weniger wird richtig sein: Die Firma Alusuisse zahlte bis 1980 55 Pfennig pro Kubikmeter. Anfang 1979 ließ ICI schon über die Presse verlauten, daß 20 Pfennig wohl die Höchstgrenze sei.

Ursprünglich war geplant, ICI aufbereitetes Oberflächenwasser aus dem Leda-Jümme-Gebiet zur Verfügung zu stellen. Über den Nordgeorgsfehn- und den Ems-Jade-Kanal sollte dieses Wasser zur Schleuse Mariensiel geleitet werden. Jetzt ließ der Verbandsvorsteher aber wissen, daß sich „bei diesen geringen Abnahmemengen eine Heranführung von Oberflächenwasser aus dem Leda-Jümme-Kanal“ nicht lohne.

Für die ICI-Kapitalisten drängt die Zeit. 1981 will der Chemiekonzern die erste Ausbaustufe errichtet haben. Die geplante ursprüngliche Brauchwasserleitung aus dem Leda-Jümme-Gebiet muß erst noch fertiggestellt werden, um dann das Wasser schließlich über 80 km heranzuschaffen. Da liegt das Grundwasser der Wasserwerke Aurich und Sandelermöns praktisch direkt vor dem Fabriktor, und das gestützt auf ein bereits vorhandenes Rohrleitungsnetz.

Die Gemeinde Rastede hat sich bei der Beschlußfassung auf der Verbandsversammlung über den OOWV-ICI-Vertrag der Stimme enthalten. Der SPD-Ratsherr Janßen in Sande, Kreis Friesland, hat den Oberkreisdirektor aufgefordert zu überprüfen, ob der Vertrag rückgängig gemacht werden kann. Die Bezirksregierung stellte zynisch fest, die Wasserversorgung sei *mindestens* bis 1990 gesichert. Janßen: „Die Salzwasser-Süßwassergrenze verschiebe sich damit ins Landesinnere. Der OOWV sehe darin sicherlich ein gewaltiges Geschäft, das aber den kommenden Generationen gegenüber nicht zu verantworten sei“(Anzeiger für Harlingerland 20.12.79).

Ratsherr Janßen hat weniger die kommenden Generationen sondern mehr den drohenden Widerstand der Bauern vor Augen. Denn die Entnahme von Oberflächenwasser und Grundwasser wird Grundwassersenkungen zur Folge haben, die für die Landwirtschaft verheerend sein werden: Die Bäume in den Wäldern verkümmern und können nicht mehr als Nutzholz verwendet werden. Ackerbau, Viehzucht und Landwirtschaft werden ohne künstliche Bewässerung unmöglich, denn das Regenwasser versickert sofort in tiefere Bodenschichten. Die Gräben trocknen aus, die Weidepumpen funktionieren nicht mehr, die Weiden „verbrennen“. 60 Kubikmeter Wasser pro Tag braucht eine Weide pro ha bei einem Grundwasserspiegel von 80-100 cm. 40 bis 50 DM pro Jahr muß der Bauer für das Trinkwasser einer Kuh auf den Tisch legen, wenn er es aus dem Netz des OOWV beziehen muß. Zusätzlich wird der Bauer drangsaliert durch das Verbot bestimmter Düngersorten in Wasserschutzgebieten.

Baudirektor Diepholz, Dezernent für Wasserwirtschaft bei der Bezirksregierung Weser-Ems meinte auf der Verbandsversammlung: „Der Raum Weser-Ems sei in der glücklichen Lage, zuversichtlich in die Zukunft schauen zu können“(AfH, 18.12.79). Er weiß, von wem er ausgehalten wird.

Erster Erfolg der Bauern von Persano im Kampf um Militärgelände



z.ans.Rom. Die armen Bauern und Landarbeiter von Persano (etwa 75 km südöstlich von Neapel) haben in ihrem dreijährigen Kampf um 1500 ha Militärgelände einen ersten Erfolg erzielt: Die Armee mußte 242 ha Land abtreten. 1978 hatten die sechs Kooperativen von Persano, in denen sich 470 Bauern zusammengeschlossen haben, erstmals 300 ha des Geländes besetzt und Weizen ausgesät. Im November 1979 vertrieben zwei Bataillone Carabinieri die von Arbeiterdelegationen unterstützten Bauern, die den Boden erneut zur Aussaat besetzen wollten. CGIL, CISL und UIL riefen daraufhin zum Generalstreik in der Provinz Salerno auf. Der Erfolg der Bauern von Persano stärkt die Bewegung für die Forderung: Das Land denen, die es bebauen.

Die IWAG ist eigens 1978 gegründet worden, um den Kapitalisten die industrielle Wasserversorgung billig zu gewährleisten. Das Land Niedersachsen hat 52%, die Städte Emden, Wilhelmshaven und der OOWV je 16% der Anteile. So hat das Land 1978 bereits 40 Mio. DM der IWAG aus Steuergeldern zur Verfügung gestellt – zur Aufbereitung von Oberflächenwasser für die industrielle Produktion.

60 bis 70 Pfennige soll laut „Anzeiger für Harlingerland“ die IWAG pro Kubikmeter an den OOWV für das ICI-Wasser bezahlen. ICI erhalte dann den Kubikmeter Trinkwasser für 88 bis 85 Pfennig. Weniger wird richtig sein: Die Firma Alusuisse zahlte bis 1980 55 Pfennig pro Kubikmeter. Anfang 1979 ließ ICI schon über die Presse verlau-

aufgefordert zu überprüfen, ob der Vertrag rückgängig gemacht werden kann. Die Bezirksregierung stellte zynisch fest, die Wasserversorgung sei *mindestens* bis 1990 gesichert. Janßen: „Die Salzwasser-Süßwassergrenze verschiebe sich damit ins Landesinnere. Der OOWV sehe darin sicherlich ein gewaltiges Geschäft, das aber den kommenden Generationen gegenüber nicht zu verantworten sei“(Anzeiger für Harlingerland 20.12.79).

Ratsherr Janßen hat weniger die kommenden Generationen sondern mehr den drohenden Widerstand der Bauern vor Augen. Denn die Entnahme von Oberflächenwasser und Grundwasser wird Grundwassersenkungen zur Folge haben, die für die Landwirtschaft verheerend sein wer-



z.ans.Rom. Die armen Bauern und Landarbeiter von Persano (etwa 75 km südöstlich von Neapel) haben in ihrem dreijährigen Kampf um 1500 ha Militärgelände einen ersten Erfolg erzielt: Die Armee mußte 242 ha Land abtreten. 1978 hatten die sechs Kooperativen von Persano, in denen sich 470 Bauern zusammengeschlossen haben, erstmals 300 ha des Geländes besetzt und Weizen ausgesät. Im November 1979 vertrieben zwei Bataillone Carabinieri die von Arbeiterdelegationen unterstützten Bauern, die den Boden erneut zur Aussaat besetzen wollten. CGIL, CISL und UIL riefen daraufhin zum Generalstreik in der Provinz Salerno auf. Der Erfolg der Bauern von Persano stärkt die Bewegung für die Forderung: Das Land denen, die es bebauen.

Kapitalistische Forstwirtschaft: Schädlinge en gros

Staatsgüter in Monokultur / Kapitalumschlag langsam, Ausbeutung hoch

z.mif. Seit Papst Benedikt XIII. 1725 vom Lateranbalkon aus das „schändliche Geschmeiß“ verfluchte und ihm befahl, sich ins Meer zu stürzen, sind die Methoden der bürgerlichen Gesellschaft zur Bekämpfung des Ungeziefers vielfältiger, aber nicht wirkungsvoller geworden. Die Wälder werden immer wieder von Insektenplagen heimgesucht. So fraß 1959/60 die Kiefernbuschhornblattwespe in Mittel- und Oberfranken mehr als 50000 ha Wald an, ein Jahr darauf im nordöstlichen Niedersachsen 1420 ha. „Die Heftigkeit und rasche Aufeinanderfolge von Kalamitäten sind sicherlich eng verknüpft mit der Monokultur“, stellt Oberforstmeister Reisch in seinem Standardwerk „Waldschutz und Umwelt“ fest.

Dicht stehende Bäume gleicher Art und gleichen Alters bieten bestimmten Insekten ebenso wie dem Sturm und Schnee prächtige Entfaltungs- und Angriffsmöglichkeiten. Windwurf, Schneebruch, ebenso Waldbrand und Insekten- und Pilzbefall sind charakteristisch für die kapitalistische Forstwirtschaft. Die Bourgeoisie betrachtet die Wälder vom Gesichtspunkt des Profits, und das bedeutet, daß sie möglichst große Hektarflächen auf einmal roden will und ansonsten möglichst wenig Arbeit auf die Pflege des Waldes verwendet.

Etwa ein Drittel der BRD ist von Wald bedeckt, gut sieben Millionen Hektar. Etwas mehr als die Hälfte sind in Händen der Länder und Gemeinden sowie des Bundes, rund 40% sind privat, 3,4% (240000 ha) sind noch Reste des alten Markwaldes, der gemeinschaftlich von den Bauern bewirtschaftet wurde, heute von der Bourgeoisie als „Gemeinschaftsforst mit ideellem Besitzanteil“ bezeichnet. Der Privatbesitz an Wald ist auf 515000 Betriebe verteilt, von denen 413000 unter 5 ha besitzen, weitere 100000 besitzen 5–100 ha und 1500 Kapitalisten besitzen mehr als 100 ha. Über den Gesamtwert des mit Wald bedeckten Bodens haben wir keine Angaben gefunden; legt man den Bodenwert der Landwirtschaft zugrunde, so ergibt sich für den Waldbesitz ein Gesamtwert von rund 54 Milliarden DM. Aus diesem Wald schöpfte die Bourgeoisie 1978 netto einen Wert von 2,5 Milliarden, sie muß also über 20 Jahre warten, bis sie das im Boden angelegte Kapital wieder in Händen hält.

Andererseits sind die laufenden Kosten der Waldkapitalisten äußerst niedrig und ist die Ausbeutung der Waldarbeiter äußerst ergiebig. Die Wertschöpfung pro Arbeitskraft betrug 1977/78 in der Landwirtschaft 17403 DM, in der Forstwirtschaft 27125 DM; der Maschinenbesatz pro Hektar ist in der Landwirtschaft 582 DM, in der Forstwirschaft 36 DM. In der Landwirtschaft werden sechs Arbeitskräfte auf die Bewirtschaftung von 100 Hektar angewandt, in der Forstwirtschaft auf über 1000 ha. Das ist Ergebnis der kapitalistischen Rationalisierung der Forstbetriebe – der Arbeitsaufwand pro Hektar betrug 1961 noch 31 Stunden, 1976 13,3 Stunden.

Die Bauern, die ein Stück Wald besitzen, ziehen daraus keinen Profit, sondern bekommen das Holz bloß billiger als vom Kapitalisten, indem sie ihre eigene Arbeitskraft aufwenden. Besitzen sie die notwendigen technischen Hilfsmittel nicht und auch nicht gemeinsam mit anderen Bauern, müssen sie einen Kapitalisten mit dem Schlagen beauftragen. Nur 70000 Betriebe verwendeten 1971 forstwirtschaftliche Maschinen und Geräte, davon hatten nur 6000 Betriebe diese Maschinen im Alleinbesitz, 5000 in Nachbarschaftshilfe. Entsprechend scharf sind die Unterschiede im Profit. Im Durchschnitt liegt der Reinertrag bei Privatwald 1978 bei 50 DM/ha – aber das ist ein Durchschnitt aus Kleinbetrieben, die $3,5 m^3/ha$ im Jahr fällen und 4 DM/ha Reinertrag übrigbehalten, und den Großforsten mit über $7,5 m^3/ha$ Einschlag und 239 DM/ha Plus.

Welche Bäume die Forstkapitalisten pflanzen, ist selbstverständlich streng nach den Profiterwartungen berechnet. Während in den Markwäldern noch verhältnismäßig viel Mischwald existiert, ist in den großen Staats- und Privatforsten der Nadelwald vorherrschend. 42% aller Bäume sind Fichten, Tannen und Douglasien, die durchschnittlich je ha 8 Erntefestmeter im Jahr wachsen; je 25% sind Kiefern, Stroben und Lärchen einerseits, Rotbuchen und sonstiges Hartlaubholz andererseits, die pro Jahr etwa 5 Erntefestmeter je Hektar bringen. Die Eiche mit 4 Erntefestmetern hat einen Anteil von unter 10%. Der Kubikmeterpreis, der für die geschlagenen Bäume gezahlt wird, liegt bei Fichte, Tanne und Douglasie bei gut 100 DM, bei Kiefern und sonstigem Nadelholz bei 80 und bei Buchen und sonstigem Laubholz bei 68 DM. Die Eiche dagegen erzielt Spitzenpreise von 150–200 DM/m^3. Warum sie dann nicht weiter verbreitet ist? Die Nadelbäume werden in der Regel nach spätestens 60 Jahren gefällt; Eichen bleiben etwa doppelt so lange stehen und binden entsprechend lange Kapital. Bei der Baumbestandserfassung 1961 waren 70% der Fichten, Tannen und Douglasien bis zu 60 Jahre alt, aber nur 40% der Eichen. Von den Eichen hatten noch 20% ein Alter von über 120 Jahren.

Die Bundesregierung, selbst Waldkapitalist im Volumen von immerhin 100000 Hektar, tut einiges zur Aufbesserung der Profitrate in der Forstwirtschaft: Im Bundeswaldgesetz von 1975 ist festgelegt: „Vor allem mit den Mitteln der Wirtschafts-, Verkehrs-, Agrar-, Sozial- und Steuerpolitik“ sei die Forstwirtschaft öffentlich zu fördern. Im Agrarbericht 1979 nennt Ertl ein Beispiel dafür, wie die kapitalistische Waldanarchie durch Gratis- und Zwangsarbeit zu mildern sei: „Einen erfolgversprechenden Ansatz zum Abbau der Pflegerückstände bietet die Förderung der Bestandspflege im Rahmen der Allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesregierung.“



Durch Monokultur gleichaltriger Bäume ist die kapitalistische Forstwirtschaft äußerst anfällig: Sturmschäden 1972 in Norddeutschland

Costa Rica: Bananenpflücker weiten ihren Streik aus

z.dab. Seit dem 7.1. streiken alle 20000 Landarbeiter – das sind mehr als 10% in der Landwirtschaft Beschäftigten – auf den Bananenplantagen in Costa Rica. Begonnen hatte der Streik am 21.12. mit 4700 Arbeiter der Standard Fruit Company. Der Bananenanbau wird zu fast 100% von den US-Konzernen monopolisiert. Die gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter fordern die Einhaltung des 7-Stundentages nach Tarifvertrag, die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen und die Bezahlung der Streiktage. Der Streik hat in der Hafenstadt Limon am Karibischen Meer – dem wichtigsten Handels- und Ölhafen – zu schweren Auseinandersetzungen mit der Zivilgarde geführt. Während die Landarbeiter in der Stadt Straßensperren errichteten, hat die Zivilgarde das Feuer auf sie eröffnet. Der Befehl kam vom Innenminister Echeverria, der dazu sagte: „Die Entscheidung, das Feuer zu eröffnen, war absolut richtig, und wir werden dasselbe wieder tun, wenn andere Streikende versuchen, Aufruhr zu stiften.“ („Times“, 18.1.) Das richtet sich auch gegen die 5000 Hafen- und Eisenbahnarbeiter sowie Krankenhausbeschäftigte, die am gleichen Tag der Regierung mit einer totalen Arbeitsniederlegung drohten zur Unterstützung der Landarbeiter. Der Bund der Demokratischen Arbeiter Costa Ricas hat aus diesem Anlaß einen Generalstreik angekündigt.

Bolivien: Landarbeiter und Bauern bekämpfen Plünderung

z.rua. Mitte Januar begannen Landarbeiter und kleine Bauern im Distrikt Santa Cruz auf Aufruf ihrer Gewerkschaft erneut, Straßenblockaden zu errichten. Sie bekämpfen den von der Regierung Gueiler Anfang Dezember auf Betreiben der Imperialisten in Kraft gesetzten „Notstandsplan zur Reaktivierung der Wirtschaft“. Bolivien muß in diesem Jahr mit 51% seiner Exporterträge Schulden und Zinsen zahlen. Um weitere 700 Mio. Dollar Kredite von der Weltbank, US- und westdeutschen Banken zu erhalten, mußte es sich verpflichten, die Landeswährung um 20% abzuwerten, den Öl- und Benzinpreis um 100% und die

Bolivien: Landarbeiter und Bauern bekämpfen Plünderung

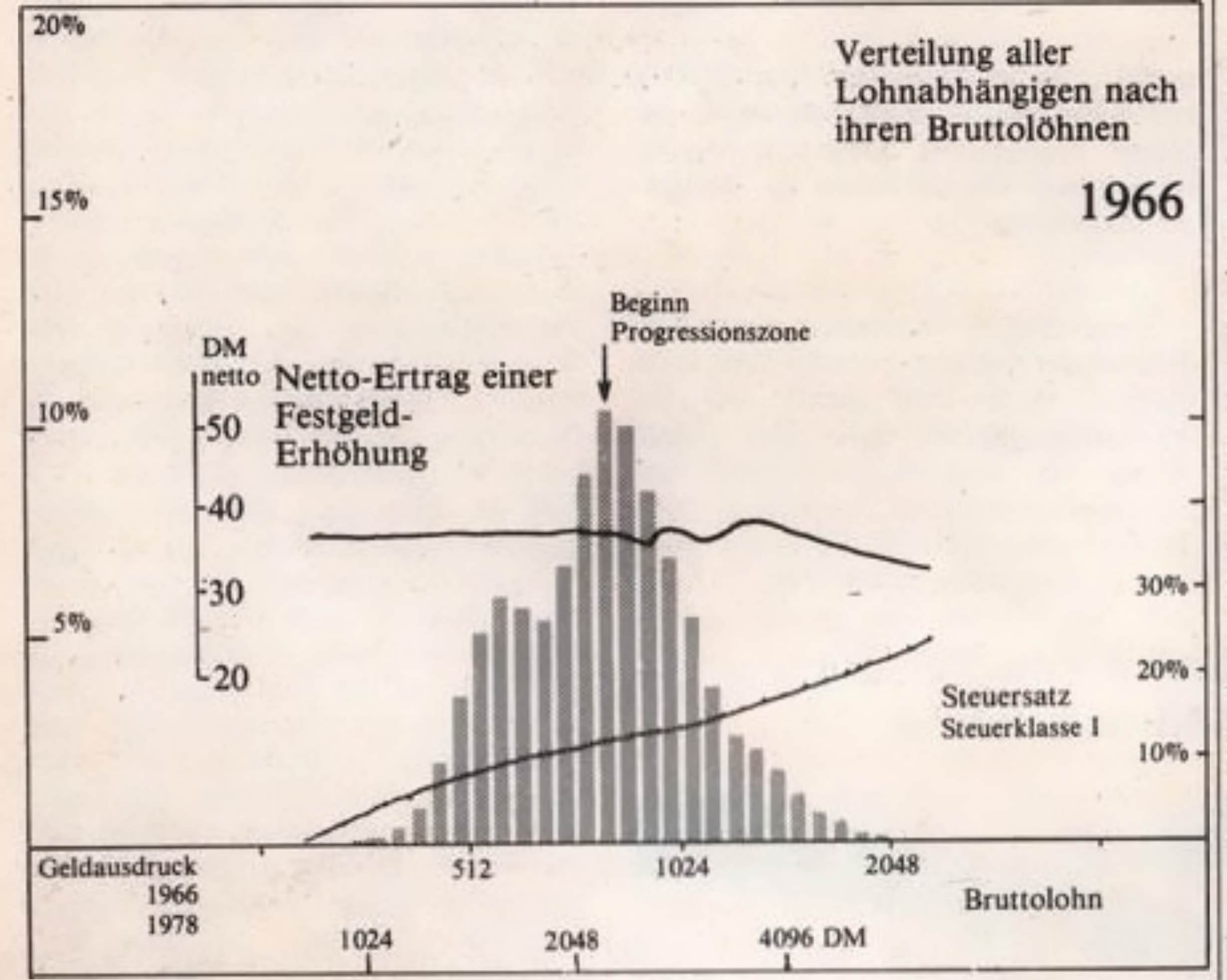
z.rua. Mitte Januar begannen Landarbeiter und kleine Bauern im Distrikt Santa Cruz auf Aufruf ihrer Gewerkschaft erneut, Straßenblockaden zu errichten. Sie bekämpfen den von der Regierung Gueiler Anfang Dezember auf Betreiben der Imperialisten in Kraft gesetzten „Notstandsplan zur Reaktivierung der Wirtschaft“. Bolivien muß in diesem Jahr mit 51% seiner Exporterträge Schulden und Zinsen zahlen. Um weitere 700 Mio. Dollar Kredite von der Weltbank, US- und westdeutschen Banken zu erhalten, mußte es sich verpflichten, die Landeswährung um 20% abzuwerten, den Öl- und Benzinpreis um 100% und die

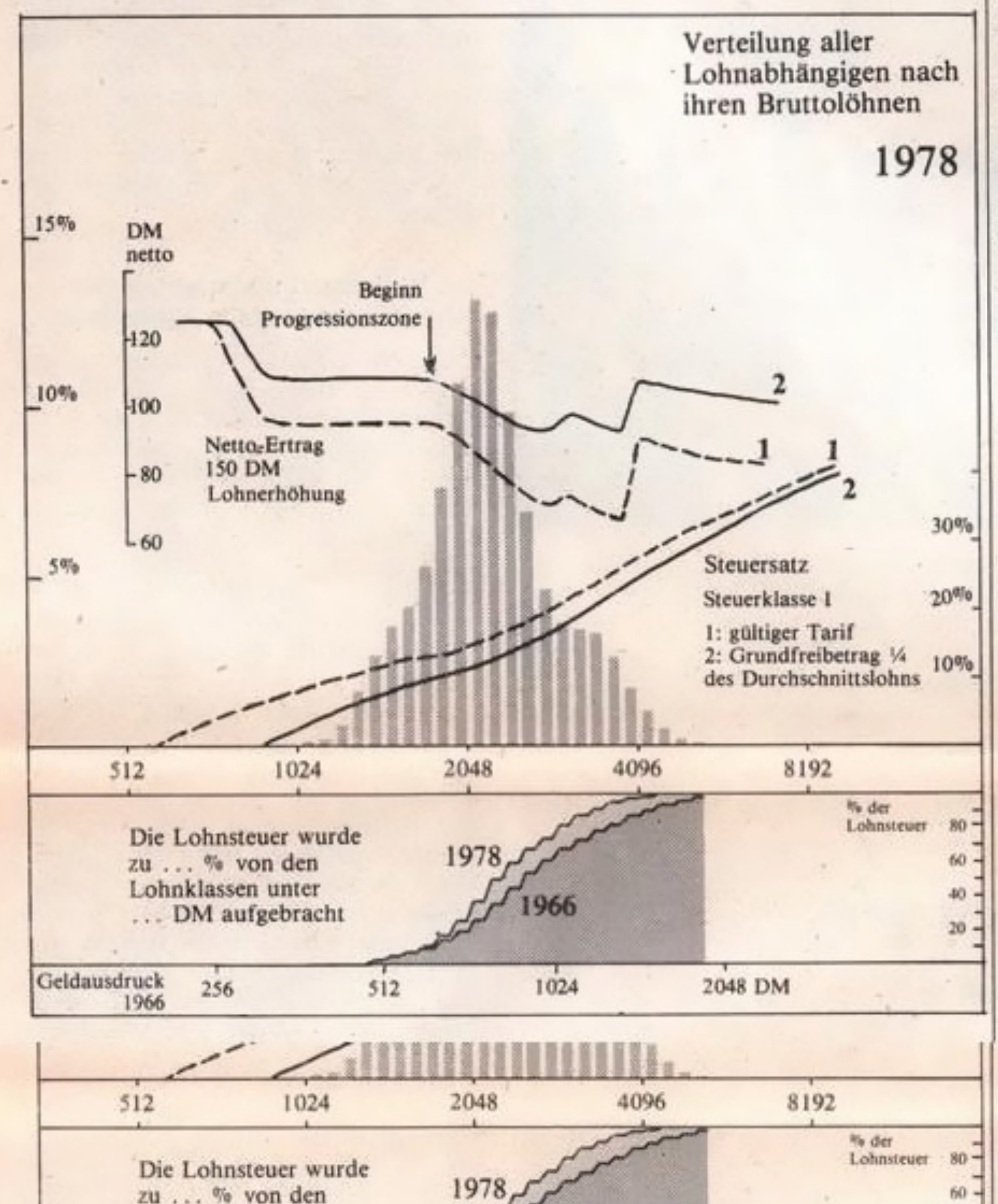
Transporttarife um 60% zu erhöhen sowie die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise einzufrieren. Die Gewerkschaft der Landarbeiter organisierte dagegen Anfang Dezember im ganzen Land Straßensperren. Am 4.12. organisierte der Gewerkschaftsdachverband COB einen nationalen Protesttag, bei Demonstrationen in La Paz wurden Regierungseinrichtungen angegriffen. Am 10.12. rief der COB zu einem eintägigen Generalstreik zur Unterstützung der Landarbeiter und kleinen Bauern auf. Die Regierung erklärte sich darauf in Verhandlungen mit dem COB dazu bereit, die Transportkosten zu senken und den Benzinpreis zu überprüfen. Weil sie sich bis jetzt nicht daran gehalten hat, nehmen die Landarbeiter die Straßensperren wieder auf.

Papua-Neuguinea: Melanesische Gemeindeverwaltung gefordert

z.cht.Sydney. Die Einwohner von Ilimo in der Nordprovinz Papua-Neuguineas wollen in diesem Jahr keine Gemeindesteuern zahlen, weil die Gemeindeverwaltung ihrer Aufgabe, den Dorfbewohnern zu nutzen, nicht nachgekommen sei. Die Gemeindesteuer sei nicht für die Entwicklung von Wirtschaftsprojekten oder Gemeinschaftseinrichtungen verwendet worden. Sie fordern die Regierung deshalb auf, die Gemeindeverwaltung aufzulösen, und wollen wieder das traditionelle melanesische System der Lokalverwaltung einführen. Das jetzige System der Gemeindeverwaltung sei ausländisch und ihrer Lebensweise fremd. – Seit der Unabhängigkeit 1975 ist es ein erklärtes Ziel der Regierung, das ursprüngliche melanesische Rechts- und Verwaltungssystem gegenüber dem von den Kolonialisten importierten britischen System wieder zur Geltung zu bringen. Die 4000 Ausländer im öffentlichen Dienst (11%) sollen nach und nach durch eigene Fachkräfte ersetzt werden. Über die melanesische Dorfverwaltung berichtete 1968 ein damaliger Parlamentsabgeordneter: Jede Sippe hatte ihre Aufgabe. Die bedeutendste war für Landfragen zuständig, eine andere für das Bewässerungssystem, eine für den Fischfang usw. Die Kontrolle über die zweckmäßige Wahrnehmung der Aufgaben hatte die regelmäßige Versammlung der Sippenoberhäupter.

Jahr für Jahr haben die bürgerlichen Politiker die Steuerprogressionsfalle erweitert





512 1024 2048 4096 8192
Die Lohnsteuer wurde zu ... % von den Lohnklassen unter ... DM aufgebracht
1978
1966
% der Lohnsteuer 80 60 40 20
Geldausdruck 1966 256 512 1024 2048 DM

z.frb. Progressive Besteuerung von Vermögen, Erbschaft und Einkommen ist eine alte Forderung der Arbeiterbewegung. Die bürgerlichen Politiker haben sie in ihr Gegenteil verkehrt und in ein Raubinstrument verwandelt. Noch 1958, bei Einführung der Teilung des Steuertarifs in eine Proportionalzone, in der jeder Lohnzuwachs mit dem gleichen Steuersatz besteuert wird, und eine Progressionszone mit steigendem Grenzsteuersatz, hatten 95% der Lohnsteuerpflichtigen einen Lohn im Bereich der Proportionalzone. Die CDU/CSU-Regierungen haben es fortan zu bedeutenden Fortschritten für die Steuerkasse gebracht. Kleinlich aber gegen die Erfolge der SPD-Regierung, sichtbar an obigen Schaubildern. 1966 noch kaum eine Progressionsfalle – dargestellt durch Nettoertrag einer Festgeldforderung – vorhanden, für die höheren Gehälter dank Beitragsbemessungsgrenzen der Sozialversicherungen fast ganz beseitigt, tut sich heute dort ein Besteuerungsloch auf, wo sich die Masse der Lohnabhängigen befindet. Alles einkassiert unter der schleimigen Parole der Ausdehnung staatlicher Leistungen. So tragen die unteren und mittleren Lohnklassen einen ständig höheren Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer. Ein mit den Löhnen steigender Freibetrag verhindert, daß die bloße Geldentwertung Milliarden Lohngelder kostet.

Großbanken diktieren der AEG die Sanierung

Friderichs setzt Dürr ein / Aktionen der Belegschaften

z.brr. Ganz im Stile der ihm nachgesagten Eleganz vollbrachte der Sprecher der Dresdner Bank und neuer Aufsichtsratsvorsitzender von AEG, Friedrichs, letzte Woche seine erste Aufgabe. Als Überraschung präsentierte er der Hauptversammlung der Aktionäre der AEG einen neuen Vorstandsvorsitzenden, den Industriellen Heinz Dürr, Chef des gleichlautenden Unternehmens und bisheriger Vorsitzender des Baden-Württembergischen Metallarbeitgeberverbandes. Gegenüber der sensationshungrigen bürgerlichen Presse ließ er zudem durchsickern, daß er Dürr während seines letzten Ski-Urlaubs kennen- und schätzengelernt habe. Eine schöne Geschichte für die Presse, die es erlaubt, die Berichterstattung über die Sorgen der Belegschaftsmitglieder und ihrer Familien in den Hintergrund treten zu lassen.

Die Übernahme des Postens des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister signalisiert das Engagement der Großbanken bei der Profitmacherei bei AEG. Die Hauptversammlung der Aktionäre billigte, wie nicht anders zu erwarten war, die Strategie der Großbanken zur Schaffung einer finanziellen Basis für die kommenden Unternehmungen der AEG. Das Aktienkapital der AEG wird von derzeit 930 Mio. DM im Verhältnis drei zu eins herabgesetzt auf 310 Mio. DM. Die Aktionäre haben das Recht, ihre alten Aktien im Verhältnis drei zu eins gegen neue Aktien zu tauschen. Damit sind die Kleinaktionäre nunmehr völlig ausgeschaltet, und der Zugriff der Banken ist vollständig gesichert. 25 Banken übernehmen zunächst die neuen Aktien. Weiter werden Industrieunternehmen, die Jahresumsätze von 10 Mrd. DM oder mehr ausweisen können, Möglichkeiten eingeräumt, über Schuldscheindarlehen im Wert von 450 Mio. DM sich an der AEG zu beteiligen. Die neuen Aktien werden mit einem Aufgeld von 300%, d.h. zu 150 DM das Stück, angeboten. Es handelt sich also um einen Kapitalschnitt mit anschließender Erhöhung des Aktienkapitals. Das herabgesetzte Grundkapital wird sich dann auf 620 Mio. DM belaufen bei gleichzeitigem Rücklagenzugang von ebenfalls 620 Mio. DM. Diese Gelder stammen von den Banken und sind dem Sinne nach Spekulationskapital, eingesetzt in der Erwartung des erfolg-

geld von 300%, d.h. zu 150 DM das Stück, angeboten. Es handelt sich also um einen Kapitalschnitt mit anschließender Erhöhung des Aktienkapitals. Das herabgesetzte Grundkapital wird sich dann auf 620 Mio. DM belaufen bei gleichzeitigem Rücklagenzugang von ebenfalls 620 Mio. DM. Diese Gelder stammen von den Banken und sind dem Sinne nach Spekulationskapital, eingesetzt in der Erwartung des erfolg-

reichen Verlaufs der Sanierung. Alle wesentlichen Bestandteile des Sanierungsprogramms sollen 1980 durchgesetzt werden. Nach der Prognose des bisherigen Vorstandsvorsitzenden Cipa soll sich bereits ab dem Jahre 1981 ein mehr als erklecklicher Profit einstellen. Belustigt berichtete insbesondere die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" über den Widerstand der Kleinaktionäre. „Allgemeine Expropriationsgesellschaft" hatte einer von ihnen die AEG genannt, ein anderer gab mit den Worten „möge Siemens am Kernkraftgeschäft ersticken" seiner Verärgerung Ausdruck.

Das gebilligte Sanierungsprogramm enthält folgende Bestandteile: Ausgabe der Neufertigung von Gasturbinen im Werk Essen der AEG-KANIS; Neuordnung des Geschäftsbereichs Prozeßtechnik mit dem Ziel, kurzfristig dieses Geschäft auf eine breitere Basis zu stellen; Ausgliederung der Farbbildröhrenfertigung in die Farbbildröhren GmbH; Einstellung der Fertigung von Aluminium-Elektrolyt-Kondensatoren; Einstellung der Fertigung von Programmspeichern; neue Werksorganisation für die Beteiligungsgesellschaft Draloric; Fertigungsneuordnung für das Geschäft mit Geräten der Unterhaltungselektronik; Konzentration der Fertigung von Fernsehgeräten im Werk Celle und von Tongeräten im Werk Berlin; Schließung des Werkes Hannover 2; weitestgehende Automatisierung der Leiterplattenbestückung. Allein durch diese Maßnahmen verlieren über 13000 Beschäftigte der AEG ihren Arbeitsplatz. Von den für die auswärtigen Produktionsstätten vorgesehenen Maßnahmen sind die wichtigsten: Teilstillegung des Werkes Tarrasa/Spanien (Transformatorenfertigung); Aufgabe des Geschäfts mit der Unterhaltungselektronik in Großbritannien; Einstellung der Fertigung von Heißwasserspeichern in Österreich; Aufgabe des Geschäfts mit Büromaschinen in Schweden und Nordirland. Daneben soll stattfinden: Gründung der Europacolour SA und Übernahme von 49% der Anteile des Modular Computer Systems zwecks Ausweitung des Geschäfts mit Prozeßrechnern; zusammen mit dieser Gesellschaft Gründung einer Gesellschaft in Westdeutschland und Übernahme von 75% der Anteile gegen Einbringung der Aktivitäten auf den Gebieten Prozeßrechner und Produktservice; Erwerb von 33% der Geschäftsanteile der Magnetbahn GmbH in Stuttgart.

Aufgrund der Ausführungen des bisherigen Vorstandsvorsitzenden Cipa und auf Grundlage der Umsatz- und Auftragsentwicklung der verschiedenen Unternehmensbereiche in den letzten Jahren ergibt sich folgendes Bild. Schnellstmöglich sollen alle Produktionsstätten abgestoßen werden, die den Banken nicht genügend profitabel sind. Im Bereich der Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik, wo die AEG eine gute bzw. befriedigende Marktposition hat, soll durch Rationalisierungen und Materialeinsparungen selbige gesichert werden. Das eigentliche Geschäft aber soll mit dem Unternehmensbereich Nachrichten- und Verkehrstechnik gemacht werden. Dieser Unternehmensbereich hatte in den letzten Jahren eine günstige Bilanz, insbesondere in bezug auf militärische Ausrüstungen in der Nachrichtentechnik hat AEG eine Spitzenposition. Offensichtlich soll diesem Bereich eine breitere Basis durch Produktion eigener elektronischer Bauteile und Investitionen in die Entwicklung der Prozeßrechnertechnik geschaffen werden.

Auf zwei Punkte kommt es den AEG-Kapitalisten in diesem Jahr besonders an: Erstens bedarf die Durchsetzung des Sanierungsplans Ruhe in den Betrieben. Dürr will sein Amt erst gar nicht antreten ohne Zustimmung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Zweitens gefährdet jegliche weitere Verzögerung des Sanierungsplans, insbesondere in bezug auf die Abwicklung der Entlassungen, den Erfolg. Diese Ruhe haben die AEG-Kapitalisten bislang nicht gehabt. Mit mannigfaltigen Aktionen haben die AEG-Belegschaften in den verschiedenen Städten das Rationalisierungsprogramm unter Feuer genommen. Dadurch daß die AEG-Kapitalisten unter Zeitdruck stehen, ist es den AEG-Belegschaften und ihren Betriebsräten durch Verzögerungstaktik bei jeder einzelnen Entlassung, bei jeder einzelnen Rationalisierungsmaßnahme möglich, den Kapitalisten entscheidende Zugeständnisse abzuringen.








AEG-Arbeiter des Westberliner Werkes Brunnenstraße auf dem Weg zur Streikversammlung zum Zeitpunkt der Aktionärsversammlung. Daneben ein vom Betriebsratsvorsitzenden desselben Werkes gefertigtes Bild zur Veranschaulichung der Lage der Belegschaft.



z.pel.Paris. **Nur 25% des normalen Verkehrs auf den großen nationalen und internationalen Linien, fast vollständiger Zusammenbruch des Pariser Vorortverkehrs, murrende Kapitalisten, da ihnen zum wiederholten Male die Arbeitskraft nicht zur pünktlichen Ausbeutung bereitsteht.** Das sind die Auswirkungen des Streiks der Beschäftigten bei den französischen staatlichen Eisenbahnen. Nach August und September letzten Jahres sind diese am 12. Januar erneut in den Streik getreten. Seitdem entscheiden die Arbeiter und Angestellten in täglichen Abstimmungen über seine Verlängerung. Sie fordern die Rücknahme des Erlasses vom 7.8., den zweiten Lokführer bei Güterzügen durch ein Funkgerät zu ersetzen, mehr Lohn und die 35-Stunden-Woche. 50% der 261000 Beschäftigten verdienen unter 3500 FF (1 FF = 0,42 DM), und das nur mit Nacht- und Sonntagsarbeit. 124000 Rentner erhalten heute die Mindestrente gegenüber 65000 vor zehn Jahren. Angesichts der Entschlossenheit der Arbeiter hat sich die SNCF zu Verhandlungen über den Lohn bereiterklärt. Was sie hier rausrücken muß, hofft sie über längere Arbeitszeit auszugleichen. Die 40-Stunden-Woche ist für 1982 geplant.

z.ulg.Rom. **Die italienischen Transportarbeitergewerkschaften haben für die nächste Woche einen Streik für die Abschaffung des besonderen Dienstrechts bei der Eisenbahn angekündigt.** Die Gewerkschaften fordern die Ausgliederung der Bahn aus dem öffentlichen Dienst, um Anschluß an die höheren Löhne im privaten Transportgewerbe zu erreichen. Die Regierung will dagegen das besondere Dienstrecht unbedingt beibehalten, um mit einer „Eisenbahnreform" verschärfte Rationalisierung durchsetzen zu können. Die anderen Transportarbeiter werden die Eisenbahner mit Solidaritätsstreiks unterstützen. – Am kommenden Freitag streiken die Lehrer für die Festeinstellung der mit Zeitverträgen an den Schulen beschäftigten Vertretungslehrer und Lehrbeauftragten. Über ein Zehntel des Unterrichts läßt der Dienstherr von diesen „Prekären" durchführen, die auch nach jahrelanger Beschäftigung nach der Eingangsstufe der Lehrerbesoldung (weniger als der durchschnittliche Industriearbeiterlohn) bezahlt werden. Damit sollen die Löhne der Lehrer insgesamt gedrückt und ihre gewerkschaftliche Bewegung gespalten werden. Die „Prekären" selbst hatten mehrfach die Zeugniskonferenzen bestreikt, ohne jedoch bisher ihre Forderung nach Festeinstellung durchsetzen zu können.

z.rül. **13000 spanische Hafenarbeiter legten Ende Dezember und Anfang Januar in zwei landesweiten Streiks über 30 Häfen des Landes lahm.** Die Streiks richten sich gegen die Pläne der spanischen Regierung, die Häfen an private Kapitalisten zu übergeben, und gegen das damit verbundene Rationalisierungsprogramm. Die spanischen Hafenarbeiter werden in ihrem Kampf von anderen europäischen Hafenarbeitern unterstützt. So weigerten sich 5500 Hafenarbeiter im englischen Hafen Liverpool während des zweiten Streiks, einen Frachter mit Tomaten von den Kanarischen Inseln zu entladen, den die Kapitalisten nach Großbritannien umgeleitet hatten. Die spanischen Hafenarbeitergewerkschaften hatten sich an die britische Gewerkschaft TGWU gewandt, und diese organisierte daraufhin den Boykott des Schiffs.

z.rua.London. **Die Gewerkschaften GMWU, TGWU und NUPE rufen ihre 33000 organisierten Mitglieder in den Wasserwerken und Kanalisationsbetrieben zu einem nationalen Streik gegen das 13%-Lohnangebot der britischen Regierung auf.** Sie trafen diese Entscheidung trotz der Drohung der Regierung, im Falle eines Streiks den Notstand zu erklären und 15000 Mann Truppen einzusetzen. Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen von durchschnittlich 25%. Die Mindestlöhne sollen von jetzt 54,60 – 59,80 Pfund auf 75 Pfund pro Woche (37%) erhöht werden. Weiter fordern sie höhere Schicht- und Bereitschaftsdienstzulagen, die 35-Stundenwoche und mehr Urlaub. Eine Vergleichbarkeitsstudie ergab, daß die Löhne der Wasserarbeiter um 10 Pfund pro Woche unter denen der Gas- und Elektrizitätsarbeiter liegen. Die Wasserarbeiter fordern ihre Anpassung. Den 40000 Gasarbeitern, die ebenfalls 25% mehr Lohn fordern, bot die Regierung jetzt auch nur 13 – 16% an.

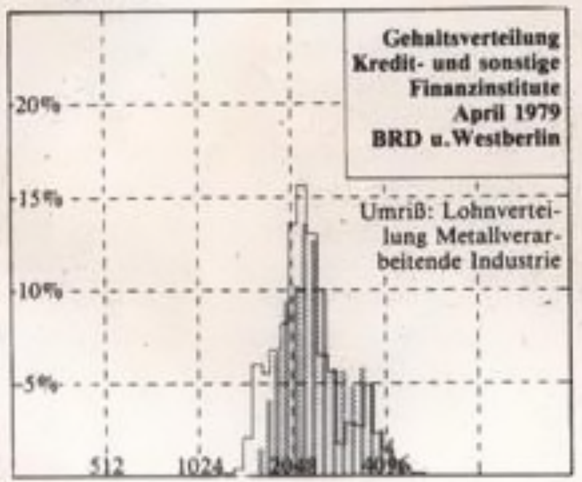
z.dab. **Am 21. Dezember hat die Bürgermeisterin von Chicago den Streik der Transportarbeiter per Gerichtsbeschluß gebrochen.** 8000 Busfahrer, Reparaturarbeiter, Büroangestellte sowie 3000 Eisenbahnzugführer hatten vom 17.12. an für die Beibehaltung der jährlichen Lebenshaltungskostenzuschläge gestreikt. Ihr Tarifvertrag war am 1.12. ausgelaufen. Um die bankrotten Stadtfinanzen zu sanieren, hat die Regionalregierung der Stadt zur Auflage gemacht, die Kosten der Verwaltung zu senken, da sonst ein Kredit von 300 Mio. $ gestrichen werde. Deshalb sollen jetzt die seit den 50er Jahren viermal jährlich gezahlten Zuschläge auf zwei jährliche Zahlungen reduziert werden. Im letzten Jahr hatte der Zuschlag für die Transportarbeiter bei Stundenlöhnen von 8 bis 10,58 $ 1,85 $ ausgemacht. Der Gerichtsbeschluß verpflichtet die Gewerkschaften zur Zwangsschlichtung. Unter dem Eindruck der Streiks konnten die Richter indes nicht umhin, der Stadtverwal-

Ende März läuft der Gehaltstarif für 350000 Bankangestellte aus

z.mam. Der Tarifvertrag der HBV für die Bankangestellten ist zum 31.3.1980 gekündigt. Zur Zeit führt die Gewerkschaft HBV Tarifkonferenzen in den Bezirken durch, die Forderungsvorschläge erarbeiten. Die Tarifkonferenz im Bezirk Main-Taunus hat beschlossen, als Forderungsstruktur Sockel und Prozente vorzuschlagen, wobei das Forderungsvolumen 1% über den Forderungen der IG Metall liegen soll.

Bei Betrachtung des Schaubildes über die Effektivgehaltsverteilung der 504000 Angestellten der Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstitute denkt man auf den ersten Blick, daß eine solche Forderung der Höhe nach nicht durchzubringen ist; das Gehaltsniveau sieht relativ hoch aus. Tatsächlich befindet sich aber die Masse der Bankangestellten in denselben Verteilungsklassen wie die Arbeiter und Angestellten in der Metallindustrie. Der Unterschied liegt in der relativ hohen Zahl der leitenden Angestellten, der „Bankgeheimnishüter", die die Zentralen des Finanzkapitals benötigen. Ihre Funktionen sind im Tarifvertrag (soweit sie überhaupt tariflich bezahlt werden) in den höchsten Tarifgruppen 8 und 9 als „Sachbearbeiter mit besonderen Anforderungen in Kredit-, Wertpapier-, Auslands- und Stabsabteilungen sowie in Außenstellen ..." beschrieben. In diesen höheren Etagen betragen die Tarifgehälter 3050 DM (Tarifgruppe 8) bzw. 3300 DM (Tarifgruppe 9). In den Tarifgruppen 4 und 5, nach denen die Buchhalter, Stenokontoristinnen, Kontoführer und Sachbearbeiter mit einfachen Tätigkeiten bezahlt werden, betragen die Endgehälter 2107 bzw. 2338 DM. Das entspricht in etwa den Tarifgehältern für die Gruppen K4 und K5 nach dem hessischen Metalltarifvertrag.

Für die Masse der Bankangestellten stellt sich das Problem dann auch so, wie es sich in dem Beschluß der Tarifkonferenz Main-Taunus widerspiegelt. Die Befürchtung, daß der Abschluß zu niedrig wird, wenn die Forderung nicht 1% über den Metall-Forderungen liegt, wird beim Betrachten der Gehaltsverteilung verständlich. Wird der Festgeldbestandteil nicht entschieden höher als bei den Metallforderungen, wird der Abschluß für die Masse der Angestellten zu gering ausfallen und die Kapitalisten hätten zuviel Spielraum in ihrem Bestreben, den recht großen Teil der „Geheimnishüter" zu schmieren.



Ölarbeiter der USA ohne „Patriotismus"

60000 streiken für höheren Lohn und Zahlung der Krankenversicherung durch Kapitalisten

z.gek. Über den Streik der 60000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Ölindustrie der USA berichten die bürgerlichen Presseorgane des Landes beiläufig oder gar nicht. Das könnte verwundern. Denn dieser Streik ist auf jeden Fall äußerst „unpatriotisch" im Sinne des Präsidenten Carter, der gegenwärtig fieberhaft tätig ist, das Land auf Kriegsfuß zu stellen und seine Energiegesetze durchzubringen. „Schlagt zurück!" steht auf großen Bildtafeln, die über Nacht an den Ausfallstraßen vieler großer Städte angebracht worden sind, mit einem großen Khomeiny-Portrait und der Aufforderung: „Nicht schneller als 45 Meilen pro Stunde!"

Aber das ist eben auch der Grund, warum gegen diesen Streik die Taktik des Schweigens angewendet wird. Er paßt nicht ins Konzept von der „äußersten Zurückhaltung" des Präsidenten Carter, der von seinem Volk stürmisch aufgefordert wird, den Krieg ums Öl endlich zu beginnen. Nichts ist. Am 8. Januar morgens um 4.00 Uhr haben die Belegschaften von über hundert Raffinerien im ganzen Land, gewerkschaftlich organisierte Bohrtrupps, Arbeiter in zahlreichen Pump- und Abfüllstationen sowie eine Reihe Belegschaften in der Petrochemie den Streik begonnen. Wie schon im letzten Jahr eröffnet die Gewerkschaft der Öl-, Atom- und Chemiearbeiter (OCAW) damit die 1980 anstehenden Tarifkämpfe, in die im weiteren Verlauf die Arbeiter und Angestellten der Stahl-, Aluminium-, Kupfer-, Telefon-, Luftfahrt- und Bauindustrie sowie die Hafenarbeiter eintreten werden, durchweg nach 2-, meist 3-jähriger Laufzeit der Verträge. Gerade da paßt der Streik der Ölarbeiter wieder nicht ins Konzept: die OCAW hatte 1979 die einzige Gewerkschaft, die im Tarifvertrag über 2 Jahre eine Öffnungsklausel durchsetzte, d.h. praktisch nur über 1 Jahr abschloß.

Im letzten Jahr hatte sich die Gewerkschaft ganz darauf konzentriert, eine Lohnerhöhung von 73 Cts. für alle gleich zu erkämpfen; es hatte die feste Einheit um diese Forderung und die Vorbereitung des Streiks in guter Disziplin ausgereicht, um die Öl-Tycoone zu zwingen, knurrend in letzter Minute den Vertrag zu unterschreiben. Nicht durchsetzen konnte die Gewerkschaft ihre zweite zentrale Forderung: die völlige Bezahlung der Krankenversicherungsbeiträge durch die Kapitalisten, einschließlich Zahnersatz. Die 72 $, die die Kapitalisten bisher zahlen, geben keine volle Deckung; die Arbeiter müssen entweder sich zusätzlich versichern oder im Fall von Krankheit schwer draufzahlen. Also fordern sie in diesem Tarifkampf die Zahlung weiterer 35 $ Krankenversicherung durch die Kapitalisten; dazu fordern sie eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 13% und längeren bezahlten Urlaub. Alles sehr nötige Forderungen: Ihre verhältnismäßig hohen Wochenlöhne (350 – 400 $ durchschnittlich für in der Produktion selbst beschäftigte Arbeiter) erreichen sie nur durch eine durchschnittliche Arbeitswoche von 45 – 50 Stunden; und etwa die Hälfte muß in Dauerschicht arbeiten. Dazu kommt, daß viele – über den „üblichen" schnellen Verschleiß ihrer Arbeitskraft hinaus – noch der Einwirkung schädlicher Stoffe am Arbeitsplatz erhöht ausgesetzt sind. So war die OCAW eine der ersten Gewerkschaften in den USA, die gewerkschaftliche Inspektionsrechte für von ihr aufgestellte Sicherheitstrupps in Betrieben, Gruben, Kraftwerken und auf den Bohrstellen durchgesetzt hat.

Die Öl-Konzerne, die in den letzten Jahren die wüstesten Profite gemacht haben, die überhaupt je gemacht worden sind, aber gleichzeitig ihr früheres Weltmonopol dahinschwinden sehen, sehen es jetzt für eine entscheidende Frage ihrer Aktionsfähigkeit gegenüber der OPEC an, den Forderungen der Arbeiter nicht nachzugeben und möglichst diese ganze, viel zu lebendige Arbeiterbewegung in ihren Werken in den USA zu zerschlagen. Sie haben es zu einer Frage des „Prinzips" erklärt, daß die Arbeiter einen Teil ihrer Krankheitskosten selbst tragen müssen. In den Worten eines ihrer Verhandlungsführer: „Sie müssen einen Teil der Kosten tragen, damit sie nicht dauernd zum Arzt oder in sonstwas für Heilbehandlungen rennen." Angesichts der sehr geschlossenen Streikfront haben sie sich inzwischen zu einem Angebot von 9% mehr Lohn und weiteren 10 $ Krankenversicherung bequemen müssen; aber das sei ihr letztes Angebot, versichern sie. Wenn die Gewerkschaft nicht einlenke, werde sie in einem monatelangen Streik auf die Knie gezwungen werden.

Um das zu erreichen, haben die Ölgesellschaften in den bestreikten Betrieben zusätzliches technisches und Aufsichts-Personal sowie allerhand für Höchstlöhne zusammenrekrutierte Streikbrecher in 12-Stunden-Schichten rund um die Woche eingesetzt. Sie könnten ihre Produktion beliebig lange ohne die Arbeiter aufrechterhalten, verkünden sie lauthals. Die Arbeiter lachen dazu, wenngleich sie wissen, daß es den Kapitalisten in der Tat eine ganze Zeit lang mit all den personellen und finanziellen Ressourcen, die sie haben, gelingen kann, weiterzuproduzieren. Sie richten sich ihrerseits auf einen langen Streik ein.

Die US-Ölmonopole sind knapp mit Öl. Es fehlen ihnen nicht nur die Lieferungen aus dem Iran; sondern die meisten anderen OPEC-Mitgliedsstaaten haben angekündigt, entsprechend dem langsam fallenden Verbrauch in den kapitalistischen Industrieländern ihre Produktion zu drosseln. Und ein immer wachsender Teil der Weltproduktion entgeht den US-Konzernen durch direkte Lieferverträge zwischen den Produzenten- und Abnehmerländern. Bis zum Sturz des Schahregimes wurden 80% des Welt-Erdöls unter Kontrolle der 12 größten Ölmonopole verkauft; jetzt sind es noch 65%. Widerwillig haben sich die US-Gesellschaften in dieser Lage auf die Erschließung der eigenen Quellen in den USA geworfen, von der Carter-Regierung darin steuerbegünstigt. Sie werden früher oder später feststellen, daß sie das nur durch ihre gut organisierten Belegschaften, nicht durch Streikbrecherhaufen bewerkstelligen können.



Streikposten vor der Marcus-Hook-Raffinerie von BP in der Nähe von Philadelphia

Spartenanhänge MTV Druckindustrie: Verhandlungsstand

z.nom. Seit Sommer 1979 werden die Anhänge zum Manteltarif der Druckindustrie zwischen der IG Druck und dem Bundesverband Druck verhandelt. Am 20. November 79 waren die Verhandlungen über Druckformherstellung (Anhang B). Es waren noch strittige Punkte der allgemeinen Bestimmungen und Druckformherstellung offen, die am 16. Januar 80 verhandelt wurden.

Die Manteltarifanhänge gliedern sich in folgende Sparten: **Anhang A, allgemeiner Anhang** *I. Sicherheit und Arbeitsplatz.* Festgelegt wurden u.a. die Pausen am Bildschirm (alle 2 Stunden 15 Minuten). Die Bestimmungen des allgemeinen Anhangs gelten für 99000 Facharbeiter und 49000 Hilfsarbeiter.

Anhang B Druckformherstellung. Das Ziel der Kapitalisten war die Anwendung des Rastertarifvertrages (Zeitungsbetriebe) auch bei den Akzidenzdruckereien. Konkret: Besetzung der Maschinen und Bezahlung wie beim Rastertarifvertrag. Ein Teil der Fotosetzer sollte (nach der Einteilung Texterfassung und Textgestaltung) im Lohn gedrückt werden. Diesen Einbruch zu erzielen, ist ihnen nicht gelungen. Es wurde festgelegt: Fotosatz ist Maschinensatz (Bezahlung Maschinensetzerlohn, 120% vom Ecklohn). Für die *Repronik (elektronische Bilderstellung)* wurde festgelegt: „Alle elektronischen Bilderstellungsgeräte und -systeme (fotomechanische und elektronische Farbauszugsgeräte, scanner) werden von Fachkräften, vorzugsweise der Druckformherstellung, bedient ..." Anhang B betrifft 39000 Facharbeiter.

Anhang C Druck. *I. Bogendruck.* Am 12.7. wurden die Besetzung von Druckern und Hilfsarbeitern an Bogendruckmaschinen Offset und Buchdruck (Einfarben- und Mehrfarbenmaschinen) festgelegt. Am 13.6. wurden weitere Absicherungen getroffen über *II. Rollenrotation.* Für Bogendruck gilt der Anhang für rund 35000 Fach- und Hilfsarbeiter. Für Rotationsmaschinen: 13500 Facharbeiter und Hilfsarbeiter. Wollten die Kapitalisten im Bereich der Offset-Rotationsmaschinen die Besetzung um die Hälfte reduzieren – statt bisher 2 Drucker pro Maschine nur noch einer –, so mußten sie stattdessen der Festlegung der Maschinenbesetzung an Maschinen mit mehr als 2 Bedienungsebenen zustimmen, die bisher nur betrieblich geregelt wurde. Bei Tiefdruckrotation wurde neu festgelegt, daß an jeder normal ausgestatteten Maschine mindestens 2 Hilfskräfte eingesetzt werden müssen und die Besetzung der Rollensterne im Verhältnis 1:1 erfolgt.

Ob die IG Druck den **Anhang D Weiterverarbeitung, und Anhang E Hilfskräfte** in der aufgestellten Form noch aufrechterhält, ist unwahrscheinlich. **Anhang F Ausbildung** soll als Tarifvertrag für Auszubildende und Umschüler verhandelt werden.

---

tung die Auszahlung einer Lohnerhöhung von 24 Cent aufzuerlegen, die diese noch aus dem letzten Tarifvertrag zurückgehalten hatte.

z.elb.Brüssel. **Die Verhandlungen der belgischen Gewerkschaften mit dem Metallkapitalistenverband Fabrimetal über einen einheitlichen Metalltarifvertrag für die Provinz Antwerpen sind gescheitert.** Die Gewerkschaften fordern u.a. 7 bfr pro Stunde mehr (0,43 DM), die 38-Stunden-Woche und für die Schichtarbeiter weitere Arbeitszeitverkürzung oder eine zusätzliche Prämie. Nach der Leitlinie des Finanzkapitals für den Tarifkampf 1980, die Jahre der „Lohnmäßigung" 1975 – 79 fortzusetzen, bieten die Kapitalisten allen in allem 5% an, den Schichtarbeitern sei die Arbeitszeit durch die Abschaffung der bezahlten Pausen zu „verkürzen". Unbedingt wollen die Kapitalisten betriebliche Verhandlungen für die 80000 Metallarbeiter in der Provinz Antwerpen durchsetzen. Die Gewerkschaften haben Kampfaktionen angekündigt, die am 28.1. beginnen sollen.

Vom 9. bis 12. Dezember 1979 fand der Kongreß der Finnischen Metallarbeitergewerkschaft in Helsinki statt. Die 458 Vertreter der 150000 Gewerkschaftsmitglieder waren nach Parteilisten gewählt worden: 233 Sozialdemokraten, 211 Revisionisten und 14 vom Zentrum und den Liberalen. Der neugewählte, mehrheitlich sozialdemokratische Vorstand wurde beauftragt, den geltenden Tarifvertrag zum 29. Februar zu kündigen. Eine Forderung wurde nicht beschlossen, doch wurde festgelegt, daß der Abschluß eine Reallohnerhöhung sichern soll, die mindestens der Produktivitätssteigerung entspreche. Der Antrag der Revisionisten auf Beschluß der Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Verlängerung der Winterferien auf 2 Wochen wurde mit 211 zu 239 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit sprach sich für Arbeitszeitverkürzung und für Winterurlaubsverlängerung für Schichtarbeiter aus. Einigkeit herrschte darüber, daß der sogenannte Karenztag beseitigt gehört, so daß Krankengeld vom ersten Krankheitstag an bezahlt werden muß.

z.coi.Stockholm. **15000 demonstrierten am 1.1.80 in Landskron, nördlich von Malmö, gegen den Beschluß der staatlichen Svenska-Varv-Leitung, die Öresund-Werft bis 1983 zu schließen.** Dies würde die Existenzgrundlage für 5000 Werft- und Zulieferarbeiter und ihre Familien vernichten. Bereits im November haben 500 Angestellte der Arendal-Werft in Göteborg gegen die Schließungsgerüchte demonstriert. Der gesamte Beschluß zur Konzentration und Rationalisierung der schwedischen Werftindustrie hat bereits die Zustimmung des Industrieministers, er muß jedoch noch vom Reichstag endgültig verabschiedet werden. Er sieht die Verminderung der Werft-Beschäftigten um 8400 auf 10000 bis 1984 vor. Der Großschiffbau soll konzentriert werden auf die Uddevalla-Werft, die modernste schwedische Werft mit Anlagen zum Bau von Tankern und Massengutfrachtern bis 600000 BRT, deren Arbeiterzahl um 500 auf 2500 dezimiert wird; auf die Kokkums-Werft in Malmö, die sich auf den Bau von Gas- und Chemikalienfrachtern konzentrieren soll und wo von 5000 Arbeitern 2000 aufs Pflaster geworfen werden sollen; und auf die Karlskrona-Werft, wo von 300 Arbeitern weniger als jetzt (1500) vornehmlich Kriegsschiffe und U-Boote gebaut werden sollen. Die Arendal-Werft wird auf den Bau von Offshore-Anlagen und schwimmenden Fabriken umgestellt werden. Die Arendal-Werft und die Arbeiter Citi sollen zusammen 3000 Arbeiter entlassen. Die Metallarbeitergewerkschaft hat den Rationalisierungsbeschluß zurückgewiesen.

z.bag.Aarhus. **Am 2.1. legten 300 Packer der Brauerei Tuborg in Kopenhagen die Arbeit nieder, weil eine Zapfkolonne entlassen worden war.** Als der Streik nach einer Woche immer noch andauerte, sperrte die Konzernleitung 1600 der Beschäftigten aus. In der Nacht zum 17.1. verhinderten Fahrer und Packer der Brauerei Carlsberg, mit Tuborg in den „Vereinigten Brauereien" zusammengeschlossen, die Auslieferung von Getränken aus dieser Firma. Der Hintergrund des Konflikts ist der Plan der „Vereinigten Brauereien", ihren Marktanteil, besonders auch im Exportgeschäft, mit einem Rationalisierungsschub zu erhöhen. In den nächsten fünf Jahren soll die Zahl der Beschäftigten in den Kopenhagener Betrieben von 6500 auf 5000 heruntergedrückt werden; nach Berechnungen des Betriebsrats womöglich bis auf 2000. Schon im letzten Jahr haben die Brauereiarbeiter einen langen Streik durchgeführt, um zu verhindern, daß der Bau einer vollautomatischen Anlage in Fredericia Entlassungen in Kopenhagen zur Folge hatte. Seitdem verlangen sie in einem Rahmenabkommen, daß 70% der Produktion weiterhin in Kopenhagen stattfindet, daß Tuborg und Carlsberg zwei selbständige Einheiten bleiben und die Beschäftigung bis 1985 gesichert ist.

z.anb.Wien. **Die 5000 Beschäftigten des Fotokonzerns EUMIG haben einen wichtigen Teilerfolg im Kampf gegen 1060 Kündigungen der Konzernleitung errungen.** Die sozialdemokratischen Betriebsräte der Zweigwerke haben letzte Woche sämtliche Kündigungslisten zurückgewiesen. Unter der Regie der *Länderbank* (Chef: Finanzminister Androsch) sind diese Kündigungen als „Notoperation" für eine neue Stufe der Weltmarktschlacht gegen die „asiatische Konkurrenz" eingeleitet worden, nachdem ein erster Versuch im November 1978 gescheitert war. Damals, als sich der Ausbau der Produktion von Polaroid-Kameras für den US-Markt als Reinfall abzeichnete, sollten 600 Arbeiterinnen entlassen werden. Regierung und Konzernleitung wurden in Verhandlungen gezwungen. 200 Arbeiterinnen mußte eine Umschulung gezahlt werden. Jetzt sieht die SPÖ-Regierung ihre „Arbeitsplatzsicherung" empfindlich angeschlagen und erklärt die Entlassungen zur „Privatsache" der Kapitalisten.

Medizinstudenten setzen Erteilung der Approbation durch

z.dow. „... Wir haben uns heute hier versammelt, um über die geplante 3. AO-Novelle zu diskutieren, die für uns eine weitere Verschlechterung unserer Ausbildung bringen soll durch zusätzliche mündliche Prüfungen und die Verlängerung der Ausbildung um ein Jahr, in dem wir zusätzlich zum Praktischen Jahr unsere Arbeitskraft kostenlos oder zumindest minderbezahlt unter rechtlosen Bedingungen im Krankenhaus abliefern sollen ... Wir teilen die Kritik an der Ausbildung, die auch unsere ehemaligen Kommilitonen Heinz Kaiser und Hannelore Gal im WS 76/77 geführt haben, als sie sich gegen die Neueinführung einer Klausur in Chirurgie und gegen Anwesenheitskontrollen in der Vorlesung wandten und stattdessen für die Verbesserung der praktischen Unterweisung im Kurs eintraten. Wir treten genauso wie die Studenten im bundesweiten Streik 1977 für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr ein ...

Wir wenden uns daher gegen den Versuch, Studentenvertreter für kollektive und gerechtfertigte Aktionen der Studenten aburteilen zu wollen und bekräftigen die von vielen Medizinstudenten bereits an den Rektor gerichtete Aufforderung, die Strafanträge zurückzunehmen. Darüberhinaus sind wir empört, daß das Regierungspräsidium offenbar auf Weisung der Landesregierung Heinz Kaiser die Approbation als Arzt verweigert ... Wir werden es jedenfalls nicht hinnehmen, daß Sie Heinz Kaiser aus eindeutig politischen Gründen die Approbation verweigern und damit die Interessen der Mehrheit der Studenten mit Füßen treten wollen. Wir fordern Sie auf, Heinz Kaiser unverzüglich die Approbation zu erteilen!“.

Diese Erklärung wurde mit einer Gegenstimme und acht Enthaltungen von der großen Mehrheit der 300 bis 400 Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung der Fachschaft Medizin Heidelberg gegen die 3. AO-Novelle verabschiedet. Ähnliche Erklärungen schickten verschiedene Semestergruppen Medizin Heidelberg, die Fachschaft Medizin, die studentischen Mitglieder der Medizinischen Fakultätsräte, PJ-Studenten verschiedener Lehrkrankenhäuser und eine Reihe von Ärzten, u.a. die ganze Innere Abteilung des Lehrkrankenhauses Heilbronn, an das Regierungspräsidium Stuttgart. Am 17.1., als die Medizinstudenten in Heidelberg eine Pressekonferenz veranstalteten, erteilte das Regierungspräsidium schließlich die Approbation und gab bekannt, daß der Beschluß auf Verweigerung aufgehoben sei.

Im Prozeß gegen die beiden ehemaligen Fachschaftsvertreter vor dem Heidelberger Amtsgericht müssen jetzt drei weitere Anklagepunkte wegen Hausfriedensbruch eingestellt werden, da der Strafantrag zu spät gestellt wurde. Außerdem mußte das Gericht anerkennen, daß Heinz Kaiser trotz seiner Relegation seine Aufgaben als Fachschaftsvertreter auf Beschluß der Studenten wahrgenommen hat. Am Freitag, den 25.1., beginnen die Plädoyers.

12. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall

Anträge der Ortsjugendausschüsse / Beschlüsse der Jugendkonferenzen 1974 und 1977

z.hej. Vom 24.–26. April findet die 12. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall statt. „Wir kämpfen für unsere Zukunft: in antifaschistischer Tradition, gegen reaktionäre Entwicklungen!“, lautet das festgelegte Motto. Denken sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung und die im Anhang ausgehaltenen Revisionisten der DKP, die Arbeiterjugend gegen Faschismus und die Reaktion in der Person von Strauß im kommenden Bundestagswahlkampf für die SPD zu mobilisieren? Die Zusammenstellung der uns bisher bekanntgewordenen Anträge und der Beschlüsse gibt deutlich Aufschluß, daß die Arbeiterjugend ihre Erfahrungen im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und dem Staatsapparat in der Gewerkschaft zusammenfaßt. Aus dem breiten Spektrum der Themen haben wir die Forderungen zur Jugendarbeit im Betrieb, zum Manteltarifvertrag und zum Jugendarbeitsschutz nicht dokumentiert. Die Revisionisten werden über Anträge wie Frieden und Abrüstung versuchen, ihre Linie – die Expansion der Sozialimperialisten gegen die Völker der Dritten Welt zu rechtfertigen – der Gewerkschaftsjugend aufzudrücken.

A) Tarifpolitik für Auszubildende

1974: Forderungen für jugendliche Arbeitnehmer und Auszubildende müssen gemeinsam mit den älteren Kollegen entwickelt werden. – Perspektive Existenzsicherung für Auszubildende – Streichung der unteren Lohngruppen – lineare Lohnerhöhungen und gleiche Geldbeträge als Forderung. – Aufkündigung der Schlichtungsvereinbarung in der Metallindustrie, kein Neuabschluß – Einstellung der Mitarbeit in der Konzertierten Aktion.

1977: Existenzlohn für Auszubildende, keine Festlegung der Forderungsart – Streichung der Altersklassenschlüssel und der Leichtlohngruppen.

1980: OJA Hamburg: 60% vom Facharbeiterecklohn für alle Lehrjahre gleich. OJA Münster: Langfristig soll als einheitliche Forderung 60% vom Facharbeiterlohn für alle Auszubildenden durchgesetzt werden. OJA Ludwigshafen-Speyer: Zielsetzung künftiger Tarifpolitik für die Auszubildenden ist die Anbindung der Ausbildungsvergütungen an den Facharbeiterecklohn. Als erste Zielmarke sehen wir mittelfristig die Durchsetzung einer Vergütungshöhe von 2/3 des Facharbeiterecklohnes.

B) Berufsausbildung

1974: Für ein neues Berufsausbildungsgesetz und Forderungen zur Stufenausbildung.

1977: Stufenausbildung: Gegen die weitere Einführung von Stufenausbildung – die Ausbildungsverträge müssen über 3½ Jahre abgeschlossen werden. Berufsgrundbildungsjahr: Für die Einführung des BGJ in schulischer Form bei Anrechnung auf die Ausbildungszeit, kein Qualifikationsnachweis und Ausbildungsvergütung während des BGJ.

1980: OJA Hamburg: Berufsgrundbildungsjahr – Keine flächendeckende Einführung des BGJ – a) Inhalte beruflicher Grundbildung dürfen nicht an Unternehmerinteressen Schwerpunkte im ersten Jahr der Berufsausbildung sind abzulehnen. c) Die volle Anrechnung des BGJ muß uneingeschränkt für alle Berufe erhalten bleiben, die Ausbildung darf nicht ohne erkennbare Verbesserung der Ausbildungsqualifikation verlängert werden. d) Die Fortsetzung der Ausbildung in der Fachstufe muß – vor Eintritt in das BGJ – gesichert werden. e) Das Familieneinkommen darf nicht durch Wegfall der Ausbildungsvergütung reduziert werden. Die Unternehmer sollen die berufliche Bildung finanzieren. f) Gewerkschaftliche Vertretungsrechte und Rechte der Betriebsräte und Jugendvertreter müssen auch in der Berufsschule gesichert sein.

C) Energiepolitik

1974: Forderung nach Vergesellschaftung der Energiewirtschaft.

1977: Die Entschließung zur Kernenergie schließt mit der Auffassung der Jugendkonferenz, daß der Weiter- und Neubau von Kernkraftwerken in der derzeitigen Situation nicht zu verantworten ist.

1980: OJA Münster: Sofortige Einstellung der im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke, Baustopp für alle sich im Bau befindlichen Kernkraftwerke und anderer sich in unserem Land befindlichen Atomanlagen, Überführung der Energiekonzerne in Gemeineigentum und demokratische Kontrolle unter Einbeziehung der Bevölkerung und des DGB, langfristige Sicherung der Arbeitsplätze durch die beschleunigte Erforschung und Anwendung der einheimischen Energieträger Kohle und anderer Energiearten wie Sonne, Wasser und Wind.

D) Wehrpflichtige

1974: Für demokratische Rechte der Soldaten – Herabsetzung des Wehr- und Zivildienstes auf 12 Monate – Erhöhung des Wehrsolds – Auflösung der Militärblöcke – sowie Anträge zur Begrenzung des Rüstungsetats und Kriegsdienstverweigerung.

1977: Gegen die beabsichtigte Erhöhung der Dauer (von derzeit 16 auf 18 Monate) des Zivildienstes. – Es wird versucht, an jedem Standort der Bundeswehr gewerkschaftliche Soldatengruppen aufzubauen ... Es müssen eine geregelte Arbeitszeit, ein Ausgleich für Wochenenddienste, eine ausreichende Bezahlung sowie das Recht auf eine effektive Interessenvertretung erreicht werden.

1980: OJA Hamburg: 40-Stundenwoche für Wehrpflichtige – Für jeden Zusatzdienst muß ein ebenso langer Dienstausgleich gewährt werden – 6 Wochen Urlaub – Abschaffung der Formalausbildung u.a. – 70% des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes für Wehrpflichtige – Rechte der Vertrauensleute, nur absetzbar von Wahlberechtigten, Vertretungskörperschaften auch über die Ebene der Kompanie, z.B. Bataillon.

E) Internationale Solidarität

1974: Annahme von Anträgen gegen den Militärputsch in Chile.

1977: Südafrika: ... unterstützen den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus. Sie unterstützen die Ziele der afrikanischen Völker nach vollständiger Selbstbestimmung ... Der Kampf der Völker im südlichen Afrika ist ein entscheidender Beitrag für die Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ... gefordert wird, eine Spendensammlung für die Befreiungsbewegungen durchzuführen.

1980: OJA Hamburg: Der Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt soll unterstützt werden – Anerkennung der Befreiungsbewegungen und der Beschlüsse der UNO-Generalversammlung durch die Bundesregierung – Für das Recht der Völker auf Selbstbestimmung ihrer eigenen Interessen und nationale Unabhängigkeit.

ÖTV/Bund gewerkschaftlicher Ärzte für Tarifvertrag im Praktischen Jahr

z.elf. Die Gewerkschaft ÖTV / Abteilung Bund gewerkschaftlicher Ärzte ist durch ein Mitglied des Vorstandes in der „Kleinen Kommission zu Fragen der ärztlichen Ausbildung und der künftigen Entwicklung im Bereich des ärztlichen Berufsstandes“ vertreten, die gegenwärtig im Auftrage des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit die 3. Novelle der Approbationsordnung (AO) der Medizinstudenten berät. In einer Sonderinformation für Ärzte und Absolventen des Medizinstudiums / Dezember '79 hat sie unter anderem folgendes erkärt: „Auch ein obligatorisches Krankenpflegepraktikum (zu Beginn des Studiums) muß abgelehnt werden ... Der Absolvent im Praktischen Jahr (erbringt) Leistungen, die vergütet werden müssen ... Die Gewerkschaft

um Anspruch auf volle Bezahlung hat, denn er erbringt – auch wenn dies unter kollegialer Anleitung geschieht – ärztliche Leistungen ... Damit soll auch der Gefahr vorgebeugt werden, daß Teilapprobation mit Teilbezahlung gleichgesetzt wird ... Als Interessenvertreterin aller Beschäftigten im Gesundheitswesen wird sie darauf achten, daß bessere Ausbildungsbedingungen für Ärzte nicht zu Lasten des übrigen Personals gehen. Die ÖTV setzt sich dafür ein, die für die Ausbildung und Anleitung erforderlichen Stellen zu schaffen.“



den durchgesetzt werden. OJA Ludwigshafen-Speyer: Zielsetzung künftiger Tarifpolitik für die Auszubildenden ist die Anbindung der Ausbildungsvergütungen an den Facharbeiterecklohn. Als erste Zielmarke sehen wir mittelfristig die Durchsetzung einer Vergütungshöhe von 2/3 des Facharbeiterecklohnes.

B) Berufsausbildung

1974: Für ein neues Berufsausbildungsgesetz und Forderungen zur Stufenausbildung.

1977: Stufenausbildung: Gegen die weitere Einführung von Stufenausbildung – die Ausbildungsverträge müssen über 3½ Jahre abgeschlossen werden. Berufsgrundbildungsjahr: Für die Einführung des BGJ in schulischer Form bei Anrechnung auf die Ausbildungszeit, kein Qualifikationsnachweis und Ausbildungsvergütung während des BGJ.

C) Energiepolitik

1974: Forderung nach Vergesellschaftung der Energiewirtschaft.

1977: Die Entschließung zur Kernenergie schließt mit der Auffassung der Jugendkonferenz, daß der Weiter- und Neubau von Kernkraftwerken in der derzeitigen Situation nicht zu verantworten ist.

1980: OJA Münster: Sofortige Einstellung der im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke, Baustopp für alle sich im Bau befindlichen Kernkraftwerke und anderer sich in unserem Land befindlichen Atomanlagen, Überführung der Energiekonzerne in Gemeineigentum und demokratische Kontrolle unter Einbeziehung der Bevölkerung und des DGB, langfristige Sicherung der Arbeitsplätze durch die beschleunigte Erforschung und Anwendung der einheimischen Energieträger Kohle und an-

den Militärputsch in Chile.

1977: Südafrika: ... unterstützen den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus. Sie unterstützen die Ziele der afrikanischen Völker nach vollständiger Selbstbestimmung ... Der Kampf der Völker im südlichen Afrika ist ein entscheidender Beitrag für die Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ... gefordert wird, eine Spendensammlung für die Befreiungsbewegungen durchzuführen.

1980: OJA Hamburg: Der Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt soll unterstützt werden – Anerkennung der Befreiungsbewegungen und der Beschlüsse der UNO-Generalversammlung durch die Bundesregierung – Für das Recht der Völker auf Selbstbestimmung ihrer eigenen Interessen und nationale Unabhängigkeit.

ÖTV/Bund gewerkschaftlicher Ärzte für Tarifvertrag im Praktischen Jahr

z.elf. Die Gewerkschaft ÖTV / Abteilung Bund gewerkschaftlicher Ärzte ist durch ein Mitglied des Vorstandes in der „Kleinen Kommission zu Fragen der ärztlichen Ausbildung und der künftigen Entwicklung im Bereich des ärztlichen Berufsstandes“ vertreten, die gegenwärtig im Auftrage des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit die 3. Novelle der Approbationsordnung (AO) der Medizinstudenten berät. In einer Sonderinformation für Ärzte und Absolventen des Medizinstudiums / Dezember '79 hat sie unter anderem folgendes erkärt: „Auch ein obligatorisches Krankenpflegepraktikum (zu Beginn des Studiums) muß abgelehnt werden ... Der Absolvent im Praktischen Jahr (erbringt) Leistungen, die vergütet werden müssen ... Die Gewerkschaft ÖTV (fordert) eine Änderung der AO. Ziel ist dabei, die Arbeitsbedingungen und Ausbildungsinhalte der Absolventen im ‚Praktischen Jahr' tarifvertraglich abzusichern ... Dagegen lehnt die ÖTV zusätzliche mündliche Prüfungen bei der bestehenden Studienorganisation und Fächervielfalt ab. Sie würden nur zu größeren Studienbelastungen, nicht aber zu einer Verbesserung der Ausbildungsqualität führen ... Für die Gewerkschaft ÖTV ist es selbstverständlich, daß jeder Arzt in der Weiterbildung nach sechsjährigem Studium Anspruch auf volle Bezahlung hat, denn er erbringt – auch wenn dies unter kollegialer Anleitung geschieht – ärztliche Leistungen ... Damit soll auch der Gefahr vorgebeugt werden, daß Teilapprobation mit Teilbezahlung gleichgesetzt wird ... Als Interessenvertreterin aller Beschäftigten im Gesundheitswesen wird sie darauf achten, daß bessere Ausbildungsbedingungen für Ärzte nicht zu Lasten des übrigen Personals gehen. Die ÖTV setzt sich dafür ein, die für die Ausbildung und Anleitung erforderlichen Stellen zu schaffen.“



Bundesweiter Medizinerstreik 77/78: Abschlußdemonstration in Bonn.

Die senegalesische Schuljugend kämpft gegen Neokolonialismus und frankophone Unterdrückung

z.inl. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. „Der Senegal ist eines der wenigen Länder der Welt, wo Lateinunterricht in der Oberschule obligatorisch ist ... In der Tat ist Latein ... vor allem Vermittler der Zivilisation.“ So zu lesen in den „Marchés Tropicaux“, der Zeitschrift für die Kapitalinteressen in der Dritten Welt. In der Tat – das senegalesische Erziehungswesen ist vollständig von der „Zivilisation“ der französischen Imperialisten geprägt.

Von den sechs nationalen Sprachen des Senegal wird woolof als alte Verkehrssprache von 80% der Bevölkerung verstanden und gesprochen. Aber woolof wird in der Schule nicht geredet. Vom ersten Tag an ist der ganze Unterricht in Französisch. 31% der Kinder im Schulalter gehen eine Zeitlang in die Grundschule, aber längst nicht 31% der über eine Million Kinder verlassen sie mit einem Abschluß. Die 30% privaten Grundschulen von insgesamt 1600 sind wegen der Kosten den Kindern der Bauernmassen und der Arbeiter verschlossen. Aber auch an den öffentlichen Schulen müssen die Bücher selbst gezahlt werden. Weil sie bei der Feldarbeit helfen, werden die Schüler zur Wiederholung der Klassen gezwungen, und das heißt dann meist, daß sie ganz wegbleiben müssen. Die übrigbleiben, werden beim Übergang zur Oberschule nochmals kräftig gesiebt: 18% bestanden 1976 die Prüfungen.

Noch heute sind, im Rahmen „technischer Hilfeleistung“, etwa ein Fünftel der Lehrer Franzosen. Und wie zu Kolonialzeiten wird noch heute Geschichte in der Grundschule aus Büchern gelehrt, die über „unsere berühmten Ahnen, die Gallier“ berichten. Gegen diese Formen frankophoner Unterdrückung, die das senegalesische Volk seiner Sprachen, seiner nationalen Identität und Würde beraubt, kämpfen die Schüler und Studenten seit über einem Jahrzehnt. Sie fordern Alphabetisierung in den nationalen Sprachen und unentgeltlichen Unterricht für alle: damit die Neokolonialisten nicht ungelernte Arbeitskraft billigst ausbeuten können – 1970 hatten 5,9% der Erwerbstätigen einen Hauptschulabschluß – und damit das Wissen der sozialen Befreiung dient. Am 10.1. demonstrierten die Schüler in Ziguinchor, das Haus des Bürgermeisters und des Direktors brannten. Die Polizei erschoß einen Demonstranten, mehrere wurden verletzt. Tags darauf streikten die Schüler in Kolda.

Für Ausbildungs- und Tarifvertrag / Gewerkschaftliche Unterstützung

r.sab. Im Laufe der Auseinandersetzungen um ein Hochschulrahmengesetz festgelegte Studienreform haben verschiedene Einzelgewerkschaften ihre Vorschläge zur Reform der Studiengänge veröffentlicht. Im Wesentlichen geht es ihnen dabei um eine „Reform der Lehrinhalte“. Die drückenden Studienbedingungen werden oft nur am Rande behandelt. Aber gerade gegen diese Studienbedingungen richten sich die Kämpfe der Studenten. In Auseinandersetzung um die Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag für Studenten verstärken sich jetzt die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und studentischen Vertretungsorganen.

Die Arbeitsgruppe „Soziales“ des AStA TU Braunschweig will mit DGB und ÖTV Kontakt aufnehmen, um die Frage der gewerkschaftlichen Organisierung von Studenten zu beraten, weiterhin will sie mit den örtlichen Gewerkschaftsvertretern in den Versicherungen über die Aufnahme der Studenten in die Sozialversicherungen beraten. Im November 1979 hat bereits die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz in Nürnberg einstimmig den Antrag an den ÖTV-Landes- und Hauptvorstand verabschiedet, den §4 der Satzung dahingehend zu ändern, daß auch Studenten Mitglieder der ÖTV werden können.

Ein direkter Fortschritt für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag ist der vom Vorstand aller Agrarfachschaften und der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft mit tariflicher Regelung. In diesem Vertrag sind die Rechte des Praktikanten, sowie Vergütung, Ausbildungszeit, Urlaub und Überstunden gemäß tarifvertraglicher Vereinbarungen festgelegt. Die Verhandlungen mit den Kapitalistenverbänden laufen jetzt an. Ebenso vertritt die IG Bau-Steine-Erden in ihren Informationen zur „Hochschulausbildung für das Berufsfeld Planen und Bauen“ die Forderung nach Vertretung der Praktikanten durch den Betriebsrat und tarifliche Festlegung der Arbeitsbedingungen. Auch hier ist es an der Zeit, daß die Fachschaften Architektur, Bauingenieurwesen und Raumplanung gemeinsam mit der IG-Bau-Steine-Erden einen Entwurf für einen Tarifvertrag für Praktikanten erarbeiten.

Direkt auf die Forderungen der Studenten eingegangen ist jetzt die IG Chemie. In einem vom Hauptvorstand im Dezember herausgegebenen Flugblatt zu den Prüfungen fordert die IG Chemie die Abschaffung der mündlichen Vordiplom- und Diplomprüfungen. Diese Forderung wird auch von verschiedenen Fachschaften aufgestellt, dienen doch diese Abschlußprüfungen nicht dem Nachweis der Kenntnisse, sondern nur der Unterwerfung. Deshalb fordert die IG Chemie pro Prüfungsfach einen studienbegleitenden Leistungsnachweis (zu Praktika oder Vorlesungen), der die Qualifikation des Studenten nachweist. Ein Fortschritt wäre es, wenn die Bundesfachtagung Chemie im Mai auf Grundlage dieser Forderung gemeinsame Schritte mit der IG Chemie beschließt.

Universität Hannover: Fortsetzung des Kampfes für Anerkennung des AStA

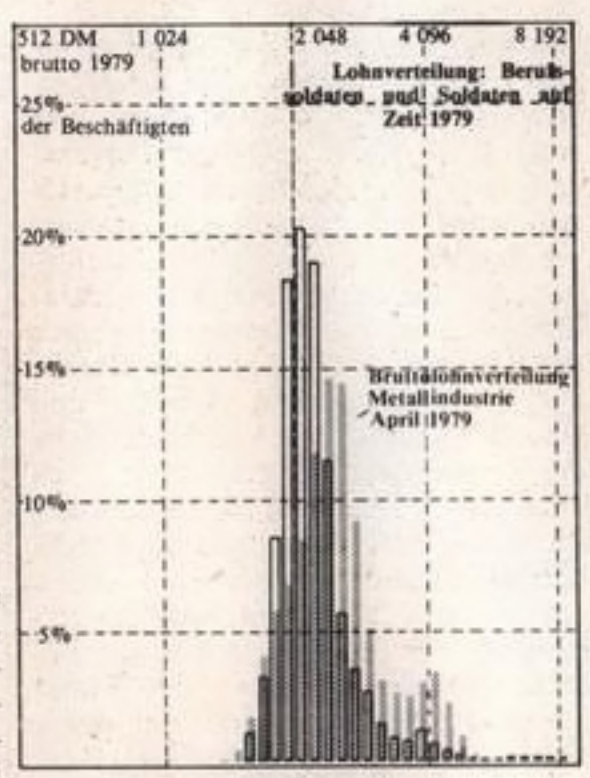
r.frd. Nach Monaten der Kandidatensuche haben Ministerium und Universität jetzt Wahlen nach ministerieller Wahlordnung und Satzung angesetzt. Der von den Studenten gewählte AStA und die Fachschaften rufen zum Wahlboykott auf. Die Aufgaben der selbständigen Vertretungsorgane der Studenten wurden jetzt auf zahlreichen Veranstaltungen – vor allem an den Fachschaften – diskutiert. Schwerpunktthemen sind die Studiensituation und gewerkschaftliche Rechte. Teils wurde gleich an die Durchsetzung der Forderungen gegangen. Z.B. hat die Fachschaft Elektrotechnik beschlossen, daß 5 Veranstaltungen jeden Tag in der Mittagszeit die Themen Prüfungen, Praktikum, Ingenieure im Betrieb, Erstsemesterprobleme, Probleme der Technologie. Am Fachbereich Jura wurde u.a. in Zusammenarbeit mit der ÖTV das Thema „Interessenvertretung in der Justiz und im Praktikum“ erörtert.

Die Geschichtsstudenten befragten einen Professor bezüglich seiner vermuteten Mitarbeit in der Kommission für einen neuen Lehrerprüfungsordnungsentwurf. Der Fachschaftsrat Wirtschaftswissenschaften besprach mit den Studenten in der Mathematikvorlesung Forderungen nach Verbesserung der Studienbedingungen; andere Professoren mußten angekündigte Prüfungsverschärfungen im Vordiplom endgültig zurückziehen. Auch die Sportstudenten führten Informationsstände durch. Auf ihrer Vollversammlung sprachen sie sich für die Aufhebung des Verbots gegenüber Lehrlingen der Continental-Werke aus, im Institut Sport zu treiben.

Die Architekturstudenten führten eine Veranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Kampuchea durch.

Schönfärberei, aber auch Sorgen in Apels Bundeswehrsozialbericht

z.hev. Bundesverteidigungsminister Apel hat den Bericht „Die soziale Lage in der Bundeswehr" vorgelegt. Er ist eine Propagandaschrift geworden mit dem Fazit: den Berufs- und Zeitsoldaten geht es gut, und der „hohe Standard sozialer Sicherung" wird fortentwickelt. Aber: Das Augenmaß für Mögliches dürfe nicht verloren gehen und das Erreichte nicht gering geachtet werden. Sonst drohe durch „immer neue, nicht selten unerfüllbare Ansprüche nichtbegründete Unzufriedenheit in der Truppe". Dies verstelle dann den Blick für die wirklichen Probleme der Bundeswehr. Laut Bericht verdiente ein Unteroffizier, 27 Jahre, verheiratet, 1 Kind, Zeitsoldat und Kfz-Mechaniker im Dezember '79 einschließlich vermögenswirksamer Leistungen, Weihnachts- und Urlaubsgeld und allgemeiner Zulage 1925,91 DM netto; ein Hauptbootsmann, 41 Jahre, 2 Kinder, Berufssoldat, Elektronikmeister auf einem Zerstörer 2776,63 DM; ein Hauptmann, 32 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, Zeitsoldat 12 Jahre 3008,26 DM. Ein Blick auf den Lohnverteilungsvergleich von Berufs- und Zeitsoldaten und der Metallindustrie vom April 1979 (erstmals veröffentlicht im Spezialnachrichtendienst 38/79 Öffentliche Dienste der Kommunistischen Volkszeitung) zeigt, daß die Masse der Soldaten, die sich länger oder als Berufssoldaten verpflichtet haben, schlechter dasteht als die Beschäftigten der Metallindustrie. Das aber ist die Grundlage, auf der Apel die unerfüllbaren Ansprüche auf sich zukommen sieht. Verschiedene Zulagen in der Luftwaffe, der Marine oder speziellen Kommandos und hochqualifizierten Tätigkeiten können diesen Unterschied höchstens wettmachen, ganz selten nur über die Bezahlung vergleichbarer Tätigkeiten in der Metallindustrie heben.



Diese Zulagen sind Legion. Da gibt es Amtszulagen für Ober- und Hauptfeldwebel „für herausgehobene Funktion" und für den Generalinspekteur der Bundeswehr. Für den Oberfeldwebel sind das beispielsweise 38,97 DM im Monat, für den Generalinspekteur 376,79 DM. Stellenzulagen gibt es für Geländedienst, Fachpersonal bei Strahlflugzeugen, fliegendes Personal, den Kompaniefeldwebel, die Flugsicherungslotsen und Feldjäger und für die Prüfer von Luftfahrtgerät. Sie liegen zwischen 30 und 450 Mark. Weiter die Erschwerniszulagen z.B. für „Dienst zu ungünstigen Zeiten" (0,75 bis 1,25 DM/Stunde) oder für Testpiloten (200 bis 300 DM/Monat), insgesamt 15 verschiedene Qualitäten. Endlich Aufwandsentschädigungen wie Bordzulage, Fallschirmspringerzulage oder Fliegerzulage, zusammen 8 verschiedene. Und zuletzt seit dem 1. Januar dieses Jahres eine „Vergütung für Spitzendienstzeiten", d.h. bei mehr als 56 Wochenstunden im Jahres*durchschnitt* (90 Mark/Monat bzw. 1,80 täglich bei Wehrpflichtigen).

Die Zulagen sind eine Falle, nur ein ganz kleiner Teil ist „ruhegehaltsfähig", sie werden also auf die Pension nicht angerechnet. Fast die Hälfte der Zulagen sind seit 1969 eingeführt worden, praktisch mit Eintritt der SPD in die Regierung. Im Gegensatz zur Industrie, wo Zulagen mit der vermehrten Verausgabung von Arbeitskraft verbunden sind, gibt es sie beim Bund nur gebunden an bestimmte Posten oder Tätigkeitsmerkmale, was eine verschärfte Konkurrenz unter Unteroffizieren und Offizieren um die höchstdotierten Posten zur Folge hat und sich jetzt wegen des „Karrierestaus" (nach Apel „Beförderungs- und Verwendungsstau") die Lage weiter zuspitzt. Alle derzeit diskutierten „Lösungsmöglichkeiten" bergen riesigen Zündstoff. Von einer eventuellen Möglichkeit einer frühzeitigen Pensionierung würden gerade qualifiziertere Offiziere Gebrauch machen, die anderen fänden z.Zt. keine Arbeit. Um junge und belastbare Offiziere auf Kommandeursposten zu hieven, wäre ein Bewertungssystem nötig, das den Kessel explodieren lassen würde: „Frühzeitige, ausschließlich auf eigene Karriere gerichtete Konkurrenzhaltung würde die im Offizierskorps unerläßliche Kameradschaft belasten." Es schwänden „Einfallsreichtum", „Dynamik" und „Verantwortungsfreude". Eine Lösung des Problems habe Priorität in der nächsten Legislaturperiode. Sie geht in Richtung „mehr Planstellen" für junge Offiziere und schnelleres Hinausbefördern der alten. Bei den Preußen gab's dafür einen Posten im Öffentlichen Dienst.

Innenminister Hirsch (NRW) mit Spezialkuren und Doppelfenstern gegen Forderungen der Polizisten

r.rej. Des NRW-Innenministers Prinzip, zur Freiheit gehöre die Leistungsbereitschaft, wird von seinen Polizeitruppen nicht so verstanden, wie er das gerne hätte. Am 10.12.1979 hatten gewerkschaftlich organisierte Polizisten in Aktionen gegen Wechselschicht und Überstunden folgende Forderungen erhoben: „Arbeitszeitverkürzung, Verlängerung des Jahresurlaubs und verbesserte gesundheitliche Für- und Vorsorge". Am 9.1.1980 wurden dazu weitere Aktionen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im WDR angekündigt und Vorschläge von Innenminister Hirsch wie Frühverrentung als unzureichend zurückgewiesen.

Am gleichen Tag konnte man im „Westfalen-Blatt" lesen: „Vom Streß, dem sie insbesondere durch den Wechselschichtdienst ausgesetzt sind, ferner aber auch von Wohlbeleibtheit und Tabaksgenuß will der nordrhein-westfälische Innenminister Burkhard Hirsch (FDP) seine Polizisten allmählich heilen." Er strebe „vorbeugende medizinische Maßnahmen wie Bewegungstraining und ein Programm zur Gesundheitserziehung gegen Streß, Überernährung, Bewegungsmangel und Nikotin" an. „Dem Streß der Uniformträger will Hirsch aber nicht nur mit seinen Spezialkuren entgegenwirken, er sorgt sich inzwischen auch um den ruhigen Schlaf seiner Schupos. Aus diesem Grund hat der Minister zunächst 1,5 Millionen Mark in den Landeshaushalt eingesetzt, um mit diesem Geld Polizistenwohnungen möglichst schalldicht zu isolieren... (durch) lärmschluckende Doppelverglasung der Fenster und schallisolierende Türen."

Das Ganze ist nicht nur frech, sondern – was die Doppelverglasung betrifft – eine Seifenblase. Der Lärmschutz geht zurück auf einen Erlaß des Innenministers von 1979 und gilt für Schlafräume von Polizeibeamten in besonders lärmbelästigten Gebieten. Der Beamte muß sich verpflichten, fünf Jahre in der Wohnung zu bleiben und der Hauseigentümer muß dem Umbau zustimmen. Nach Auskunft der Bezirksvertretung der GdP in Detmold erwies sich das als eine selten benutzte und somit billige Einrichtung. Auch der Nichteinsatz von Polizisten über 50 Jahre im Wechselschichtdienst ist nichts Neues vom Minister, sondern längst von den Beschäftigten durchgesetzt.

Seit Mai 1979 kämpfen die gewerkschaftlich organisierten Polizisten schwerpunktmäßig gegen die Arbeitsbedingungen in Wechselschicht und haben nicht vor, sich davon abbringen zu lassen. Beschlossen und eingeleitet sind folgende Aktionen: eine Unterschriftensammlung bis zum 21.1.80, deren Ergebnis in einer Zeitung der GdP veröffentlicht wird, in der genauer auf die angegriffenen Arbeitsbedingungen eingegangen werden soll, und für den 4.3.1980 eine zentrale Kundgebung in Köln. Stützen werden sich die Polizisten dabei auf z.Zt. laufende Untersuchungen über die Belastungen der Polizisten im Wechselschichtdienst, worüber Gutachten erstellt werden.

Probleme dieser Aktionen rühren aus der Ungenauigkeit der Forderungen auf der einen Seite, vor allem aber aus dem besonderen Dienstrecht und dem Auftrag der Polizei, an dem die sozialdemokratischen Vorstandsebenen in der GdP ziemlich festhalten. So findet man die GdP über die Polizeidienststellen und nicht über die Vertretungen des DGB.


Über 50 Polizisten beteiligten sich am 10.12.79 allein in Bielefeld an Aktionen der GdP.

Doppelt so viele Reservisten ab 1981 – Der Kanzler braucht Soldaten

z.gug. Am 17.1.80 schrieb die Süddeutsche Zeitung: „Auf Grund der neuen Heeresstruktur der Bundeswehr wird ab 1981, wie der Präsident der Wehrbereichsverwaltung II, Karl-Heinz Backes mitteilte, die Zahl der zu Wehrübungen einzuberufenden Reservisten um knapp 50% zunehmen." Mehr Soldaten will des Kanzlers Kriegsminister für die Aufstockung der Panzerbrigaden von 12 auf 17 und den Ausbau der Heimatschutztruppen in brigadeähnliche Einheiten, ergänzt durch 6 zusätzliche schwere Regimenter von Geräteeinheiten – so sieht die Heeresstrukturreform 4 es vor. Apel dazu im November 1978 im Westdeutschen Rundfunk: „Es gibt nicht einen zusätzlichen Soldaten in der Bundeswehr ..." und ließ darauf im Weißbuch 79 darlegen, wie er sich die Lösung des Problems ersonnen hatte: „Mit der neuen Struktur werden die organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß mehr Verfügungsbereite als bisher eingesetzt werden können. Die gesetzliche Grundlage hatte der Deutsche Bundestag bereits am 24. Januar 1975 ... beschlossen: „Die Dauer der Verfügungsbereitschaft wurde von drei Monaten auf ein Jahr ausgedehnt. Damit die gekaderten Verbände des Feld- und Territorialheeres in Zeiten politischer Spannung rasch aufwachsen ... müssen diese Verbände im Frieden verbandsweise üben. Darum wird die Zahl der für Wehrübungen verfügbaren Plätze um rund 50% erhöht. Künftig werden allein im Heer statt bisher nur 130000 jährlich 210000 Reservisten üben – die meisten in der für sie vorgesehenen Einheit bei den Verfügungstruppen des Territorialheeres." Die „gekaderten Verbände" werden sein Wehrpflichtige und Zeitsoldaten, die nach der Dienstzeit in die Verfügungsbereitschaft einberufen werden und auf Anordnung des Verteidigungsministers Wehrdienst leisten müssen. Die Aussagen des Herrn Backe von der Wehrbereichsverwaltung deuten darauf hin, daß mit denjenigen, die 1981 ihre Dienstzeit beenden, der Anfang gemacht werden soll. Möglicherweise ergibt sich daraus auch der Zusammenhang zu den auf den Einberufungsbefehlen teilweise aufgetauchten Bemerkungen auf längere Dienstzeit. Mit diesem Verfahren erhöht Apel nicht nur die Einsatzreserve der nicht unter NATO stehenden Heimatschutztruppen, für die es ja hauptsächlich gelten soll und die gleichzeitig mit der Umstrukturierung mit entsprechendem Gerät und Waffen, u.a. dem Leopard 1 ausgestattet werden. Er spart dabei auch eine Stange Lohnkosten. Diesen Vorzug hatte bereits sein Vorgänger Hassel, der 1963 die Anordnung zur Aufstellung des Territorialheeres mit Reservisten angeordnet hatte, vorgerechnet: „... daß in der von uns geplanten Territorial-Reserve die Kosten für einen Soldaten dieser Territorial-Reserve, der nur an einigen Tagen im Jahr zum Dienst aufgerufen wird, ansonsten aber seinem Beruf nachgeht, jährlich mit etwa 1320 DM laufenden Ausgaben veranschlagt werden müssen. Der aktiv dienende Soldat kostet ... mehr als 20000 DM im Jahr." (Bulletin der Regierung, 13.8.63)


Heimatschutztruppen, kontrolliert von Generalinspekteur Brandt

Sozialimperialistische Expansion im Nordmeer – Aufbau von Stützpunkten

Drohungen gegen Norwegen / Stützpunktaufbau auf Svalbard / Vorbereitungen zur Besetzung des Nordkaps

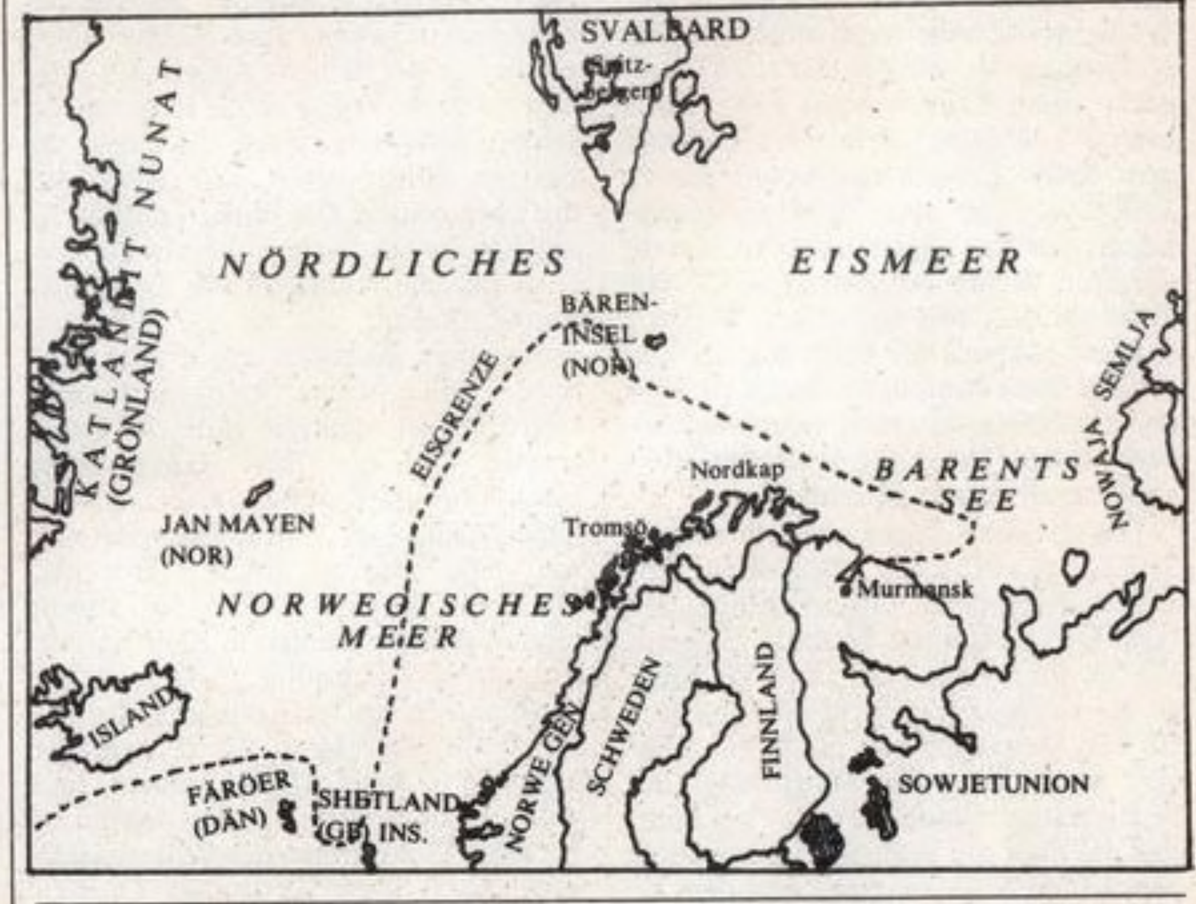
z.coi.Stockholm. 1. Januar: Der norwegische Staatsminister Nordli beurteilt in seiner Neujahrsansprache die sowjetische Invasion in Afghanistan. – 7. Januar: Der norwegische Gewerkschaftsbund fordert in einem Schreiben an den Sowjetischen Gewerkschaftsverband, „daß die sowjetische Intervention in Afghanistan aufhört und daß die SU davon Abstand nimmt, Macht und Gewalt in den Beziehungen zu anderen Nationen anzuwenden". – 11. Januar: 11000, darunter Parlamentsabgeordnete aller Parteien, demonstrieren in Oslo gegen die sowjetische Invasion.

Am 1.1. werfen die Sozialimperialisten in einer TASS-Meldung Norwegen vor, „provozierende Intrigen längs der sowjetisch-norwegischen Grenze" inszeniert zu haben. Diese „müssen als unfreundliches Verhalten gegenüber der SU aufgefaßt werden und gefährden Frieden und Sicherheit in Nordeuropa". Das norwegische Verteidigungsministerium hat die „Vorwürfe" zwar zurückgewiesen, hat aber den Sozialimperialisten gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß angesichts ihrer Invasion „gewisse Maßnahmen getroffen worden seien". Norwegen hat an der Grenze zur SU 1500 Mann stationiert, die ständig in 50%iger NATO-Alarmbereitschaft stehen. Ihnen stehen auf der anderen Seite zwei motorisierte Divisonen und eine Marinefüsilierbrigade mit insgesamt ca. 30000 Mann gegenüber. Der nächstgrößere norwegische Verband ist die Brigade Nord mit 4000 Mann bei Tromsö.

Die ungewöhnliche Grobklotzigkeit der Sozialimperialisten entspringt ihrer Befürchtung, die politische Standfestigkeit Norwegens könnte Schwierigkeiten bei den Expansionsbemühungen in Nordeuropa und der weiteren Infiltration norwegischen Territoriums bereiten. Dies ist jedoch für sie notwendig für die Beherrschung des Nordmeeres, einschließlich der Norwegischen See, um im Kriegsfall zwecks Unterbrechung der Verbindung USA – Westeuropa in den Atlantik vorzustoßen und andererseits einen möglichen Vorstoß der NATO gegen Murmansk frühzeitig abzuwehren.

Eine wichtige Position haben sie sich bereits auf Svalbard erschlichen. Unter Berufung auf das Versailler „Spitzbergenabkommen" von 1920 (s. KVZ 40/79) unterhält die SU eine Kolonie von 2500, die sich offiziell mit dem Abbau von Kohle befaßt. Gleichzeitig betreiben sie jedoch den Aufbau eines Hubschrauberflugplatzes, der zwar als ziviler Versorgungsstützpunkt ausgegeben wird, seine Größe läßt jedoch auf einen größeren militärischen Stützpunkt schließen. Heute sind dort 5 Hubschrauber des Typs MI-8 stationiert, der in Afghanistan für Truppentransporte eingesetzt wird. Sie haben ebenfalls die freundlich-zivile Aufschrift „Aeroflot". Eine besondere militärische Bedeutung erhält Svalbard für die sowjetische U-Boot-Flotte durch seine Lage am Eingang zum Eismeer. In Richtung Nordamerika und dann westlich von Grönland in den Atlantik, durch die arktische Eisdecke vor den US-U-Boot-Jägern geschützt, führt der Weg an Svalbard vorbei. Für die Flottenpassage von Murmansk durch die norwegische See in den Atlantik ist die Bären-Insel von größerem Interesse, da sie am Rande der winterlichen Eisgrenze liegt und im Gegensatz zu Svalbard eine ganzjährig eisfreie Hafenstelle hat. So schicken denn die Sozialimperialisten eine Forschungsgruppe nach der anderen dahin in der Absicht, eine permanente „Forschungsstation" einzurichten.

Ein Blick auf die Karte zeigt, welche Anziehungskraft die norwegische Insel Jan Mayen und die nördliche und nordwestliche Küste Norwegens haben müssen. Daß eine schnelle Besetzung der norwegischen Küste nicht nur zur See und aus der Luft, sondern auch zu Lande und dabei notwendigerweise über finnisches und gegebenenfalls auch schwedisches Territorium ins Auge gefaßt ist, zeigt eine vom schwedischen Verteidigungsstab bestätigte Enthüllung, daß die SU mittels ihrer Tankstellenkette Teboil mit 80 Stationen und fünf Großlagern im Norden Finnlands eine strategische Treibstoffreserve von 30 – 40 Mio. Litern angelegt hat. Politisch versucht die SU einen solchen Einmarsch in und durch Finnland mit dem Freundschafts- und Beistandspakt von 1948 abzusichern, auf den sie seit dem NATO-Raketenbeschluß vom Dezember jetzt wieder lauthals pocht. Nach Art. 1 „wird die SU Finnland die nötige Unterstützung leisten" im Falle einer gegen Finnland oder über Finnland gegen die SU gerichteten Aggression seitens Deutschlands oder seiner Alliierten. Die von Finnland herausgestellte Vorbedingung für eine „Hilfe" ist eine in vorherigen Konsultationen erzielte Übereinkunft. Doch auch hier sorgen die Sozialimperialisten vor. Die Hilferufer sind bereits parteimäßig organisiert in der revisionistischen KP Finnlands. Sie hat den Einmarsch der SU in Afghanistan öffentlich gutgeheißen.



	NATO-Atlantikflotte	Sowjet. Nordmeerflotte
Flugzeugträger	5	1
Kreuzer	1	10
Helikopterträger	–	1
Jäger und Fregatten	125	50
U-Boote	50	140
U-Boote mit strategischen Kernraketen	17	50

Supermächte drohen und schmeicheln wechselweise Ihr Ziel bleibt die Unterwerfung des Iran

z.scc. Offenkundig tun sich die USA schwer, ihre Sanktionsmaßnahmen gegen Iran in Gang zu setzen. Deutlich müssen sie erfahren, daß sie die Länder der Dritten Welt schwerlich an ihre Seite des Strangs bekommen, mit dem sie Iran erdrosseln möchten. Die Arabische Liga beharrt auf einer UN-Debatte über die iranischen Forderungen nach Auslieferung des Schah und Rückgabe der von ihm geraubten Reichtümer. Mexiko und Bangladesh enthielten sich bei der Abstimmung im Sicherheitsrat der Stimme. Die Türkei hat definitiv erklärt, sich nicht an Boykottmaßnahmen zu beteiligen; wie aber wollen die USA Iran von allen Importen abschneiden, wenn die Türkei ihre Handelswege weiterhin offenhält? Selbst die imperialistischen Verbündeten der USA zaudern, teils unter dem Eindruck der ablehnenden Haltung der Dritten Welt, teils, weil sie Konkurrenzvorteile wittern. Und schließlich hat die Internationale Transportarbeitergewerkschaft ihr angetragene Boykottmaßnahmen gegen Iran abgelehnt. In dieser Situation scheint es, als scheue Carter vor der angedrohten Seeblockade und der Verminung des Persischen Golfes zurück. Dennoch: Die 20 im Persischen Golf kreuzenden US-Kriegsschiffe, darunter zwei Flugzeugträger, stehen bereit, und sechs weitere Kriegsschiffe, darunter ein Hubschrauberträger mit einem Fassungsvermögen für 2000 Mariners, sind zur Verstärkung unterwegs.

Wie überhaupt nur die sozialimperialistische Invasion in Afghanistan den USA die Gelegenheit bot, von der versteckten zur offenen Kriegserklärung gegen Iran zu schreiten, versuchen die Sozialimperialisten, dies ihrerseits für „freundschaftliche" Umklammerung des Iran zu nutzen. Dem Veto der UdSSR im Sicherheitsrat folgte postwendend eine Erklärung, man betrachte den Freundschaftsvertrag von 1921, von Iran unlängst gekündigt, als nach wie vor gültig. Die neuen Zaren drohen offen mit militärischer Intervention.

Gegenüber den USA hält Iran an seinen Forderungen fest, wie er die tödlichen Umarmungsversuche der anderen Supermacht entschieden zurückweist. Nur, ohne die Lösung der dringendsten Probleme im Inneren ist seine Position gegenüber beiden Supermächten erheblich geschwächt.



Teheran. Ein Vertreter der US-Indianerbewegung unterstützt die Forderung nach Auslieferung des Schah.

Das korsische Volk ist keineswegs besiegt

Kampf für nationale Selbstbestimmung / Blutiger Terror der französischen Bourgeoisie

z.pel.Paris. „Ist Frankreich im Begriff auseinanderzubrechen?" Wenn der Pariser „Figaro" auch bewußt übertreibt, in die Knochen gefahren sind der französischen Bourgeoisie die jüngsten Kämpfe auf Korsika schon. Es begann am 6.1. im kleinen, nordöstlich Ajaccios gelegenen Bastelica. Dort setzen an diesem Tag Mitglieder der Union des korsischen Volkes, UPC, drei Männer fest. Der eine, Pierre Bertolini, ehemaliger Offizier der Kolonialkriege in Indochina und Algerien, gilt als Chef der Terrororganisation Francia, verantwortlich für über hundert Attentate auf korsische Nationalisten. Bei der Durchsuchung ihres Autos werden eine Pistole Smith & Wesson, eine Pistole P 38, ein Karabiner mit Infrarotsichtgerät und Walkie-Talkies gefunden. Das Verhör der beiden ergibt, daß ein Anschlag auf den Verantwortlichen der UPC im Ort geplant war. Es ergibt weiter, daß Francia vom Kabinettsdirektor des Präfekten von Ajaccio geführt wird. Die korsischen Nationalisten fordern eine Pressekonferenz in Anwesenheit des Staatsanwaltes und Untersuchungsrichters und erklären, die Gefangenen danach der Polizei übergeben zu wollen. Der Präfekt lehnt ab. Nach Unterbrechung aller Telefonverbindungen besetzen am 8.1. 200 Polizisten unter dem Schutz gepanzerter Fahrzeuge den Ort und durchkämmen Haus für Haus. Die Gefangenen werden nicht gefunden, die Polizei verhaftet 20 Einwohner.

40 Mitglieder des örtlichen UPC-Kollektivs, die Hälfte sind Bauern, erreichen in der Nacht zum 9.1. trotz polizeilicher Abriegelung Bastelicas Ajaccio und setzen sich in einem Hotel fest. Ihre Forderungen: Pressekonferenz, Festnahme der beiden Terroristen, Auflösung von Francia. Sie werden während des ganzen Tages von Demonstrationen in Ajaccio wie auch in Bastia unterstützt. Die Demonstranten verlangen die Freilassung aller inhaftierten Korsen und den Abzug aller Polizeikräfte. Der französische Innenminister läßt stattdessen massive Verstärkungen aus Frankreich einfliegen, darunter eine 30 Mann Eliteeingreiftruppe der Nationalpolizei. Die Polizei greift die Demonstranten an, die sich immer wieder neu formieren. Am Abend fallen die ersten Schüsse, ein Mitglied der Bereitschaftspolizei wird erschossen. In den folgenden Stunden geht die Staatsmacht zu hemmungslosem Terror über, Zivilpolizisten eröffnen auf mehrere Autos ohne Vorwarnung das Feuer. Ergebnis: Zwei Tote und sechs Schwerverletzte.

Am nächsten Tag steht der Generalstreik auf der gesamten Insel. 39 Organisationen, darunter alle Gewerkschaften, schließen eine Aktionseinheit unter den Forderungen nach Abzug der Polizei, Freilassung aller inhaftierten Korsen, Auflösung von Francia. Auf dieser Grundlage finden Massenkundgebungen in Bastia, Ajaccio und Corte statt. Oft sind Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht für das korsische Volk und Abzug der französischen Kolonialisten zu hören. Vorschläge auf direkte Unterstützung der Hotelbesetzer und Druck auf die belagernden Polizeikräfte durch Demonstration in unmittelbarer Nähe können sich nicht durchsetzen, die Revisionisten von der PCF erlassen sogar einen Aufruf zur Ruhe unter der Bevölkerung und zu Anstrengungen, die Hotelbesetzer zur Aufgabe zu bewegen; die Regierung wird vor allem beschuldigt, die nationale Einheit zu gefährden. Innenminister Bonnet, der gerade die Wirkung des Kampfes der Korsen auf die französischen Arbeiter und Bauern fürchtet, sieht sich an der Seite der Revisionisten. Er erklärt: „... ich habe die Pflicht, mich darum zu kümmern, was im ganzen Land die Folgen der Schwäche des Staates sein könnten ... Ich habe die Pflicht, nicht zu verhandeln." Stattdessen läßt er die Besatzungsstreitmacht auf 3000 Mann verstärken, Häuser werden für deren Einquartierung beschlagnahmt, ein junger Korse im Schnellverfahren wegen Waffenbesitzes zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Obwohl der Generalstreik auch am 11.1. fortgesetzt wird, müssen die Hotelbesetzer unter dem Druck eines drohenden Sturmangriffs des massiven Polizeiaufgebotes und der ihnen gegenüber gespaltenen Aktionseinheit aufgeben. Mit der korsischen Fahne voran verlassen sie singend und mit ihren Waffen das Hotel und marschieren zum Bürgermeisteramt, wo sie sich ergeben. Sie werden schon am nächsten Tag, zusammen mit elf der in Bastelica Verhafteten, nach Paris vor den Staatssicherheitsgerichtshof geschafft. Unter dem Druck von weiteren großen Demonstrationen am 13.1. ist der Staatsanwalt gezwungen, die beiden Francia-Terroristen sowie einen der für die Morde verantwortlichen Polizisten ebenfalls anzuklagen.

Daß es Hunderte von Bauern sind, die in den nächsten Tagen durch Blockierung aller Eisenbahnlinien und Straßen an der Durchsetzung der Forderungen der Aktionseinheit arbeiten und den französischen Staatsapparat mit der Besetzung von Finanzämtern direkt angreifen, verweist auf eine entscheidende Triebkraft in diesen Kämpfen. Der französische Imperialismus hat seit Anfang der 60er Jahre vielen der Bauern durch systematische Ansiedlung und Förderung der aus Algerien vertriebenen Großgrundbesitzer in den fruchtbaren Ebenen Korsikas die Lebensgrundlage entzogen und sie in die Berge oder zur Lohnarbeit nach Frankreich getrieben. Neben 7000 Bauern gegenüber 12000 1960 arbeiten heute schon ebensoviele Landarbeiter auf den Weingütern der 378 Großgrundbesitzer; viele werden als Saisonarbeiter aus Italien herangeschafft, um den Lohn zusätzlich zu drücken. In konsequenter Kolonisierungspolitik haben es die französischen Imperialisten erreicht, den Prozentsatz der Korsen an der Bevölkerung von 227000 Einwohnern heute auf knapp 50% zu senken. 800000 Korsen müssen sich schon in Frankreich ausbeuten lassen, die Arbeitslosigkeit der unter 25jährigen liegt bei 23%.

Im Kampf um das Land hat sich in den letzten Jahren eine Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht der Korsen herausgebildet, die über verschwommene Autonomieforderungen hinausgeht und die französische Bourgeoisie als Kolonialmacht angreift. Die Schwäche der Arbeiterklasse, bedingt durch den Zwang zur Auswanderung und das Fehlen ihrer politischen Partei, die Beherrschung der Gewerkschaften durch Revisionisten und Reformisten und ihre Konzeptionen der einheitlichen dezentralisierten *französischen* Nation, ließ in der nationalen Bewegung vielfach den kleinbürgerlichen Aktionismus die Oberhand gewinnen. 120 korsische Patrioten hat die französische Bourgeoisie in den letzten Jahren eingekerkert. Die massive Unterdrückung treibt jedoch auch die Widersprüche voran. „Im Kampf für die Rückgewinnung des geraubten Landes, im Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeiter wählt das korsische Volk die Gesellschaft, die ihm paßt", schreibt die Nationalistische Zeitung U Ribombu in ihrer letzten Ausgabe. Die korsischen Arbeiter und Bauern haben ihr Gewicht in der nationalen Bewegung stärken können. Für Dienstag wird erneut zum Generalstreik aufgerufen.



Am 14.1., nachdem die französische Bourgeoisie den Widerstand erstickt glaubte, demonstrierten 4000 in Ajaccio, 2000 in Bastia und 1000 in Corte.

Kampf gegen die zwangsweise Enteignung des Ostjerusalemer Elektrizitätswerks

z.elb. Seit Jahren unterbinden die Zionisten die Erweiterung des Elektrizitätswerks in Ostjerusalem. Dieses Werk versorgt die Stadt, ihre Vororte und die umliegenden Dörfer mit Strom. Es befindet sich nach wie vor in der Hand der Palästinenser. Mit Blick auf die Verhandlungen mit Sadat über die „Autonomieregelungen" für die besetzten Gebiete gab Beginn den Beschluß der Zionisten bekannt, dem Werk die Konzession zum 1.1.1981 zu entziehen, um es dann zu „kaufen"; billig, weil ohne Konzession. Mit der Enteignung palästinensischen Eigentums, mit dem Entzug der wirtschaftlichen Grundlagen wollen die Siedler vollendete Tatsachen gegen einen unabhängigen Palästinenserstaat schaffen. Jordanien hat inzwischen Geld für den Kauf von vier Generatoren bereitgestellt.

Der Kampf um das Elektrizitätswerk findet Unterstützung in allen Schichten und Klassen des palästinensischen Volkes. Denn in der Hand der Zionisten würde es zu einem Mittel der weiteren Absicherung ihrer Kolonialherrschaft. Noch elf Jahre nach der Unabhängigkeit Jordaniens 1946 hielten die ehemaligen britischen Besatzer dieses Werk in ihren Krallen. Seit der Besetzung durch die Zionisten versuchen diese, das Werk den Palästinensern zu entreißen. Erst im Sommer letzten Jahres verhinderten das die Arbeiter und Angestellten des Werks durch einen 19tägigen Streik, der die breiteste Unterstützung fand. So auch jetzt: Am 7. Januar demonstrierten die Lohnabhängigen des Werks gegen den Entzug der Konzession, die palästinensischen Gewerkschaften in Westjordanien schlossen sich der Demonstration an. Zwei Tage später fand erneut eine Demonstration statt, gegen die die Zionisten ihre Armee marschieren ließen. Das „Komitee für nationale Orientierung", ein Zusammenschluß von Bürgermeistern und anderen Würdenträgern Westjordaniens, rief zu einem Generalstreik in diesem Gebiet auf, der am 14.1. den gesamten öffentlichen Dienst und den Handel lahmlegt. Kawasme, Bürgermeister von Hebron: „Die Rechte des palästinensischen Volkes sind nicht zu kaufen." Nusseibeh, früher Verteidigungsminister Jordaniens, jetzt Leiter der Elektrizitätsgesellschaft, ließ die Zionisten wissen, daß sie schon Panzer einsetzen müßten, um sich das Werk anzueignen. Über den Verkauf würde niemals verhandelt werden.

Die imperialistischen Schuldeneintreiber zwingen Zaire Währungsreform auf

z.scc.Brüssel. Am Abend des 25. Dezember verkündete Zaires Staatspräsident Mobutu über Fernsehen eine Währungsreform: Vom nächsten Tag an bis zum 31. würden die alten Fünf- und Zehn-Zaire-Scheine (1 Zaire knapp 1 DM) aus dem Verkehr gezogen. Jeder Erwachsene könne bis zu 3000 Zaire in neue Scheine umtauschen, für die kapitalistischen Gesellschaften wurde der Betrag auf 20000 Zaire erhöht. Mit sofortiger Wirkung ordnete Mobutu die Sperrung der laufenden Bankkonten an, lediglich 10% der Guthaben konnten noch abgehoben werden; über die restlichen 90% werde man später entscheiden.

Die Grenzen Zaires wurden bis zum 31.12. geschlossen, Flughäfen wie Luftraum gesperrt. Offensichtlich, daß arge Befürchtungen Mobutu plagten. Weder die 5-Tage-Frist noch die Menge der neugedruckten Scheine reichten für den Umtausch von immerhin mehr als 1 Mrd. Zaire. Aus Mbuji Mayi, der viertgrößten Stadt, wurde bekannt, daß die über die Währungsreform aufgebrachten Volksmassen, nachdem sie endlos und schließlich vergeblich auf den Umtausch ihres Geldes gewartet hatten, die örtliche Niederlassung der Zentralbank in Brand setzten und den Direktor lynchten.

Wen trifft die Währungsreform? Die rund 800000 Lohnabhängigen, die bei Durchschnittslöhnen von unter 50 Zaire im Monat niemals andere als Fünfoder Zehn-Zaire-Scheine zu Gesicht bekommen haben. Ihre Löhne sollen zukünftig per Scheck ausgezahlt werden – direkt legen so die imperialistischen Gläubiger Zaires, die längst die Banken kontrollieren, ihre Hand auf die Lohngelder. Die Bauern und anderen Kleinproduzenten, die um ihr bißchen Bargeld, vielleicht um ihr kleines Bankguthaben, das sie für dringend notwendige Anschaffungen angespart haben, über Nacht betrogen werden. Getroffen ist auch die zairische Bourgeoisie, die um ihre Bankeinlagen fürchten muß, durchaus anders als die imperialistischen Kapitalexporteure wie z.B. Bayer, BASF, Hoechst, Klöckner, Magirus Deutz, die, soweit sie sich größere Konten in Zaire halten, früh genug verständigt waren und ihre Maßnahmen treffen konnten. Mithilfe der Währungsreform werde man die Inflation in den Griff bekommen, sagt Mobutu. In den letzten zehn Jahren ist das reale Einkommen der Volksmassen selbst nach imperialistischen Quellen um 50 bis 75% gesunken. Die Urheber ihres drückenden Elends sind die imperialistischen Ausbeuter, die mit der diktierten Währungsreform neuerlich Millionen für die fälligen Zins- und Tilgungsraten lockermachen. Wie lange noch?

Frankreich: Erneuter Angriff auf Streikrecht im öffentlichen Dienst

z.pel.Paris. „Jeder Streik im öffentlichen Dienst nimmt unschuldige Geiseln", räsoniert der Abgeordnete Bonhomme im Bericht der Parlamentskommission für Kultur und Soziales über den Gesetzentwurf zur Einschränkung des Streikrechts bei dem staatlichen Elektrizitätsgesellschaft EDF. Die bürgerliche Presse nimmt den ihr zugespielten Ball auf und entfaltet gegenwärtig ein großes Lamento über mögliche Stromabschaltungen aufgrund des hohen Verbrauchs wegen der gegenwärtigen Kälte. Was, wenn jetzt noch die Arbeiter und Angestellten, die soeben den Lohntarifvertrag aufgekündigt haben, streiken würden? – Nach der gesetzlichen Beschränkung des Streikrechts bei Rundfunk und Fernsehen im letzten Juli unternimmt die Bourgeoisie einen Vorstoß bei der EDF und diskutiert gleichzeitig die gesetzliche Verankerung eines Mindestdienstes für den *gesamten* öffentlichen Dienst. Durch unablässige Vorstöße in den *verschiedenen* Bereichen, entsprechend der jeweils günstigsten Kampfbedingungen, sucht sie den Widerstand der französischen Arbeiterklasse auszuhöhlen, um sodann zum Gesamtangriff antreten zu können. Der Erfolg ist jedoch bis jetzt sehr spärlich. Während sie den Rundfunk- und Fernsehangestellten das Streikrecht auf dem Papier einschränken konnte, hat sie den wochenlangen Streik und momentanen Dienst nach Vorschrift der Fluglotsen, denen das Streikrecht seit 1964 genommen ist, gerade wegen der großen Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse bis heute nicht brechen können.

Belgische Ärzte setzen Streik gegen Kostendämpfung aus

z.elb.Brüssel. Am 18.1. gab der Vorsitzende der im Verband Dr. Wynen zusammengeschlossenen belgischen Privatärzte den vorläufigen Streikabbruch gegen die Kostendämpfung bekannt. Gerade in der letzten Woche hatte der Streik an Schärfe zugenommen: 90% aller Krankenhäuser waren voll belegt, die Militärhospitale mußten für zivile Patienten geöffnet werden; mehrere hundert Ärzte verließen das Land, um der Zwangsverpflichtung durch die Regierung zu entgehen. Zur gleichen Zeit geriet die Regierung ob der Staatsreform ins Schlingern. Der Bourgeois Dr. Wynen will einen „Kompromiß" schließen: Erhöhung der Eigenleistung der Patienten bei Krankenhausaufenthalten gegen Streichung anderer Kostendämpfungsmaßnahmen. Ein „Kompromiß", den nur die Unterstützung der Ärzte durch die Gewerkschaften verhindern könnte.

EG: „Harmonisierung" der Mineralösteuern geplant

z.dab. Die EG-Kommission will die schon seit 1977 erwogene Harmonisierung der Mineralölsteuer in diesem Jahr in Angriff nehmen. Seit Mitte 1979 veröffentlicht die EG dazu genaue Vergleichsdaten der Preise und Steuern. Ihre Absicht ist es, die Steuerausplünderung in den einzelnen Staaten auf das höchstmögliche Niveau in der Gemeinschaft zu treiben. Anhand der Tabelle wird deutlich, daß die EG-Imperialisten bis zu gut ⅔ des Preises für einen Liter Super an Steuern von den Volksmassen eintreiben. Das zeigt, wie weit die Imperialisten die Ausplünderung der Volksmassen schon getrieben haben und wie hoch

„Netz der sozialen Sicherheit" im „ersten Wohlfahrtsstaat" Großbritannien

z.hef.London. Auf dem letzten Jahreskongreß des Gewerkschaftsdachverbandes TUC im Oktober wurde die Elektrikergewerkschaft scharf angegriffen. Sie hatte kurz zuvor mit den Kapitalisten einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem sich diese zur Zahlung des Beitrags zu einer privaten Krankenversicherung verpflichteten. Vor allem die Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst warfen der Elektrikergewerkschaft vor, sie untergrabe damit die Errungenschaften des Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS). Die Führung der Elektrikergewerkschaft erklärte kühl, solange ihre Mitglieder im staatlichen Gesundheitsdienst jahrelang auf Operationen warten müßten, sehe sie diese Kritik nicht ein.

Die britische Arbeiterbewegung ist in den politischen Fragen der Besteuerung und Versicherung in großen Schwierigkeiten. Die Tory-Regierung läßt schwungvoll ihr Programm der angeblichen Steuersenkung und tatsächlichen Kosteneinsparung bei den Gesundheits- und Versicherungsausgaben ablaufen. Erhöhung der Rezeptgebühr, Nichterhöhung des Kindergeldes, Schließung von Krankenhäusern, Besteuerung des Kranken- und Arbeitslosengeldes sind Marksteine dieses Kurses. Sie wolle das Syndrom „Warum arbeiten?" beseitigen, erklärte Premierministerin Thatcher und meint damit, daß Arbeitslosengeld und Sozialhilfe noch weiter gesenkt werden müssen, damit der Widerstand der Arbeiter gegen die Hungerlöhne in den untersten Lohngruppen gebrochen werden kann.

47000 Arbeiter und Angestellte beteiligten sich im November an einer Demonstration gegen dies Programm, und das war eine von vielen Aktionen. Aber die Arbeiterklasse wird in ihrer Antwort auf diesen Angriff politisch durch die Linie der Labour-Partei gelähmt, die zur „Verteidigung der Errungenschaften" und zu mehr Staatsausgaben aufruft.

Darunter versteht sie vor allem die beiden Eckpfeiler des „Wohlfahrtsstaates": Die National Insurance (Nationale Versicherung) und den National Health Service (Nationalen Gesundheitsdienst).

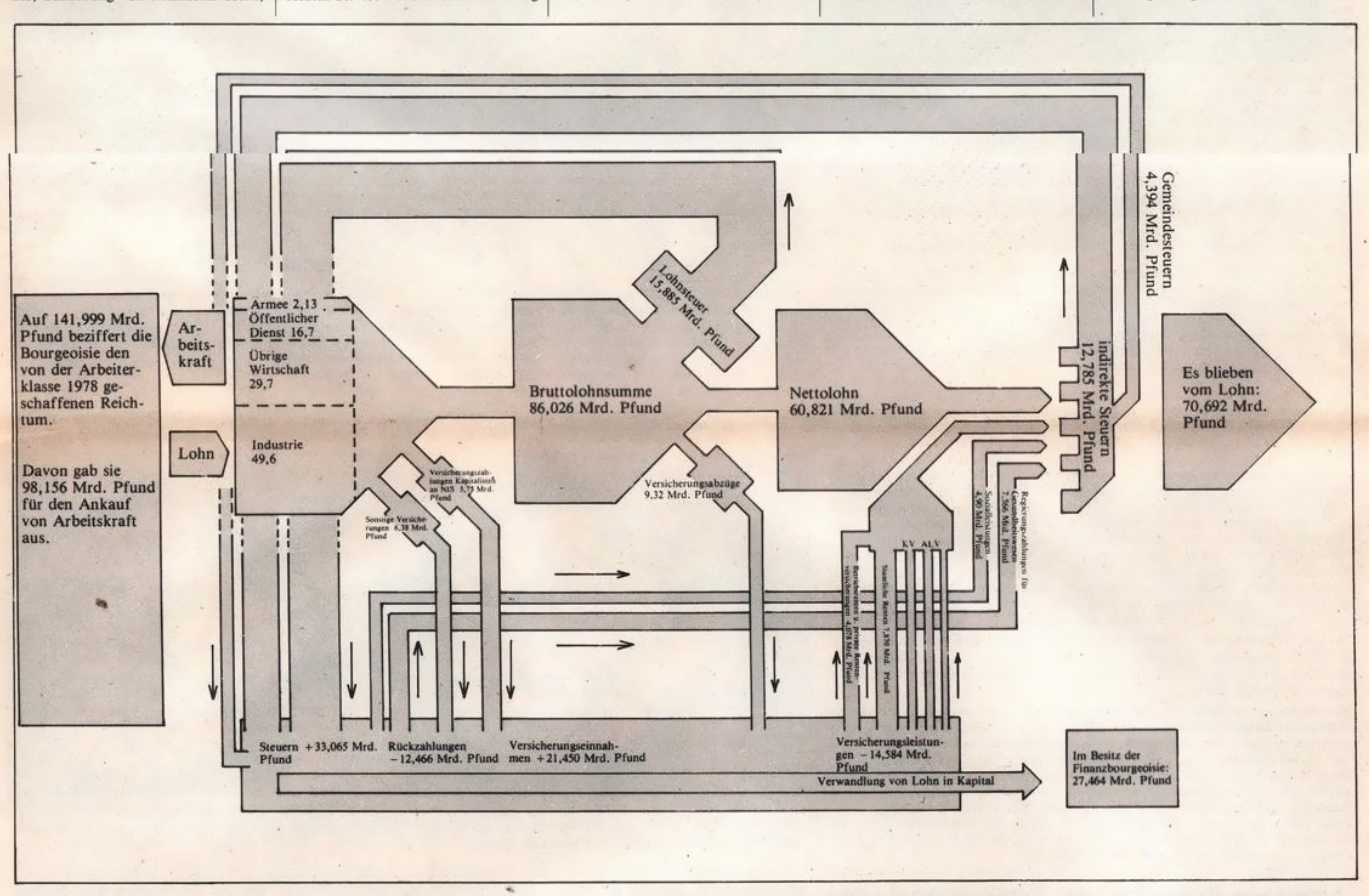
National Insurance und National Health Service wurden nach dem Krieg eingeführt. Die National Insurance ist eine kombinierte Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung unter direkter Kontrolle der Regierung. Sie zahlt vor allem Renten (die Einheitsrente von z.Zt. 640 DM pro Monat für ein Ehepaar), Krankengeld und Arbeitslosengeld. Damit verfügt die britische Bourgeoisie über einen einheitlichen Spitzel- und Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiter und Angestellten, ein Instrument der Ausplünderung, das gewaltige Fonds unmittelbar zur Verfügung des Finanzkapitals stellt. Ergänzt wird die National Insurance durch betriebliche und private Rentenkassen, an denen sich die meisten Arbeiter und Angestellten beteiligen müssen, weil niemand von den Hungerrenten leben kann. Sie sind als Finanzierungsquelle für die jeweiligen Kapitalisten selbst von großer Bedeutung.

Der Gesundheitsdienst NHS wird zu 12% aus Versicherungsbeiträgen und Eigenbeteiligung und zu 88% aus Steuergeldern unterhalten. 1948 feierte Labour ihn als „ersten Schritt zum Sozialismus". Ein „umfassender Gesundheitsdienst, kostenlos für alle", in dem „Armut kein Nachteil und Reichtum kein Vorteil ist."

Natürlich lassen sich die Kapitalisten weiter von ihren Leibärzten behandeln, und Armut bedeutet bei Rezeptgebühren von 1,80 DM und 50% Eigenbeteiligung bei Zahnersatz und Brillen einen großen „Nachteil". Trotzdem gab es bei der Einführung des NHS 1948 große Teile der Arbeiterklasse, die unmittelbar von dieser Reform Vorteile hatten: vor allem die untersten Lohnschichten, die nach dem Krieg noch weiter verelendet waren, die Massen von Einwanderern, die als billige Arbeitskraft ins Land geholt waren – die eigentlichen „Armen" also. Und die Bourgeoisie zog damals die Steuerschraube zunächst nur bei den über dem Durchschnittslohn verdienenden Arbeitern an. 1951/52 zahlte eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern unter 11 Jahren erst dann Steuern, wenn sie 107% des Durchschnittslohns verdiente – 1976 lag die Zahl bei 45%, und sie sinkt stetig. Auch nach der Freibetragserhöhung im Mai 1979 zahlt ein verheirateter Arbeiter ab 600 DM brutto im Monat Lohnsteuer.

Inzwischen ist also sowohl der Schwellwert niedriger als bei den westeuropäischen Konkurrenten, als auch der Lohnsteueranteil am Bruttolohn höher – 18,5% in Großbritannien, 15,6% in Westdeutschland, 10,6% in Frankreich, 7% in Italien.

Die Bourgeoisie sah diese Lage reif für einen Großangriff auf die Arbeiterklasse. Die Tory-Wahldemagogie richtete sich gegen die hohen Lohnsteuern, gegen die hohen Staatsausgaben und gegen die Behördenwillkür. Das Täuschungsmanöver war erfolgreich. Nicht nur wurden die Tories gewählt, sondern sie wurden gewählt, weil die elendesten Gruppen der Arbeiter und höher bezahlte Angestellte und (wenige) Facharbeiter erfolgreich vom Industrieproletariat abgespalten wurden. Das ermöglicht der Bourgeoisie gegenwärtig den großen Angriff auf den Lohn, sowohl in Gestalt von Lohnsenkungsabschlüssen wie in Gestalt der Erhöhungen der Mehrwertsteuer von 8 auf 15%. Weder durch die Verteidigung der Staatskontrolle noch durch Sonderrechte – darum ging es bei dem Streit auf dem TUC-Kongreß – kann die britische Gewerkschaftsbewegung diese Spaltung überwinden.



der Anteil der Gelder ist, den sie den Produzentenländern vorenthalten. Mit dem Hinweis auf die unterschiedlichen Steuern in der EG – zwischen der BRD und Italien = 16,7% – soll die Erhöhung der Mineralölsteuer gegenüber den Volksmassen durchgesetzt werden.

Verkaufspreis und Steuer auf Superbenzin (in US-Dollar, 15.10.1979)

Länder	Preis/l	Steuer/%
B	0,69	56,51
DK	0,73	56,38
BRD	0,59	52,72
F	0,72	62,71
Ir	0,56	44,69
I	0,72	68,45
NL	0,63	59,27
GB	0,56	44,49

US – japanischer Konkurrenzkampf

z.krk. Der Handels- und Konkurrenzkrieg tobt zwischen den USA und Japan. Im November 1979 hatte die japanische monatliche Handelsbilanz einen Überschuß von 1,38 Mrd. $ zugunsten der USA. Wertmäßig verdoppelten sich die Rohöl- und Ölproduktimporte von amerikanischen Konzernen im Verhältnis zu 1978 – mit ein Grund für den schnell sinkenden Yen-Kurs dem Dollar gegenüber. Ende 1979 kündigten die größten japanischen Konzerne wachsende Direktinvestitionen in die USA an. 4 neue Maschinenfabriken wollen dieses Jahr noch die Produktion in den USA aufnehmen, 2 produzieren bereits. Nachdem Toshiba im Frühjahr 1979 den Export von Mikrowellen-Backöfen wegen einer Dumpingklage einstellen mußte, wird die Produktion nun an Ort und Stelle aufgenommen. Die Produktion von Farbfernsehern will Toshiba um 70% auf 500000 erhöhen – und damit ein bestehendes Exportbeschränkungs-Abkommen umgehen. 1979 ließen japanische Firmen 3 Mio. Farbfernseher in den USA produzieren. Gegenwärtig gibt es dort 1200 japanische Firmen mit 91800 Arbeitern. 1970 betrugen die japanischen Kapitalexporte in die USA 0,1 Mrd. $, 1977 waren es 1,1 Mrd. und für 1980 plant die japanische Bourgeoisie dies zu verdreifachen. Die US-Direktinvestitionen in Japan machten 1978 4,96 Mrd. $ aus. Die Gründe für die Steigerung des Kapitalexports gibt die japanische Bourgeoisie so an: Die Lohnkosten sind in Japan zwischen 1970 und 1978 von einem Fünftel auf zwei Drittel der amerikanischen gestiegen, außerdem seien die Rohstoffe in den USA billiger. Die US-Importbeschränkungen machen Direktinvestitionen *notwendig.*

Erneute Preiserhöhungen in Ungarn

z.krk. Infolge der Angleichung der staatlichen Aufkaufpreise an die Weltmarktpreise sind am 7. Januar in Ungarn erneut die Verbraucherpreise erhöht worden. Diesmal sind es verschiedene Dienstleistungen, Industriegüter, wie Waschmaschinen, Kühlschränke, Fernsehgeräte, Filme. Waren aus Aluminium werden bis zu 60% teurer, Woll- und Lederbekleidung um 20%. Preise für Importwaren, die „nicht zu den lebensnotwendigen Waren gehören", werden um 2,9% erhöht. Billiger werden synthetische Textilien, Haushaltsgeräte aus Kunststoff, Modeschmuck und einige optische Geräte. Für Obst und Gemüse sollen die freien Marktpreise gelten, was ebenfalls eine erhebliche Verteuerung bedeutet. Ein Teil der Preiserhöhungen tritt sofort, ein Teil im Laufe des Jahres in Kraft. Ein Teilausgleich über Lohn- und Rentenerhöhungen wie bei der Erhöhung im letzten Jahr ist nicht angekündigt worden. Laut Partei- und Parlamentsbeschluß ist für das gesamte Jahr eine Inflationsrate von 3,7% geplant, die Realeinkommen der Bevölkerung sollen sich *überhaupt nicht* erhöhen. „Wir wissen, daß die Zahl und das Verhältnis derjenigen Familien nicht gering ist, bei denen sich die Lebensbedingungen nicht spürbar verbessern, oder sich sogar verschlechtern", sagte Finanzminister Faluvégi in der Debatte über das Budget am 20. Dezember.

Carters Zinnverkaufsgesetz ruft Widerstand hervor

z.mif. 35000 t Zinn wollen die US-Imperialisten in den nächsten drei Jahren auf den Markt werfen, um den Preis nachhaltig zu drücken und die Produzentenländer, vor allem Bolivien und Malaysia, zu unterwerfen. Nach längeren Auseinandersetzungen in der US-Bourgeoisie hat Carter das Gesetz Anfang Januar unterzeichnet, ab März soll verkauft werden. Die Auseinandersetzung ging darum, ob das angesichts der Kämpfe vor allem der bolivianischen Arbeiter gegen die imperialistische Ausbeutung die gewünschte Wirkung verspricht. 35000 t Zinn, das ist mehr als die Jahresproduktion Boliviens. Diesen Verkauf tätigen die US-Imperialisten aus ihrer strategischen Kriegs- und Preissenkungsreserve. Seither fallen täglich die Zinn-Notierungen in der Londoner Börse. Wurden Ende Dezember noch 7550 Pfund pro Tonne geboten, so waren es am 10.1. nur noch 7230 Pfund, und die gewöhnlich hohe Differenz zwischen sofort verfügbarer Ware und 3-Monats-Geschäften ist fast aufgehoben. Der Verkauf stellt einen Verstoß gegen das 5. Internationale Zinnabkommen dar: Die USA wären zur Konsultation der Mitgliedsländer verpflichtet gewesen. Bolivien strebt für das 6. Zinnabkommen das Verbot von Verkäufen durch Verbraucherländer an, nachdem im Dezember die Imperialisten verhindert haben, daß im Preisrat eine Erhöhung der Bandbreite für Markteingriffe des Zinn-Ausgleichslagers beschlossen wurde. Mit Bolivien tritt inzwischen auch Malaysia für einen Zusammenschluß der Zinnproduzentenländer unter Ausschluß der Verbraucherländer ein.

Muzorewa – „Vollständig im Interesse der südafrikanischen Investoren“

z.lup. Geschäftsleute aus den USA und Großbritannien hätten Millionenbeträge gesammelt, um den Wahlkampf von Bischof Muzorewa zu unterstützen, berichtete am 22. Dezember die „Frankfurter Rundschau“. Berichten eines ägyptischen Journalisten zufolge sind in der besetzten Botschaft der USA im Iran Dossiers aufgefunden worden, die beweisen, daß der gestürzte Schah Muzorewa zweimal einen Geldbetrag in Höhe von 200000 Dollar zugeschoben habe.

Ende November haben zwei Mitglieder des von Muzorewa geführten Kolonialregimes den Klingelbeutel gezückt, um in Südafrika Spenden für Muzorewa zu sammeln. David Mukome, Außenminister von Muzorewas Regime, erklärte der südafrikanischen Zeitung „The Citizen“ zufolge:

„Wir haben keine Ahnung, welchen Umfang die südafrikanischen Investitionen in Zimbabwe haben. Nehmen wir an, daß es 750 Millionen Rand sind, das ist wahrscheinlich eine konservative Schätzung. Die Führer der Patriotischen Front, Mugabe und Nkomo, haben öffentlich erklärt, daß sie großangelegte Nationalisierung einheimischer und ausländischer Anlagen vorhätten. Dann ist es vollständig im Interesse der südafrikanischen Investoren, uns kraftvoll zu unterstützen.“

Daß der Außenminister des Muzorewa-Regimes nicht weiß, welchen Umfang die südafrikanischen Investitionen in Zimbabwe haben, muß nicht einmal gelogen sein. Muzorewa hatte nach einem Luftangriff auf Sambia erklärt, er könne zu der Aktion nicht viel sagen, er sei vorher nicht informiert worden. Auch das muß nicht gelogen gewesen sein. Das Muzorewa-Regime repräsentiert keine selbständige Kraft in Zimbabwe. Weder die „innere Lösung“ vom März 1978 noch die Wahlen vom April 1979 haben irgend etwas an der Kolonialherrschaft in Zimbabwe geändert. Einige Gestalten, die zuvor zumindest in Worten den bewaffneten Befreiungskampf unterstützt hatten, haben sich Anfang 1978 offen auf die Seite des Kolonialregimes geschlagen, sich in Kompradoren verwandelt und eine Fassade vor dem Kolonialregime errichtet.

Solche Kompradoren haben sich die US-Imperialisten systematisch hochgepäppelt. Muzorewa ist seit 1968 Bischof der Methodistischen Kirche in Umtali und hat seine Ausbildung in den USA genossen. Obwohl er verschiedentlich die Losung von der nationalen Befreiung und Mehrheitsherrschaft im Munde geführt hatte, hat er niemals im Gefängnis gesessen, was nicht gerade üblich ist für das Smith-Regime, das selbst weiße Opponnenten der „einseitigen Unabhängigkeitserklärung“, die nicht entfernt etwas mit nationaler Unabhängigkeit im Sinn hatten, wie den ehemaligen Ministerpräsidenten Todd, für Jahre ins Gefängnis geworfen hatte. Der Unterzeichnung der „inneren Lösung“ im März 1978 gingen lange Verhandlungen zwischen Muzorewa und Vertretern der amerikanischen Monopole voraus, die größere Interessen an dem zimbabwischen Chrom haben. In einem Vortrag vor dem „Zentrum für strategische und internationale Studien“ in der Georgetown Universität hat Muzorewa 1978 erklärt: „Amerika muß unverzüglich kommen, um unverzüglich der jungen Demokratie in Zimbabwe-Rhodesien zu helfen, die gegenwärtig um ihre schiere Existenz kämpft ... Angesichts des offensichtlichen Rückzugs des Westens von dem Kampffeld für Frieden und Demokratie in Afrika warne ich vor einer Vakuumpolitik.“

Auch wenn Muzorewa möglicherweise erst im Nachherein von Aggressionen der rhodesischen Luftwaffe gegen unabhängige Nachbarländer erfährt, ist er sich vollständig darüber bewußt, daß seine Aufgabe darin besteht, die hegemonialen Interessen der US-Imperialisten in Afrika zu vertreten und zu verhindern, daß Zimbabwe durch nationale Befreiung und Zerschlagung der Kolonialherrschaft zu einem „Vakuum“ wird, wo weder der US-Imperialismus noch der Sozialimperialismus etwas zu sagen haben.

Vor den Wahlen im April 1979 hat Muzorewa erklärt, daß mit der ersten Wahl ei-
vor den Wahlen im April 1979 hat Muzorewa erklärt, daß mit der ersten Wahl ei-
nes schwarzen Ministerpräsidenten durch die schwarze Bevölkerung das Ziel des Befreiungskampfes erreicht sei. Dies, die Aufhebung der Sanktionen und ausländische Investitionen würden mehr Arbeitsplätze schaffen und damit Wohlstand bringen. Tatsächlich wurde die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes von Zimbabwe fortgesetzt, und der bewaffnete Befreiungskampf wurde ebenfalls fortgesetzt. Die Einheit der afrikanischen Nation von Zimbabwe in ihrem bewaffneten Befreiungskampf wurde durch die Patriotische Front zum Ausdruck gebracht. Die Einheit der Patriotischen Front war ein wichtiger Faktor dafür, daß das Manöver der „inneren Lösung“ nicht aufgegangen ist und daß der Verrat einzelner Vertreter der nationalen Befreiungsbewegung nicht zu einer wirksamen Spaltung des Volkes geführt hat. Die Einheit der Patriotischen Front war ein wichtiges Hindernis für alle Versuche, die Fronten zu verwischen und den Kolonialkrieg gegen das Volk von Zimbabwe und die Rivalität der imperialistischen Supermächte um Zimbabwe zu afrikanisieren.

An den Wahlen nehmen ZANU und ZAPU als selbständige Parteien auf unterschiedlichen Listen teil. Die ZANU hat erklärt, sie werde nach den Wahlen eine Koalition mit der ZAPU bilden, sofern sie nicht selbständig die erforderliche Stimmenmehrheit erziele.

Muzorewa hat seit Jahr und Tag davor „gewarnt“, daß im Falle einer Machtübernahme der Patriotischen Front ein Bürgerkrieg zwischen ZANU und ZAPU ausbrechen werde. Dies wird auch in der imperialistischen Presse breitgewalzt, und darauf spekulieren die Imperialisten tatsächlich. Der Chef des südafrikanischen Kolonialregimes Botha hat bereits im vergangenen Jahr erklärt, Südafrika werde nicht zusehen, wenn in Zimbabwe ein Chaos ausbreche, das seine eigenen Interessen gefährde. Chaos kann man schaffen. Muzorewa wäre der Mann, der südafrikanische Truppen ins Land ruft, wie immer die Wahlen ausgehen. Die Fortsetzung des Bündnisses von ZANU und ZAPU in der Patriotischen Front könnte einen Strich durch die Rechnung machen.

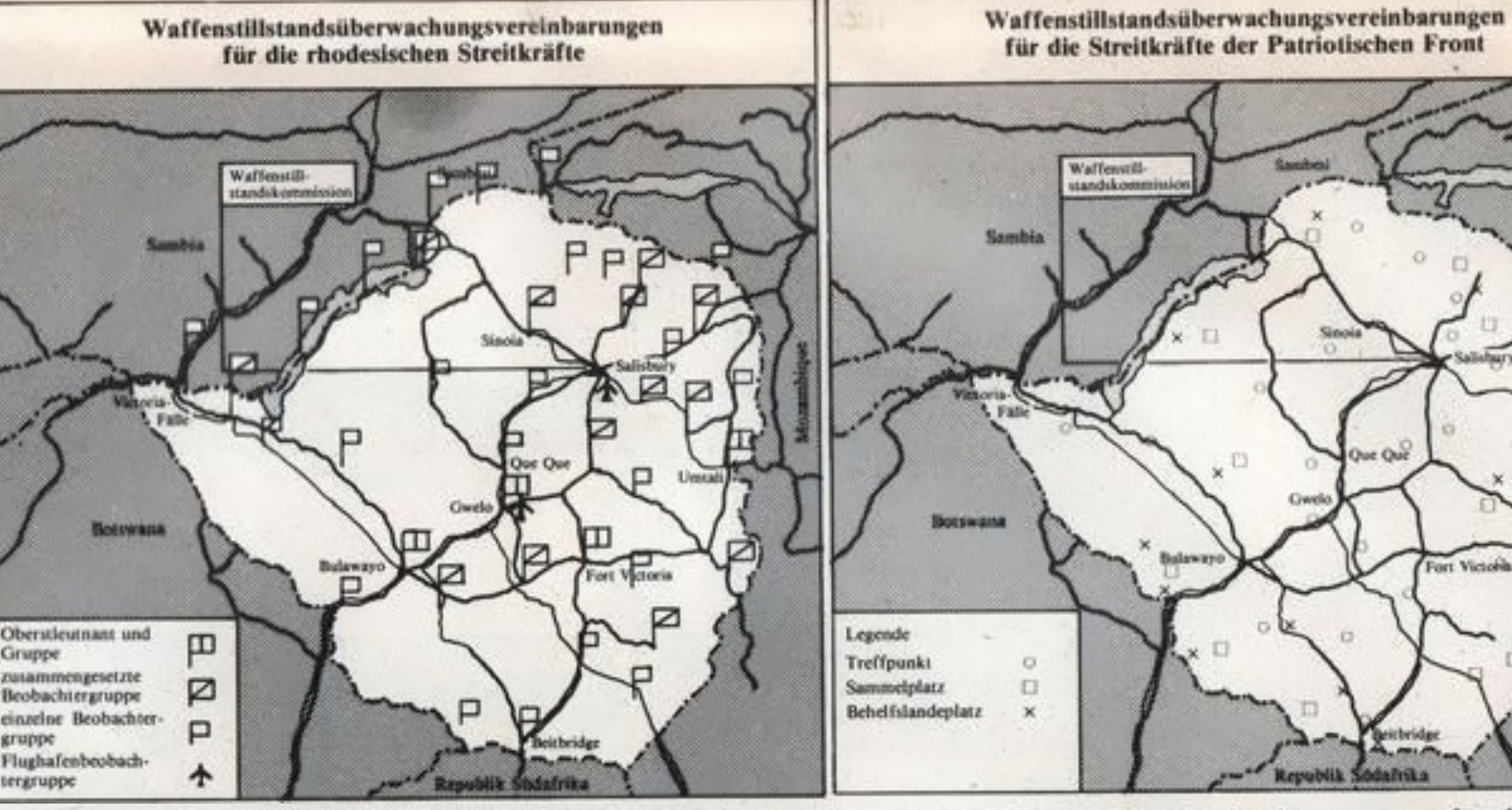
Ist der Waffenstillstand eine Falle? Gefährliche Lage der Befreiungsbewegung in Zimbabwe

z.ges. Der Waffenstillstand in Zimbabwe ist jetzt einige Zeit in Kraft. Am 27. Februar sollen unter Aufsicht des britischen Kommissars Wahlen stattfinden. Die Unabhängigkeit Zimbabwes soll damit verwirklicht sein. Alles scheint vom Ausgang der Wahlen abzuhängen. Aber in Wirklichkeit wird, selbst dann, wenn die Wahlen frei sind und die Befreiungsbewegung sie für sich entscheiden kann, noch keines der Ziele des Befreiungskampfes verwirklicht sein, sondern der Kampf unter neuen, vielleicht besseren Bedingungen fortgesetzt werden müssen. Was sind die Ziele dieses Befreiungskampfes? Das Volk von Zimbabwe will seine Freiheit zurück, und die Grundbedingung dafür ist, daß es sein Land zurückerhält. Weitaus der größte Teil des bebauten Landes ist im Besitz der Kolonialisten. Die Industrie befindet sich in der Hand imperialistischer Monopole, die über Südafrika als Relaisstation die Wirtschaft des Landes beherrschen. Nach dem Waffenstillstand haben die imperialistischen Länder die Sanktionen auch offiziell aufgehoben und verknüpfen jetzt ihre Bastionen der Ausbeutung Zimbabwes um so enger mit dem ganzen System imperialistischer Ausbeutung und Beherrschung. Nationalisierung des Grund und Bodens, Verteilung des Landes an die afrikanischen Bauern, Nationalisierung der Außenposten der imperialistischen Konzerne und Übernahme der Betriebe durch den Staat des unabhängigen Zimbabwe sind notwendige Maßnahmen, um der Herrschaft von Imperialismus und Kolonialismus in Zimbabwe an die Wurzel zu gehen. Ohne Nationalisierung des Landes bliebe das Volk der Grundbedingungen seiner Produktion beraubt, ohne Nationalisierung der imperialistischen Betriebe kann das Volk von Zimbabwe nicht selber das Kommando über die Wirtschaft des Landes ergreifen. Früher oder später sind also tiefgreifende Eingriffe in das herrschende, kolonialistische Eigentumssystem notwendig.

Aber gerade solche Eingriffe in das herrschende, kolonialistische Eigentumssystem schließt die Unabhängigkeitsverfassung weitgehend aus. Die „Freiheit von Enteignung“ wird ausdrücklich garantiert: „Jedermann wird davor bewahrt sein, daß sein Eigentum zwangsenteignet wird außer wenn die Enteignung den Interessen der Verteidigung, öffentlichen Sicherheit, öffentlichen Ordnung, öffentlichen Moral, der Stadt- oder Regionalplanung und der Entwicklung oder Nutzung dieses oder jenes Eigentums dem öffentlichen Wohl oder im Fall von unterbebautem Land der Erledigung landwirtschaftlicher Zwecke dient. Wenn Eigentum für einen dieser Zwecke gebraucht wird, wird seine Enteignung nur unter der Bedingung rechtmäßig sein, daß durch Gesetz schnelle Bezahlung und ausreichende Entschädigung wie auch, falls die Enteignung angefochten wird, eine richterliche Entscheidung gesichert ist. Jemand, der unter diesen Bedingungen enteignet wird, hat das Recht, an das höchste Gericht zu appellieren, um die Höhe der Entschädigung festzulegen.“ Die Entschädigung müsse auch ins Ausland ausgezahlt werden. Außerdem werden die Pensionen der Kolonialbeamten als Eigentum gesichert.

England hat sich zu Beginn der Verhandlungen gerühmt, daß es viel Erfahrung in „Entkolonisierung“ habe. Man kann es nicht bestreiten, falls unter Entkolonisierung die unverhüllte Aufrechterhaltung des kolonialen Eigentums verstanden wird nach Beseitigung seiner politischen Hüllen. Nun könnte man sich dabei beruhigen, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, und vielleicht unter diesem Gesichtspunkt war die Patriotische Front bereit, den britischen Verfassungsgrundsätzen zuzustimmen. Aber die Frage der Macht ist gerade nicht entschieden und kann durch die Wahlen auch nicht entschieden werden, so daß umgekehrt die Verfassung leicht ein Instrument der Verteidigung der Kolonialmacht werden kann, statt daß die revolutionäre Macht über die Auslegung der Verfassung entscheidet. Die Machtfrage ist durch den Waffenstillstand offengehalten. Bis zu den Wahlen sind die beiden Seiten, die Kolonialmacht und ihre Marionetten einerseits, die Befreiungsbewegung andererseits, gleichberechtigt. Aber auch erfolgreiche Wahlen können nichts daran ändern, daß durch die Verfassung das Kolonialeigentum als Grundlage der Kolonialmacht garantiert bleibt und die Kolonialarmee als Instrument der Kolonialmacht weiterexistiert. Die Kolonialmacht hat also reichliche Garantien gegen eine Wahlniederlage. Die Tatsache, daß die Machtfrage nicht entschieden ist, kann sowieso das Wahlergebnis verfälschen, denn von Freiheit des Volkes ist keine Rede, solange das Volk nicht die Macht hat und die Kolonialarmee Gewehr bei Fuß steht.

Tatsächlich steht aber die Kolonialmacht keineswegs Gewehr bei Fuß, sondern wird durch den britischen Hochkommissar als Polizeimacht eingesetzt: 1. die Kolonialpolizei selber, die durch den Waffenstillstand in ihrer Funktion bestätigt wird, 2. indem dem britischen Kommissar das Recht vorbehalten bleibt, die bewaffneten Streitkräfte der beiden Seiten zur Verteidigung des Waffenstillstandes einzusetzen, soweit sie sich seiner Autorität unterstellt haben. Bisher setzt er die Kolonialarmee ein. Sie hält die Grenze zu Mozambique besetzt und wurde bereits eingesetzt, um Guerillaeinheiten zu entwaffnen, die sich verspätet zu den Sammellagern der Guerillaarmee begeben wollten. Die rhodesische Armee hat dabei schon mehrere Kämpfer umgebracht. 3. sind die Hilfstruppen, die Muzorewa rekrutiert hat, durch das Waffenstillstandsabkommen überhaupt nicht ausdrücklich erfaßt. Sie sickern in die von den Guerillas bisher kontrollierten Gebiete ein. Dies ist einer der Gründe, warum verschiedene Guerillaeinheiten in ihren Operations-



Lage der Sammelplätze der Streitkräfte der Patriotischen Front und der Einheiten der Beobachtertruppen für die rhodesischen Streitkräfte gemäß dem Waffenstillstandsabkommen. Die Sammelplätze der Patriotischen Front sind zumeist weit von ihren Operationsgebieten in Grenznähe gelegen.

Aufruf von Robert Mugabe, Präsident der ZANU, an die ZANLA-Truppen

„Ich spreche zu euch als Präsident der ZANU und noch wichtiger als Oberkommandierender aller ZANLA-Truppen, wo auch immer ihr sein mögt. Ihr habt alle inzwischen erfahren, daß wir infolge der kürzlichen Lancaster-House-Konferenz in London ein Abkommen abgeschlossen haben. Wir stimmten einer Verfassung für eine souveräne Republik Zimbabwe, der Notwendigkeit, das Muzorewa-Marionettenregime sogleich zu vernichten und der Abhaltung von Neuwahlen auf der Grundlage des Prinzips „Ein Mann – eine Stimme“ zu, um eine neue demokratische Mehrheitsregierung zu schaffen. Damit freie und gerechte Wahlen abgehalten werden können, stimmten wir zu, daß ein Waffenstillstand verkündet werden sollte, der am 28. Dezember 1979 beginnt. Der Waffenstillstand wird verschiedene Bestandteile umfassen, wovon die Notwendigkeit ein Teil ist, daß die rhodesischen Streitkräfte auseinanderrücken, dem die Umgruppierung unserer Truppen an verschiedene regionale Punkte als Beginn ihrer Umgruppierung in den Sammelplätzen folgt. In Übereinstimmung mit diesem Abkommen habe ich heute die Anweisung erteilt, daß 42 unserer Oberkommandierenden nach Salisbury geflogen werden, um den Waffenstillstandsprozeß einzuleiten. Diese ZANLA-Kommandeure werden vom Genossen Rex Nhongo angeführt, einem Mitglied unseres Zentralkomitees, der auch stellvertretender Sekretär für Verteidigung und unser Operationschef ist. Er wird von Genossen Tungamirai unterstützt, einem Mitglied unseres Oberkommandos.

Die 42 Kommandeure verließen Maputo ungefähr um 16.30 Uhr an Bord einer britischen Chartermaschine. Wenn ich zu euch spreche, sind sie jetzt in unserem militärischen Hauptquartier in Salisbury. Heute ist ein historischer Tag in den Annalen unseres Kampfes. Wir haben 14 Jahre einen bewaffneten Kampf geführt. In diesem Prozeß besiegten wir Ian Smith. Wir liquidierten das Muzorewa-Regime und zwangen Großbritannien, für den Übergang zur Mehrheitsherrschaft einen Gouverneur zu ernennen. Heute haben unsere Truppen Salisbury betreten, nicht als Gefangene, nicht als gewöhnliche Leute, sondern als stolze, siegreiche und anerkannte Truppen.

Die ZANLA wurde eine rechtmäßige Kraft im Lande mit dem Hauptquartier im Herzen von Salisbury. Wir sind erfreut, daß Lord Soames, der Gouverneur, jetzt das Verbot der ZANU, das von dem rassistischen Minderheitsregime 1964 verhängt wurde und vom Marionettenregime erneuert wurde, aufgehoben hat. Wir werden jetzt unser Generalhauptquartier sofort in Salisbury eröffnen und Zweigstellen in Bulawayo, Gwelo, Umtali Fort Victoria, Chiredzi, Sinoia und anderen Zentren und Städten errichten. Wir treten jetzt in die politische Phase gegen einen demoralisierten und besiegten Feind ein.

Ich möchte euch unser Versprechen betonen, daß sich unsere Seite an Abkommen hält, unter der Bedingung, daß auch die andre Seite, die rhodesischen Truppen, sich verpflichten, das Abkommen einzuhalten. Sie müssen den Waffenstillstand einhalten. In der Tat müssen die Truppen zunächst auseinanderrücken. Wenn sie den Waffenstillstand brechen und in irgendeiner Weise handeln, die unsere Position bedroht, werden auch wir uns nicht gebunden fühlen, das Waffenstillstandsabkommen einzuhalten. Es gibt deshalb zwei Seiten des Waffenstillstandsabkommens. Zweitens haben wir zugestimmt, den Waffenstillstand einzuhalten unter der Bedingung, daß die südafrikanischen Truppen aus unserem Lande abziehen. Wenn die südafrikanischen Truppen im Lande bleiben, dann werden wir unsere Position zu überprüfen haben, und unter diesen Umständen werden wir gleichermaßen berechtigt sein, unsere Verpflichtung zum Waffenstillstandsabkommen zurückzuziehen.

Eure Kommandeure und niemand sonst, ich wiederhole: eure Kommandeure und niemand sonst, werden euch die notwendigen Anweisungen geben, wie und wohin ihr euch zu bewegen habt, und sie werden dies tun, wenn sie zu euch kommen. Seid äußerst wachsam gegenüber dem Feind und erlaubt euch nie, unbewaffnet zu sein, denn das Gewehr ist euer sicherster Verteidiger. Es ist Teil des Waffenstillstandsabkommens, daß wir unsere Waffen behalten. Haltet also an euren Waffen fest. Der Grund für den Waffenstillstand ist, daß wir Frieden für die Wahlen brauchen, damit unsere Massen wählen können. Aber dies muß von beiden Seiten kommen, den rhodesischen Truppen und unserer Seite. Es kann nicht allein von uns kommen. Dies ist die Grundposition. Deshalb bleibt, wenn ihr den Waffenstillstand befolgt, äußerst wachsam, laßt euch von niemand betrügen, erlaubt dem Feind nicht, euch auszunutzen.

Wir sind zuversichtlich, vollkommen zuversichtlich hinsichtlich des Siegs bei den Wahlen, weil die Massen uns unterstützen. Es ist deshalb ein Vorteil für uns, daß es friedlich und ruhig ist, so daß so viele Menschen wie möglich uns wählen können, so daß wir eine neue Regierung anstatt der Marionetten Muzorewas bilden können.“

Aus dem Politischen Programm der ZANU von 1973

„Das primäre politische Ziel unserer Revolution ist der Aufbau eines freien demokratischen, unabhängigen und sozialistischen Zimbabwe und die Beseitigung der politischen Vorherrschaft der ausländischen Siedler in unserer Gesellschaft und ihrer imperialistischen und kapitalistischen Verbündeten. Das Ziel ist die nationale Unabhängigkeit. Das Volk von Zimbabwe hat eine lange Tradition der Selbstherrschaft und Unabhängigkeit, die bis ins mächtige und berühmte Königreich von Monomotapa, dem ersten großen Herrscher über die Shona-Völker im

gebieten bleiben. Mugabe sagte schon vor Ablauf der Sammelfrist: „Die Anwesenheit der Hilfstruppen ist ein Grund, warum unsere Leute nicht scharf darauf sind, in die Sammellager zu kommen." Ein Verantwortlicher der ZAPU sagte: „Sie sagen, daß, wenn sie abziehen, die Hilfstruppen und Selous Scouts (koloniale Antiguerillaeinheiten) die Volksmassen unterdrücken." 4. hat der britische Kommissar den südafrikanischen Truppen ausdrücklich zugestanden, den Grenzübergang bei Beitbridge, über den die Eisenbahnverbindung zwischen Zimbabwe und Südafrika verläuft, auf dem Gebiet von Zimbabwe selber zu sichern. Verstärkt werden südafrikanische Truppen eingeschleust. Auch darauf wies Robert Mugabe hin: „Es scheint die britische Strategie zu sein, daß uns südafrikanische Truppen nach Möglichkeit umfassen und einkreisen. Wenn die Wahlen stattgefunden haben und uns das Volk in die Regierung wählt, wird England das Land verlassen, und wir werden den Südafrikanern gegenüberstehen. Und unter diesen Umständen könnten die südafrikanischen Truppen unsere Einheiten, die an den Sammelpunkten konzentriert sind, leicht umzingeln." Teilweise handelt es sich bei den Maßnahmen des britischen Kommissars um Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens, teilweise legt er das Abkommen zugunsten der Kolonialtruppen aus und teilweise ist das Abkommen selber zugunsten der Kolonialtruppen, so, wenn die Polizeitruppen der Kolonialmacht in ihrer Funktion bestätigt werden. Militärisch ist es für die Kolonialtruppen mit ihren schweren Waffen sowieso kein Risiko, sich zu sammeln. Sie waren schon vor dem Waffenstillstand in vielen Gebieten nur zu Streifzügen in der Lage und ansonsten in Lager konzentriert. Die Konzentration macht gerade ihre Stärke aus. Für die Guerillatruppen dagegen ist die Sammlung und Konzentration in einigen wenigen Lagern militärisch sehr gefährlich. Sie riskieren dabei nicht nur ihre Infrastruktur, sondern setzen sich direkt Schlägen aus. Das ist ein unter Umständen nicht wieder gut zu machender Nachteil.

Die britische Kolonialmacht ist bei den Verhandlungen in London äußerst geschickt vorgegangen. Erst brachte sie die Verfassung durch, die scheinbar noch nichts entschied, in Wirklichkeit aber eine juristische Lage schuf, in der jede revolutionäre Maßnahme zum Verfassungsbruch wird, der Vorwände zur Intervention bietet, zumal die „Weißen", d.h. die Kolonialherren, als Minderheit ein Verfassungselement bilden und zwecks Schutz der Verfassung und ihrer selbst an das Ausland appellieren können. Dann haben sich die Briten für die Übergangszeit bis zu den Wahlen wieder in die Regierungsmacht gebracht. Schließlich haben sie ein Waffenstillstandsabkommen durchgesetzt, das die Position der Kolonialtruppen während der Übergangszeit sichert und sie für die Zeit nach den Wahlen, wenn die Frage der Macht akut wird, stärkt. Nach dem Waffenstillstand hat der britische Kommissar als Souverän den südafrikanischen Truppen Sicherheitsinteressen auf dem Gebiet von Zimbabwe zugestanden, wodurch die Interventionsvorbereitungen von Südafrika aus legalisiert werden.

Wird durch die Verfassung jede revolutionäre Maßnahme in den Ruch des Verfassungsbruches gebracht, so durch das Waffenstillstandsabkommen jede Maßnahme der Selbstverteidigung der Befreiungsbewegung in den Ruch der Verletzung des Waffenstillstands und der Übergangsregelung. Das ganze sieht nach einer Falle aus, wobei die Hoffnung auf einen Wahlsieg den Köder bildet. Aber der Wahlsieg wird die Frage „Wer wen?" erst richtig aufwerfen. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Kolonialarmee zahlenmäßig der Guerillaarmee der Befreiungsbewegung überlegen ist und daß die Kolonialisten allesamt bis auf die Zähne bewaffnet sind, während das Volk von Zimbabwe größtenteils unbewaffnet ist. Die Frontstaaten haben die Patriotische Front gedrängt, in London zu einer Vereinbarung zu kommen, weil sie unter den Lasten des langandauernden Krieges leiden und selber eine Masse von Aufbauproblemen zu lösen haben. Wenn sich die Lage in Zimbabwe erneut spannt, wird die Befreiungsbewegung hauptsächlich auf ihre eigenen Kräfte zählen müssen. Da durch die Londoner Abkommen für die Unabhängigkeit Zimbabwes noch nichts Entscheidendes gewonnen ist, ist auch den Interventionsabsichten der beiden Supermächte noch kein entscheidender Riegel vorgeschoben. Muzorewa wird von den USA aus wie auch von Südafrika her unterstützt. Die Kolonialisten haben sich seit der Rebellion von 1965 immer mehr auf die USA statt auf das britische „Mutterland" gestützt. Hinter den Interventionsvorbereitungen der Republik Südafrika stecken vor allem die USA, die aus den Verhandlungen ausgebootet waren. Kommt es zu einer Intervention, dann wird es auch nicht an Kräften fehlen, die an die andere Supermacht appellieren. Mozambique und Angola gehört zu den 18 Ländern, die in der UNO gegen den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan gestimmt haben. Zimbabwe würde eine sowjetische Riegelbildung im südlichen Afrika erleichtern. Alles in allem ist es also bestimmt nicht falsch, wenn man sich auf eine krisenhafte Entwicklung der Lage einstellt und dabei auch nicht vergißt, daß die BRD im südlichen Afrika beträchtliche imperialistische Interessen hat und wie in Namibia, wenn auch weniger offen, an den imperialistischen Komplotten beteiligt ist.

Muß die Falle zuschlagen? Nicht unbedingt und nicht unbedingt erfolgreich. Sicher gab es Gründe, sich von seiten der Befreiungsbewegung auf die Sache einzulassen. Die Unterstützung der Befreiungsbewegung durch die Volksmassen wird jetzt erst richtig sichtbar. Auch in den Städten ist sie beträchtlich. Die Befreiungsbewegung bleibt bewaffnet und das Land wird ihr, wenn kein Überraschungsschlag gelingt, nicht mehr abzunehmen sein. Wenn die Befreiungsbewegung in den Städten eine wirksame und schlagkräftige Organisation aufbaut, so daß sie diese Stützpunkte des Feindes gefährden kann, während sie die Kontrolle auf dem Land nicht verliert, dann sind die Bedingungen nicht schlecht, um die Situation für die Befreiungsbewegung und das Volk zu entscheiden. Der Wahlsieg allein wird diese Entscheidung nicht bringen.

16. und 17. Jahrhundert, zurückreicht. Jene Freiheit und Unabhängigkeit, die uns vom britischen Kolonialismus und Imperialismus vor etwa 80 Jahren geraubt wurde, muß wiederhergestellt und eine neue Nation geschaffen werden. Jeder Bürger Zimbabwes soll das uneingeschränkte Wahlrecht besitzen. Das gilt für die Wahl der Mitglieder der Nationalversammlung und aller anderen staatlichen Institutionen. Die gegenwärtige Nationalversammlung wird aufgelöst und alle ihre diskriminierenden Gesetze werden für null und nichtig erklärt werden. Alle Bürger Zimbabwes sollen über die Partei am Zustandekommen von Entscheidungen und bei der Festlegung der Politik teilhaben und über Volksabstimmungen zu wichtigen politischen Fragen und über die wirkungsvolle Umsetzung der Macht des Volkes in allen staatlichen Institutionen beteiligt sein. Die Kontrolle der Staatsmacht – die Gesetzgebung, Verwaltung, Justiz, Armee und die Polizei – soll in den Händen aller Bürger von Zimbabwe liegen und von ihnen fortwährend und wirkungsvoll ausgeübt werden.

Alle Menschen, Männer und Frauen sollen völlig gleichberechtigt sein, Menschen jeder Hautfarbe, Kultur und Herkunft, die sich mit einem sozialistischen Zimbabwe identifizieren, werden in breitem Umfang Gelegenheit erhalten, zur Entwicklung des Landes beizutragen und ihre eigenen menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Niemandem wird es erlaubt sein, andere freie und gleichberechtigte Bürger zu seinem persönlichen Nutzen auszubeuten oder materielle und finanzielle Zuwendungen, die nicht aus seinen eigenen Bemühungen herrühren, anzunehmen.

Die Wirtschaft eines freien, demokratischen, unabhängigen und sozialistischen Zimbabwe wird so angelegt sein, daß sie die Grundbedürfnisse jedes Bauern und Arbeiters entsprechend seinem Anspruch auf ein glückliches Leben und auf die volle Entwicklung seiner Fähigkeiten befriedigt. In Zimbabwe befinden sich reiche natürliche Vorräte, die für die Versorgung einer großen Bevölkerung und für die Befriedigung ihrer grundlegenden Bedürfnisse ausreichen. Alle Produktionsmittel und der ganze Verteilungsapparat werden in die Hände des gesamten Volkes von Zimbabwe gelegt. Das gegenwärtig kapitalistische Wirtschaftssystem, das ein paar Siedler in Rhodesien und Kapitalisten in Südafrika, England und Amerika auf Kosten der arbeitenden Massen begünstigt, wird beseitigt werden."

Das Siedlerregime raubte den Bauern Zimbabwes das Land – Das Land-Besitz-Gesetz

z.gug. „Jede Rasse soll ihr eigenes Gebiet haben, keine Rasse darf im Gebiet der anderen Rasse Eigentum an Land haben, oder Land okkupieren ...", lautet der Abschnitt 11 des „Land Tenure Act" (Land-Besitz-Gesetz), den das weiße Siedlerregime 1969 in Kraft setzte. Nach diesem Gesetz teilten sie das 96,4 Mio. acres (1 acre = 4046,8 m²) umfassende Land Zimbabwes in drei Teile auf. Das „Nationale Land" von ca. 6,6 Mio. acres mit Wäldern, Parks und Wildreservaten, das ca. 45 Mio. acres umfassende „Europäische Land", welchem sie die regenreichen, bewässerten und mit einem guten Transportnetz versehenen Gebiete zuordneten, einschließlich aller Städte, und das gleichgroße „Afrikanische Land", das regenarm, unfruchtbar und ohne Straßen- und Eisenbahnverbindung ist. Mit dem „Land Tenure Act" wurde der Landbesitz der Kolonialisten um 8,45 Mio. acres vergrößert, der der afrikanischen Bauern um 0,95 Mio. acres. Das Gesetz verbot jedem Afrikaner Kauf oder Pachtung von Land in nicht „Afrikanischem Gebiet", er darf es nicht einmal betreten, außer er arbeitet dort für die Siedler. In diesem Fall wurde ihm durch Neben-Gesetze verboten, Frau und Kinder zu seinem Arbeitsort mitzunehmen. Das „Afrikanische Gebiet" wurde zudem in Stammesgebiete eingeteilt, die nur für Stammesangehörige zugänglich sind. Jeden Verstoß gegen das Gesetz verfolgt das Siedlerregime mit Vertreibung, Landenteignung und Strafen.

Ende 1976 lebten in Zimbabwe 6682 europäische Farmer, von denen jeder 100mal soviel Land besaß wie die 680000 registrierten afrikanischen Bauern. 332000 afrikanische Landarbeiter arbeiteten für die 6682 weißen Siedler. 97% der Bevölkerung im „Europäischen Gebiet" sind Afrikaner. Trotz des hohen afrikanischen Bevölkerungsanteils steht die Besiedlung dort in keinem Verhältnis zu dem im „Afrikanischen Gebiet", wo 80% der afrikanischen Landbevölkerung leben.

Im „Afrikanischen Gebiet" herrschen Überbevölkerung und Versorgungsprobleme, während im „Europäischen Gebiet" von 9 Mio. acres fruchtbarsten Ackerlandes nur 15% genutzt werden. Im „Afrikanischen Gebiet" sind 70% des Landes vom Vieh bis auf die Narbe abgefressen, die Maisproduktion sank aufgrund des erzwungenen Raubbaus im Zeitraum von 1962–77 um ein Drittel. 40% der Männer im Alter zwischen 16 und 30 Jahren sind ohne Land, nur ca. 50% der Familien können ein Stück Vieh ihr eigen nennen. 20% der Landbevölkerung wurde bis Mitte 1977 vom Siedlerregime in Wehrdorfer gesperrt.

Gegenüber der Forderung der britischen Imperialisten nach Entschädigung bei Enteignung erklärte Robert Mugabe, Vorsitzender der ZANU und Co-Vorsitzender der Patriotischen Front: „Wir können nicht akzeptieren, daß die Weißen überhaupt ein Recht haben, Entschädigung für jede mögliche Nationalisierung des Landes zu fordern ... Denn sie haben es ursprünglich an sich gerissen, unser Volk beraubt und vertrieben und nicht einen Cent für das Land bezahlt."



In den befreiten Gebieten versucht die ZANU, die Bauern auf genossenschaftlicher Grundlage zusammenzuschließen

Arbeitsgesetze des rhodesischen Kolonialregimes – Sklavenarbeit für das Volk von Zimbabwe

z.kam. Nicht einmal ein Sechstel der afrikanischen Bevölkerung Zimbabwes ist lohnabhängig (1978: 909500), den Großteil der rund 6,4 Mio. Afrikaner bilden die Bauern. Das riesige Arbeitsloseheer wird statistisch gar nicht erfaßt. Über die Hälfte der afrikanischen Lohnabhängigen waren bisher Landarbeiter oder Hausdiener, rund 140000 Afrikaner wurden in der verarbeitenden Industrie ausgebeutet und etwa 61000 in den Bergwerken.

Bereits 1901 setzte das rhodesische Kolonialregime das „Master and Servant Act" (Dienstherr und Bedienstete-Gesetz) in Kraft, in dem mit hohen Geldstrafen gedroht wurde, wer sich von der Arbeit entfernte, berauscht oder nachlässig war, sich ungehorsam oder beleidigend verhielt. Bis heute ist dieses Gesetz für die Hausdiener, die Minen- und Landarbeiter gültig.

Ein halbes Jahrhundert später (1959) reagierte das Kolonialregime mit dem „Industrial Conciliation Act" (Industrie-Schlichtungs-Gesetz) auf die großen Streiks der Minen- und Eisenbahnarbeiter: Das Gesetz verbot grundsätzlich die Bildung von Einheitsgewerkschaften. Die gewerkschaftlichen Rechte wie Versammlungs- oder Demonstrationsfreiheit waren nochmals 1960 durch das „Gesetz zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung" fast völlig abgeschafft worden. Das Streikrecht war unterdrückt. Wer zu einem Streik aufrief oder an einem teilnahm, konnte mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft werden; allein drei Jahre Gefängnis drohten für das Aufstellen von Streikposten.

Soziale Sicherung gab es für Afrikaner nicht, sie erhielten auch praktisch keine Arbeitslosenunterstützung. Arbeitslose wurden aufgrund des Landstreicher-Gesetzes in Zwangslager getrieben. Und durch das 1972 verschärfte Paßgesetz wurde alle Afrikaner gezwungen, jederzeit Ausweise bei sich zu tragen, ansonsten drohte ein Jahr Gefängnis. Über zwei Drittel der afrikanischen Arbeiter lag 1975 mit ihren Löhnen noch unter der vom Kolonialregime selbst aufgestellten Armutsgrenze von 45,7 rhodesischen Dollar im Monat (ein europäischer Aufseher verdiente im Durchschnitt 10mal mehr als ein afrikanischer Arbeiter).

Die „Job-Reservationen" für die weißen Aufpasser, die das Regime sich mit immensen Schmiergeldern als Facharbeitskräfte ins Land geholt hatte, verhinderten, daß Afrikaner überhaupt eine Fachausbildung erhielten. Die Afrikaner waren in Reservate, die sogenannten „Townships", gepfercht. Viele mußten als Wanderarbeiter ihre Familien zurücklassen, und wer in die Stadt kam, um Arbeit zu suchen, brauchte eine Genehmigung der Behörden – nach drei Wochen konnte er wegen „unbefugten Betretens" verhaftet werden. Wer seinen Arbeitsplatz verlor, verlor auch das Wohnrecht.



Imperialisten und Kolonialisten trieben billige Arbeitskräfte gewaltsam aus der afrikanischen Bauernschaft. Durch Zwangsarbeit erzielten sie Profite.

Imperialisten pochen auf „Kontinuität" – Pensionsansprüche der Kolonialbeamten

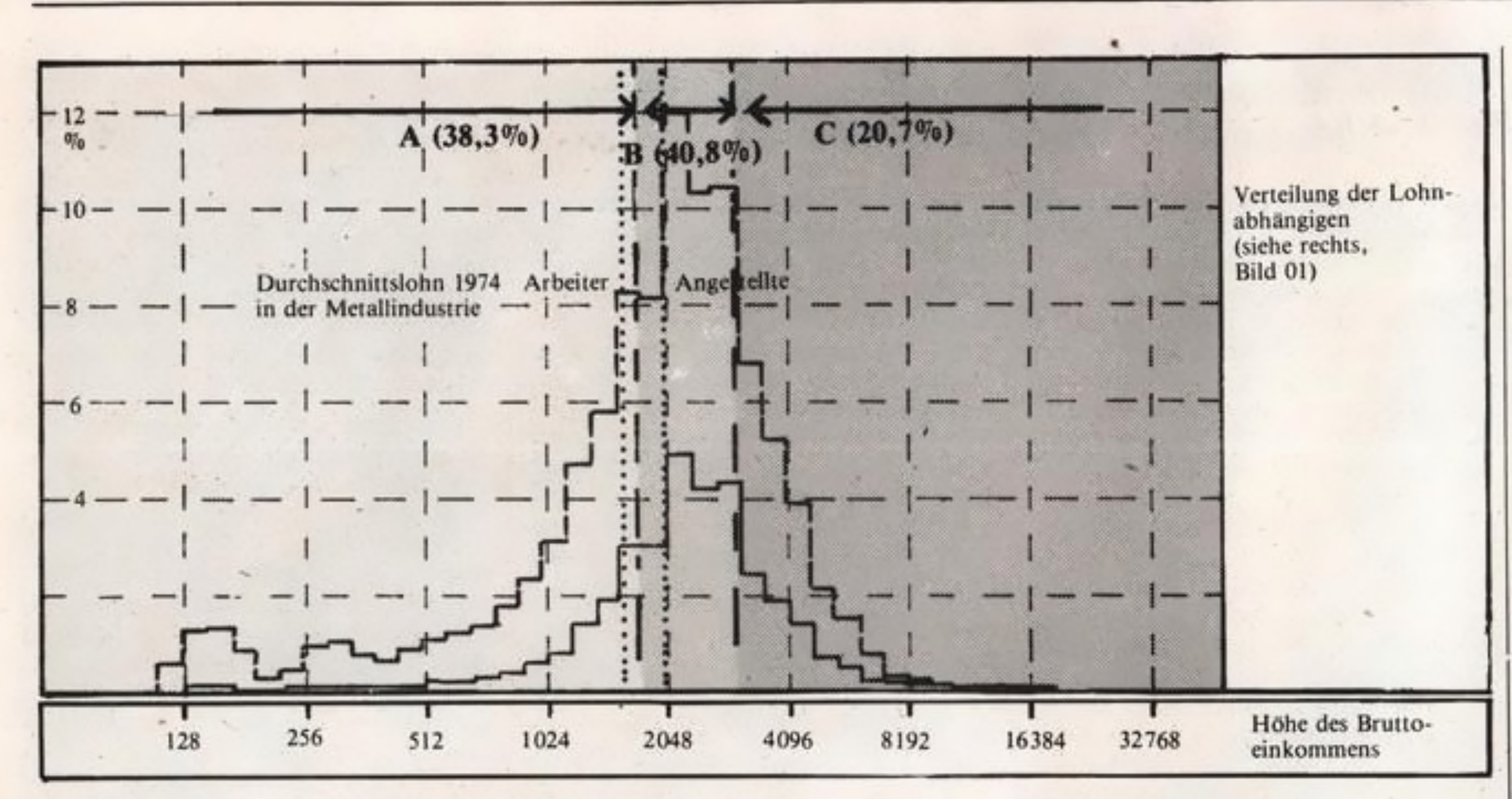
z.gab. In einer Vielzahl von Einzelbestimmungen der neuen Verfassung haben sich die Imperialisten die Möglichkeit abgesichert, zumindest Teile ihres Kolonialbeamtenapparats über die Übergangszeit hinüberzuretten. So kann z.B. ein Richter nur wegen geistiger und körperlicher Unfähigkeit oder Mißbrauch aus dem Amt entlassen werden. Die Patriotische Front hatte in ihrem Verfassungsentwurf die sofortige Entlassung aller Kolonialrichter gefordert, ebenso wie sie auch forderte, keinerlei Zahlungsverpflichtungen des alten Regimes zu übernehmen.

Nur eine grobe Vorstellung über das tatsächliche Ausmaß dessen, was die jeweils ausgesteuerte Generation von Kolonialbeamten verfrißt, geben die verfügbaren offiziellen Statistiken. So hatte das Siedlerregime 1974 34900 Beamte beschäftigt. Das Heer von Polizei und Militär, vielfach Söldner, ist in diesen Zahlen nicht enthalten. 143 Mio. Rand betrugen damals die Personalkosten in den aufgeführten Bereichen, 17,4 Mio. Rand die gezahlten Pensionen. In der Unabhängigkeitsverfassung ist nun festgelegt, daß alle Beamten Pensionsleistungen entsprechend der günstigen Bedingungen während ihrer Dienstzeit erhalten müssen und durch kein nachträgliches Gesetz weniger erhalten dürfen. Auch diejenigen, die Zimbabwe bereits verlassen haben, sollen ihre Pensionsansprüche in voller Höhe, frei von jeglichen Abzügen, Gebühren und Steuern überwiesen bekommen.

Diese Regelung geht parallel mit einer anderen, wonach das neue Zimbabwe alle Staatsschulden, die das Kolonialregime, hauptsächlich zur Aufrechterhaltung des Unterdrückungsapparates, bei imperialistischen Banken aufgenommen hatte, übernehmen müßte. Aus einem Zentralfonds, in die alle Steuereinnahmen fließen, müßten diese Ansprüche mit Zins und Zinseszins, ebenso wie die erwähnten Pensionsansprüche der Kolonialbeamten, die so als Gläubiger Zimbabwes auftreten, vorrangig befriedigt werden.

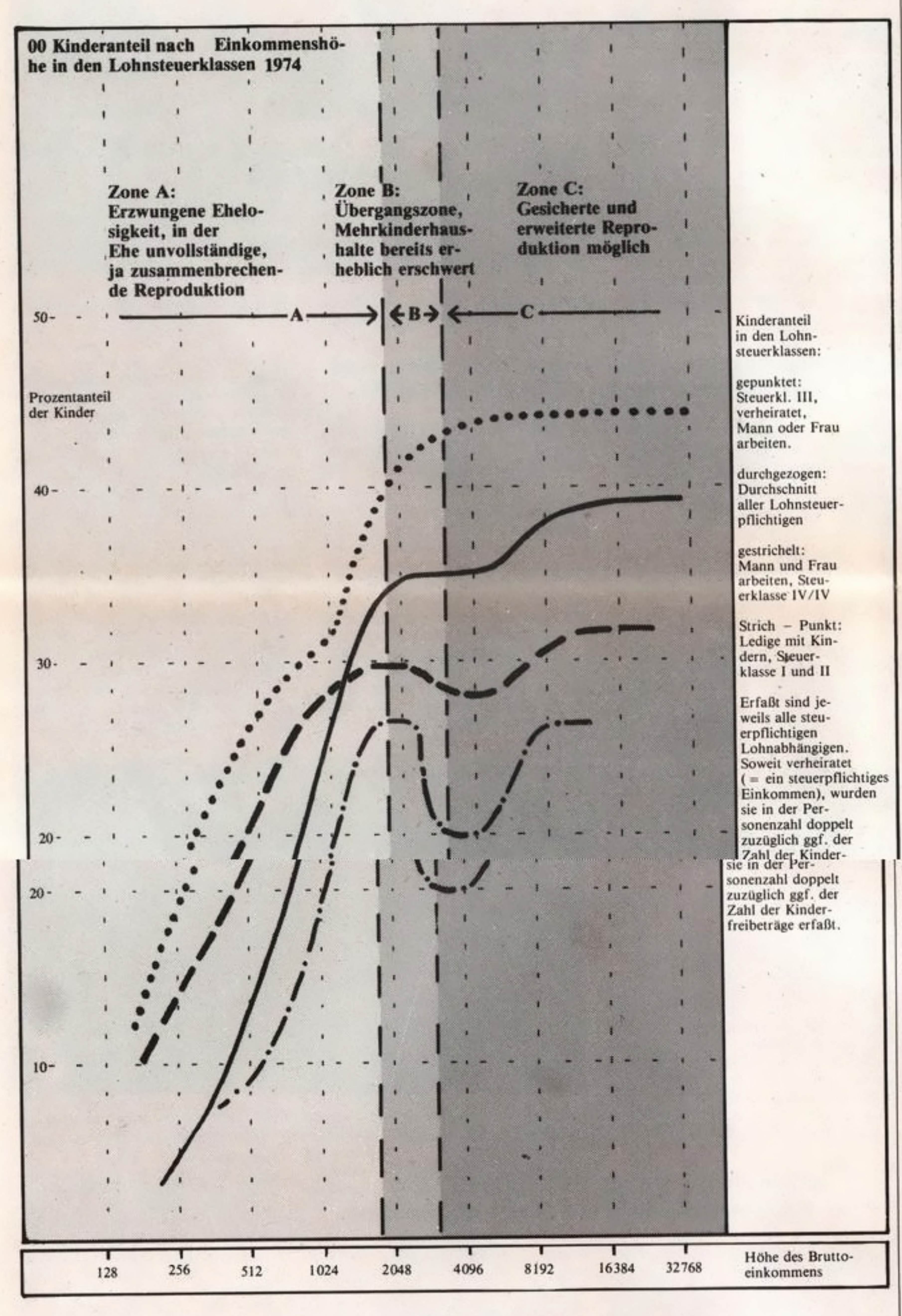


Die Auflösung der rhodesischen Kolonialtruppen einschließlich der Polizei (Bild) sowie die Absetzung von Beamten fordert die Patriotische Front.



Die Wirkung der dau auf die Reproduktion

z.maf. Letzte Woche hat auch der Tarifbezirk Bayern der IG Metall eine Forderung mit starker Festgeldseite aufgestellt. Der bayrische Tarif läuft einen Monat später aus als die anderen Verträge der IG Metall. Die Gefahr, daß die Kapitalisten dort schon bei der Forderungsaufstellung einen Einschüchterungserfolg würden buchen können, war groß und ist jetzt gebannt. Fast gleichzeitig haben die Kapitalisten über NRW ein Angebot von 4,3% lanciert. 4,3% sind wenig, jedoch ist in den letzten Jahren ein erstes Angebot, das so nahe bei der Inflationsrate gelegen hätte, nicht vorgekommen. Die Kapitalisten versuchen ganz offensichtlich, auf der Prozentseite ein wenig gelockert zu verhandeln, um die Festgeldseite totzukriegen. Andererseits können die Kapitalisten einen reinen Prozentabschluß, hoch genug, um auch in der Niedriglohnzone akzeptierbar zu sein, nicht anbieten. 4,3%, ja auch 5 oder 6% sind in der Niedriglohnzone immer noch eine Verspottung und nicht ausreichend. Dennoch, wenn die Kapitalisten



Die Beziehung von Einkommenshöhe und Kinderzahl. In der Sphäre der Reproduktion verschlingen sich die Bevölkerungsklassen der kapitalistischen Gesellschaft untereinander. Verbindung zwischen Haushaltungen ,,Selbständiger" und ,,Unselbständiger" findet andauernd statt. Allerdings nicht beliebig. Unter den ,,Unselbständigen" tritt eine eheliche Verbindung mit den ,,Selbständigen" ebenso auf, wenn der junge kommende Mann der Betriebsführung die Tochter des Firmeninhabers heiratet, wie eine Verbindung statt hat, wenn der Gatte der Würstelbudenbesitzerin in der Fabrik am Band arbeitet. – Es finden also Verbindungen statt, aber nicht regellos, Toni Schmücker würde eine Würstelbudenbesitzerin nicht heiraten, sondern immer in den gleichen bzw. ähnlichen Einkommenssphären. Dort aber findet sie statt. Wir wissen, daß in den letzten Jahren eine Schrumpfung der Gesamtbevölkerung der BRD stattfindet. Die Verlaufsform dieser Schrumpfungsbewegung kann ermittelt werden, indem der Anteil der Kinder, wie sie in den Lohn-, Gehalts- und Einkommensklassen der Bevölkerung da sind, gezählt wird. Es muß sich auf diesem Wege zeigen lassen, ob sich eine Beziehung zwischen der (im folgenden wird vereinfachend immer von Einkommen gesprochen) Einkommenshöhe und der Anzahl der Kinder finden läßt und welcher Art diese Beziehung ist. Eine derartige Untersuchung läßt sich am einfachsten anhand der Steuerstatistik durchführen. Die Steuerstatistik wird allerdings nur alle 3 Jahre ausdrücklich erhoben, die letzte veröffentlichte ist für das Jahr 1974. Außerdem ist bei der Betrachtung der Ergebnisse noch folgendes zu berücksichtigen: Die Steuerstatistik erfaßt in den Einkommensklassen die ,,Steuerpersonen". Arbeiten beide Ehegatten und sind gemeinsam ,,veranlagt", so erscheinen sie in der Einkommensklasse, die ihr gemeinsamer Lohn ergibt. Außerdem erfaßt die Steuerstatistik Jahreseinkommen. Ausfallzeiten schlagen
die ihr gemeinsamer Lohn ergibt. Außerdem erfaßt die Steuerstatistik Jahreseinkommen. Ausfallzeiten schlagen
also voll zu Buche. Außerdem sind Zahlungen etwa aus der Arbeitslosenversicherung nicht enthalten. Wir haben für unsere Rechnung jeder Einkommensklasse die natürlichen Personen, einschließlich der Kinder, zugeordnet, die hinter der ,,Steuerperson" stehen, d.h. aus deren Einkommen leben müssen. Das ergibt eine gewisse Annäherung an die Haushaltseinkommen. Aber auch keine exakte, denn sowohl sind Arbeitslosengelder nicht eingerechnet, wie auch die Rentnerhaushalte oder der Rentenbetrag bei Haushalten, in denen die Rentner Mitglied sind, fehlen. – Es ist die Verteilung nach Steuerpersonen nach der Effektivlohnverteilung und der Verteilung der Haushaltseinkommen jetzt die dritte Sorte von Verteilung, die wir in dieser Zeitung zur Rechengrundlage nehmen. Das verlangt schon eine besondere Entschuldigung. Die Gründe sind: Die Effektivlohnstatistik erscheint vierteljährlich. Die Haushaltsstatistik erscheint jährlich. Die Steuerstatistik erscheint alle drei Jahre. Die Beziehung von Einkommenshöhe und Kinderzahl läßt sich praktisch bloß aus der Steuerstatistik nachweisen. Die detaillierte Begründung von Lohnforderungen kann aber nicht aus der Steuerstatistik für das Jahr 1974 erfolgen. So ungefähr kommt es zu diesem Sonderaufwand.

Wie stellt sich nun die Beziehung zwischen Einkommenshöhe und Kinderzahl dar? Von den niedrigsten zu den höchsten Einkommen gerechnet ergibt sich:

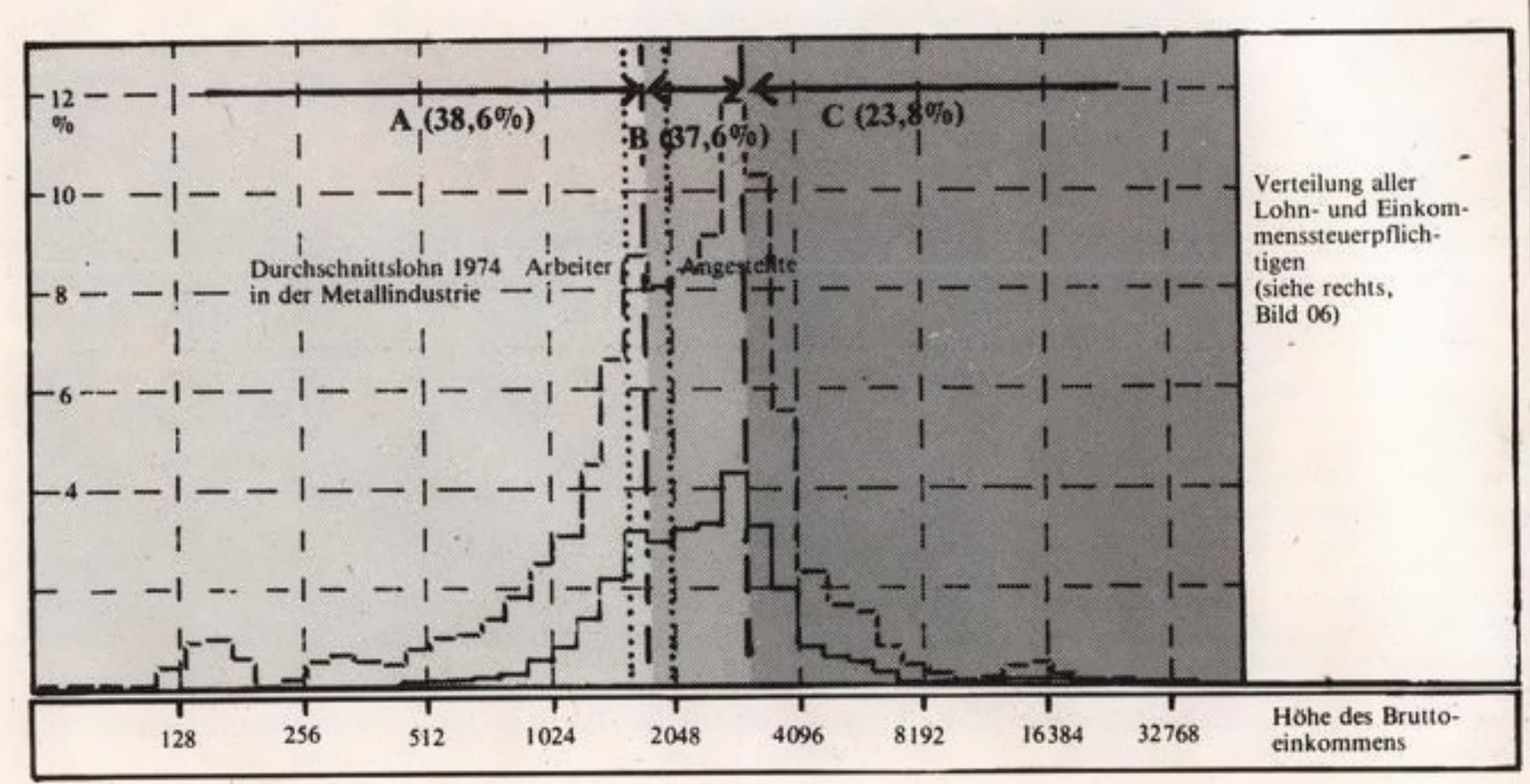
1. In der Zone der Niedriglöhne und Niedrigeinkommen, die 1974 in der BRD rund 38,5% der Bevölkerung umschließt, steigt die Kinderzahl mit sozusagen jedem Pfennig, den das Einkommen steigt. Gleichzeitig ist die Kinderzahl so niedrig, daß in dieser Zone eine vollständige Reproduktion der Bevölkerung nicht stattfindet. In dieser Zone findet ein nicht voll ersetzter Verbrauch der Ware Arbeitskraft statt.

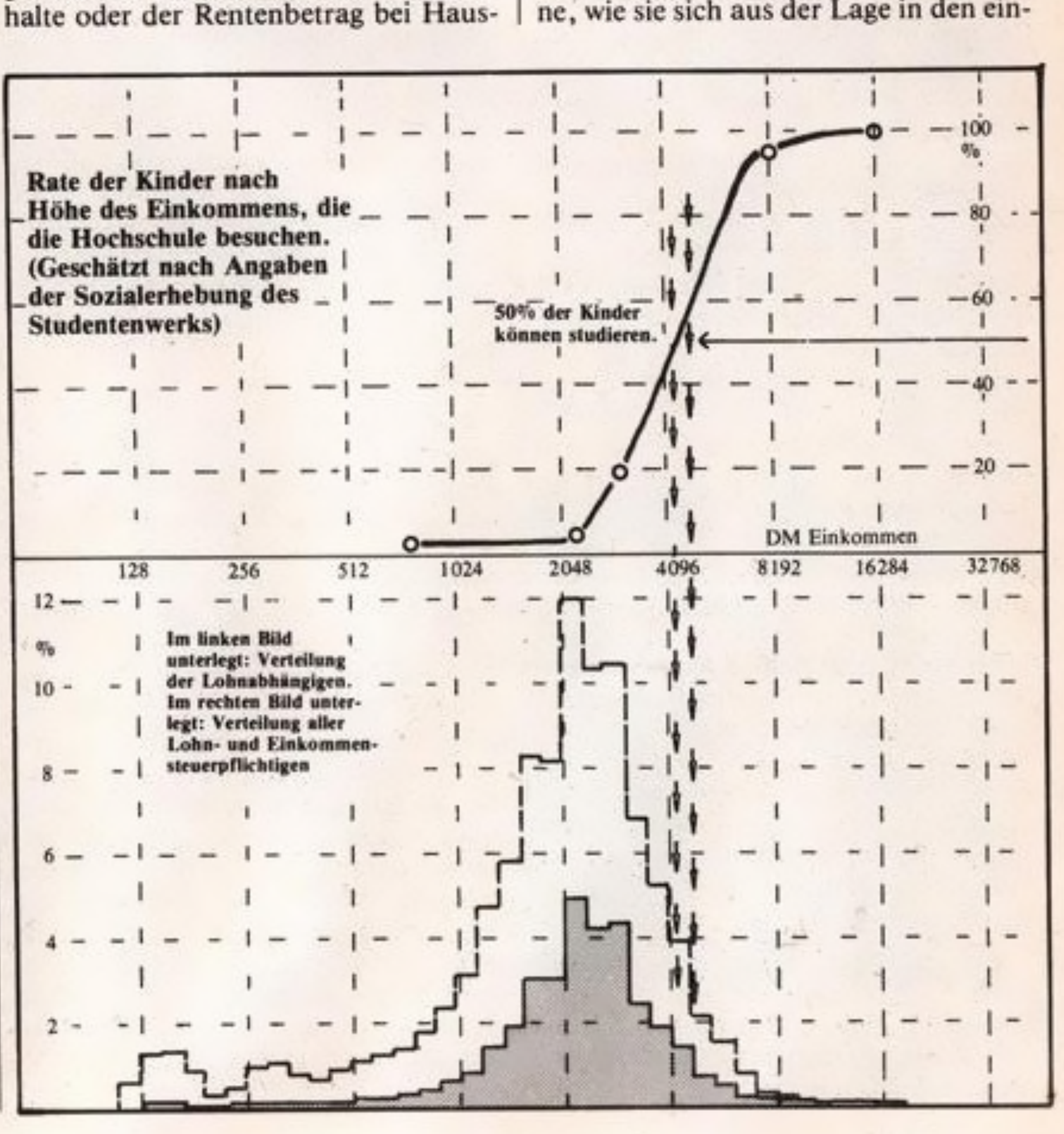
2. In der Zone der mittleren Löhne, Gehälter und Einkommen stellt sich die Beziehung von Einkommenshöhe und Kinderzahl abgeschwächt dar. Zwar steigt dieselbe noch, aber erheblich unterproportional zum Einkommen.

3. In der Zone der höheren Gehälter und Einkommen hört die Beziehung zwischen Einkommenshöhe und Kinderzahl auf, zu wirken. Eine Sättigung ist erreicht. In dieser Zone findet eine vollständige, wahrscheinlich sogar eine erweiterte Reproduktion statt.

vollständige, wahrscheinlich sogar eine erweiterte Reproduktion statt.

Die Sphäre schrumpfender, ja zusammenbrechender Reproduktion. Diese Zone reicht 1974 in damaligen Einkommen gerechnet von einem Monatseinkommen von 128 DM per Monat (offensichtlich wegen unstetiger Beschäftigung usw.) bis rund 1600 DM. Der Arbeiterdurchschnittslohn in der Metallindustrie lag 1974 bei 1571 DM. Der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter leicht darüber also, der der weiblichen darunter. Eine grobe Beschreibung der Zustände in dieser Zone, wie sie sich aus der Lage in den ein-





ernden Lohnsenkungen der Arbeiterbevölkerung

reine Prozente anbieten bis z.B. in die Gegend von sechs Prozent und sich dann gegenüber der Festgeldseite hart machen, ist die Situation nicht einfach. – In so einer Situation ist es schon wichtig, daß man sich ein möglichst genaues Bild zum Zustand der Reproduktion der Arbeiterbevölkerung verschafft. Die sozialen Faktoren, die im Laufe von nun bald zehn Jahren die Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen und für Forderungen mit Festgeldseite hervorgebracht haben, sind, wenn auch nicht auf den Bruchteil berechenbar, so doch abzuschätzen. Die auf diesen Seiten durchgeführte Berechnung des Kinderanteils an der nach Einkommensklassen eingeteilten Bevölkerung ist für das Jahr 1974. Obwohl diese Rechnung viele einzelne Mängel hat und die Lage in der Reproduktion der Arbeiterbevölkerung nur unvollkommen ausdrückt, zeigt sich doch schon drastisch, wie sehr selbst relativ geringfügige Steigerungen des notwendigen Aufwandes die Reproduktionsgrundlage erschüttern mußten.

zelnen Steuerklassen, welche ja die Familienverhältnisse ausdrücken, ergibt:

STK III, d.h. ein Ehegatte, zumeist der Mann, arbeitet, einer nicht. Obwohl die Frau ausreichend Zeit für die Kinderbetreuung zur Verfügung hätte, reicht das Geld nicht aus. Gleichwohl liegt der Kinderanteil erheblich höher als in

STK IV/IV. Offensichtlich ist der Geldaufwand, der in IV/IV für dieselbe Kinderzahl getrieben werden muß, erheblich höher, das heißt, die Reproduktionskosten der mitarbeitenden Ehefrau steigen mit.

STK I/II. In der Steuerklasse I sind alle kinderlosen Ledigen. In der Steuerklasse II alle Ledigen, Verwitweten, Geschiedenen, die Kinder haben. Die durch ökonomischen Druck erzwungene Ehe- und Kinderlosigkeit, die in dieser Zone vorliegt, drückt sich hier als extrem niedrige Kinderanzahl aus.

Alle Löhne und Einkommen: In dieser Darstellung wird der vielseitigen Verschmelzung aller Lebensverhältnisse der Bevölkerung Rechnung getragen, sie trennt bloß nach den Begriffen „arm" und „reich". Sie hat, weil eben in der Realität Verschmelzung ungefähr parallel liegender Einkommen stattfindet, den ruhigsten und klarsten Verlauf. Die Zone schrumpfender, ja zusammenbrechender Reproduktion kann hier einfach als Zone der Armut gefaßt werden. Der natürliche Wunsch, Kinder zu erziehen, zeigt sich in der kapitalistisch brutalen Form der reinen Kostenfrage.

Die Sphäre eingeschränkter Reproduk-
reinen Kostenfrage.

Die Sphäre eingeschränkter Reproduktion. Sie reicht von einem Einkommen von 1600 DM bis zu einem Einkommen von 3100 DM. Der Angestelltendurchschnittslohn in der Metallindustrie lag 1974 bei rund 2100 DM, also in dieser Zone. Die Krise der Reproduktion, die sich in dieser Zone 1974 bereits deutlich abzeichnet, macht aus der Sache ein allgemeines Problem, denn in dieser Zone befinden sich 40,8% der Lohnabhängigen, das heißt, zusammen mit der darunter liegenden sind es bereits 79%. Die Krise, die dort bereits wütet, versteht man erst anhand der Einzeldaten:

StK III: Die Abhängigkeit der Kinderzahl vom Einkommen ist sehr schwach, die Differenz vom linken zum rechten Grenzgebiet ist minimal. Ein derartiges Einkommen ist also ausreichend für die Reproduktion, wenngleich eine solche nur bei Einschränkung der Eltern möglich ist. Die tatsächlichen Verhältnisse kommen bei Betrachtung der StK IV/IV aber zum Vorschein. Es ergibt sich, daß im Falle der vollen Arbeit beider Ehegatten zwar das Einkommen ausreichen würde, um die Reproduktion zu sichern, gleichwohl aber diese nicht zustande kommt. In der StK IV/IV tritt eine Sättigung auf einem Niveau ein, das bloß ⅔ des Kinderanteils bei StK III ausmacht und also einen Schrumpfungsfaktor enthalten wird. Es fehlt die notwendige Zeit. Wird diese Zeit beschafft, indem die Frau zu arbeiten aufhört, tritt eine Verlagerung nach StK III ein, aber ja nicht senkrecht nach oben, sondern um eben den Betrag, den die Frau vorher verdient hat, nach links verschoben. Zumeist also in die Zone, in der äußerste Enge herrscht.

StK I/II zeigt, daß erst in dieser Zone eine große Wanderung nach den Steuerklassen IV/IV und wahrscheinlich auch III eintritt, erst hier beginnt der Lohn also auszureichen, um zu einer ökonomisch sicheren Familienbildung zu gelangen.

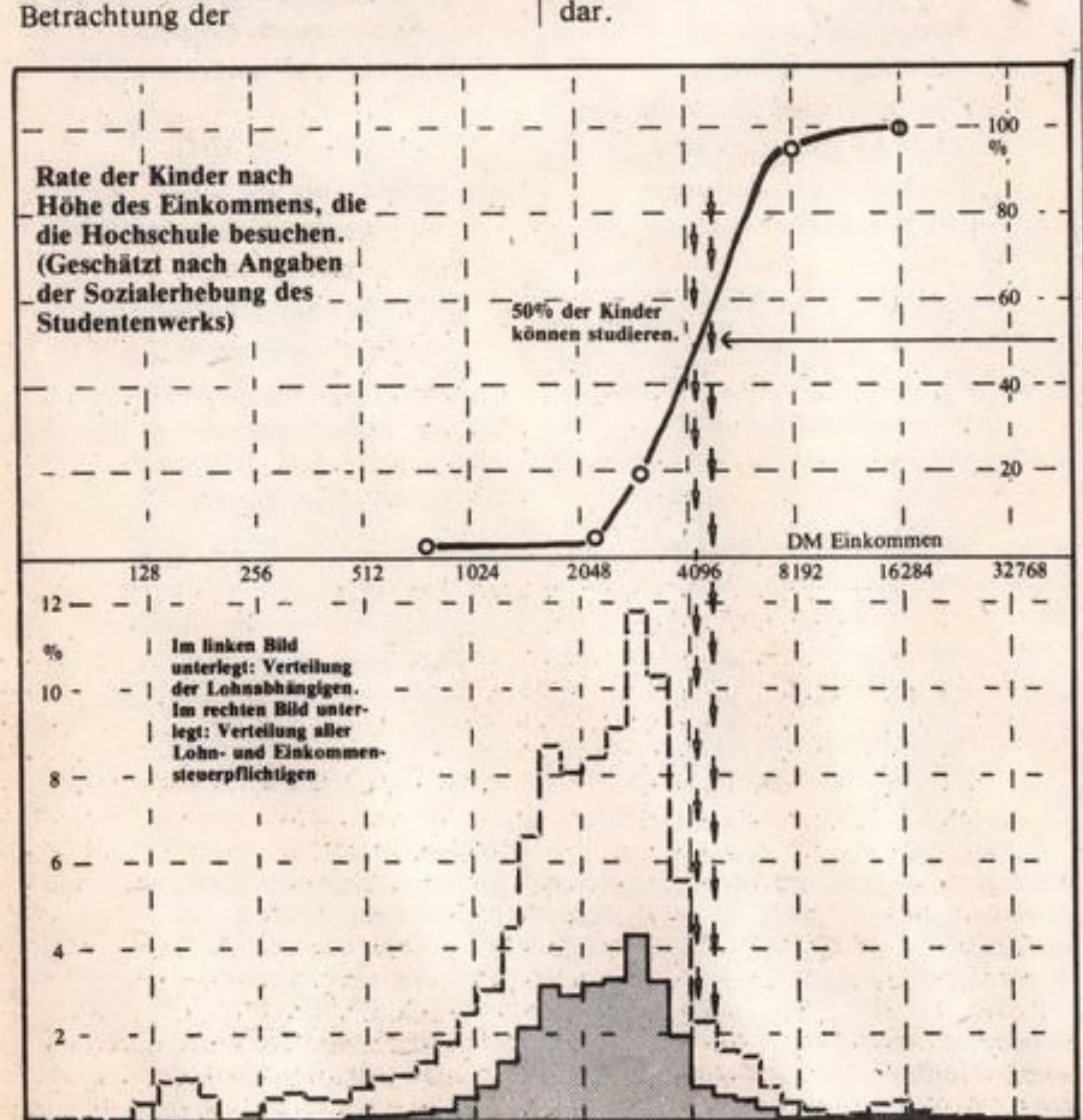
Alle Löhne und Einkommen: In der Summe aller gesellschaftlichen Beziehungen bildet sich in dieser Zone ein Sättigungsplateau heraus.

Die Zone ausreichender Reproduktion. An ihr ist vorderhand bloß von Interesse, daß im Ganzen die Reproduktion gelingt und ihren Sättigungswert erreicht. Es sind ganz erstaunliche Beträge, die zu einem auskömmlichen Leben erforderlich sind. Dies beginnt nämlich erst bei ungefähr 3100 DM im Jahre 1974, 20,7% der ‚Lohnabhängigen' und 24% der Gesamtbevölkerung

Jahre 1974, 20,7% der ‚Lohnabhängigen' und 24% der Gesamtbevölkerung

genießen gleichwohl ein solches. Die in den beiden Bildern unten grob geschätzte Berechnung der Kosten erweiterter Reproduktion zeigt, daß in dieser Einkommenszone mit mittlerer Wahrscheinlichkeit die Ausbildung des Nachwuchses ein Studium umfaßt. – Einer späteren Untersuchung bleibt vorbehalten, die Reproduktionsniveaus für die einfache, ungelernte, die gelernte, die bis zum Abitur schulisch gebildete und die durch Studium gebildete Arbeitskraft zu berechnen.

Abschließend: Da nun ein so großer Bevölkerungsanteil in der Zone eindeutig schrumpfender Reproduktion bereits 1974 sich befindet, ergibt sich schlüssig, daß selbst kleine Verschiebungen des notwendigen Aufwandes in der Reproduktion äußerst drangvolle Verhältnisse schaffen müssen. Der steile Verlauf der Kurve, die den Kinderanteil ausdrückt, stellt sich dann als genauso steil abschüssige Lebensbahn dar.



01 Lohnsteuerpflichtige einschließlich der zur Einkommensteuer veranlagten Lohnabhängigen 1974

Durchschnittslohn 1974 in der Metallindustrie — Arbeiter — Angestellte

Anteil der Kinder gerastert eingetragen

Die verteilte Anzahl umfaßt jeweils alle Familienmitglieder

128 256 512 1024 2048 4096 8192 16384 32768 — Höhe des Bruttoeinkommens

02 Nicht verheiratete Lohnabhängige (Lohnsteuerklasse I, II)

Anteil der Kinder gerastert eingetragen

Die verteilte Anzahl umfaßt jeweils alle Familienmitglieder

03 Verheiratete Lohnabhängige Mann oder Frau steuerpflichtig 1974 (Lohnsteuerklasse III)

Durchschnittslohn 1974 in der Metallindustrie — Arbeiter — Angestellte

Anteil der Kinder gerastert eingetragen

Die verteilte Anzahl umfaßt jeweils alle Familienmitglieder

128 256 512 1024 2048 4096 8192 16384 32768 — Höhe des Bruttoeinkommens

04 Verheiratete Lohnabhängige beide steuerpflichtig III bzw. V 1974

Durchschnittslohn 1974 in der Metallindustrie — Arbeiter — Angestellte

Anteil der Kinder gerastert eingetragen

Die verteilte Anzahl umfaßt jeweils alle Familienmitglieder

05 Verheiratete Lohnabhängige beide steuerpflichtig nach IV/IV 1974

Durchschnittslohn 1974 in der Metallindustrie — Arbeiter — Angestellte

Anteil der Kinder gerastert eingetragen

Die verteilte Anzahl umfaßt jeweils alle Familienmitglieder

128 256 512 1024 2048 4096 8192 16384 32768 — Höhe des Bruttoeinkommens

06 Verteilung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 1974

Durchschnittslohn 1974 in der Metallindustrie — Arbeiter — Angestellte

Anteil der Kinder gerastert eingetragen

Die verteilte Anzahl umfaßt jeweils alle Familienmitglieder

07 Verteilung der Bauern, Selbständigen und Kapitalisten 1974

Durchschnittslohn 1974 in der Metallindustrie — Arbeiter — Angestellte

Anteil der Kinder gerastert eingetragen

Die verteilte Anzahl umfaßt jeweils alle Familienmitglieder

128 256 512 1024 2048 4096 8192 16384 32768 — Höhe des Bruttoeinkommens

Lieder aus dem 19. Jahrhundert, vor, während und nach der bürgerlichen Revolution 1848 in Deutschland

Lieder aus den Quellenheften zu den Musiktagen 1979

Die Lieder des 19. Jahrhunderts sind deutlich geprägt von der Entwicklung der Produktivkräfte und den politischen Verhältnissen. Die Lieder der Handwerker stammen aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, das Lied über den 8-Stunden-Tag vom Ende des 19. Jahrhunderts. Dazwischen lag die bürgerliche Revolution von 1848, in der sich die Bourgeoisie zwar auf die Seite des Feudaladels stellte, aber die Bedingungen zur Entfaltung der großen Industrie natürlich geschaffen wurden. Die Lieder der Handwerker richten sich gegen den einzelnen Kapitalisten oder gegen den Handwerksmeister, aber erst nach der bürgerlichen Revolution entwickelt sich der Kampf des Proletariats, um den 8-Stunden-Tag zum Beispiel, als Kampf des gesamten Proletariats gegen die Kapitalistenklasse.

Der Schlossergesell

Text: J.K. Grübel (1736 – 1809)
Melodie: Carl Friedrich Zelter (1758 – 1832)





2. G'sell, hot amal der Meister g'sagt, hör, dos begreif i net!
es ischt doch all mei Lebtag g'west, so lang i denk, die Red': so wie man frißt, so schafft man au; bei dir ischt's net a so:
so langsam hot noch kaner g'feilt, und g'fresse so wie du!
so langsam hot noch kaner g'feilt, und g'fresse so wie du!

3. Ho, sogt der G'sell, des b'greif i schon; 's hot all's sei guta Grund:
das Fresse währt halt garnet lang, und d'Arbeit vierzeh Stund:
wenn aner sollt da ganza Tag in an'm Stück fresse fort:
's würd au gar bald so langsam gahn, als wie beim Feila dort,
's würd au gar bald so langsam gahn, als wie beim Feila dort.

Das Lied „Der Schlossergesell" gehörte zum Repertoire des Arbeitergesangvereins „Einigkeit" Lesum-Burgdamm in Bremen-Nord.

Der Schmied und die Gesellen



Schmied.
Wenn ich an der Esse steh'
Und das Eisen glühen seh',
Möcht' ich immer Waffen machen;
Denn was nützen andre Sachen,
Da wir ohne Vaterland
Untergeh'n in Schimpf und Schand'.

Gesellen.
Wer sich zum deutschen Volk bekennt,
Für Vaterland und Freiheit brennt
Und irgend Waffen führen kann,
Der schaff' sich eilig Waffen an!

Schmied.
Bin ich auch ein Hufschmied nur,
Eisen lieb' ich von Natur.
Doch als Waffe macht's mir Freude!

Schmied.
Bin ich auch ein Hufschmied nur,
Eisen lieb' ich von Natur.
Doch als Waffe macht's mir Freude!

Meine liebste Augenweide
Wär' ein Schwert in eig'ner Hand,
Blutig für mein Vaterland!

Gesellen.
Wer sich zum deutschen Volk bekennt, usw.

Schmied.
Wenn im Dorf schon alles ruht,
Schür' ich eifrig noch die Glut,
Schmiede bei verschloss'nen Türen
Waffen, die das Volk wird führen
Für das heil'ge deutsche Recht,
Gegen Fürst und Fürstenknecht.

Gesellen.
Wer sich zum deutschen Volk bekennt, usw.

Schmied.
Wer des Tag's mich schaffen sieht,
Aber daß ich so bei'm Hammer
Seufz' um meines Volkes Jammer –
Das merkt Keiner wohl so leicht;
Und doch ist mein Aug' oft feucht.

Gesellen.
Wer sich zum deutschen Volk bekennt, usw.

Das merkt Keiner wohl so leicht;
Und doch ist mein Aug' oft feucht.

Gesellen.
Wer sich zum deutschen Volk bekennt, usw.

Der alte Weber



2. Fliege Schifflein, fliege!
Nun sind es wohl an sechzig Jahr,
daß ich ein armer Weber war;
vorbei ist bald die Lebenszeit,
doch nimmer die Mühseligkeit!

3. Fliege Schifflein, fliege!
Hier sitz ich, aller Freude bar,
so arm als ich geboren war,
und webe hin und webe her,
und Herz und Sinn bleibt sorgenschwer.

4. Fliege Schifflein, fliege!
Ich web mir selbst mein Totenkleid,
und webe dran so lange Zeit;
bald bin ich an dem letzten Saum,
das Garn ist fort vom Webebaum.

5. Fliege Schifflein, fliege!
Ach, nicht so viel erwerb ich hier,
ein eignes Grab zu kaufen mir;
man scharrt mich an der Mauer ein
für so viel Müh der Lohn wird's sein!

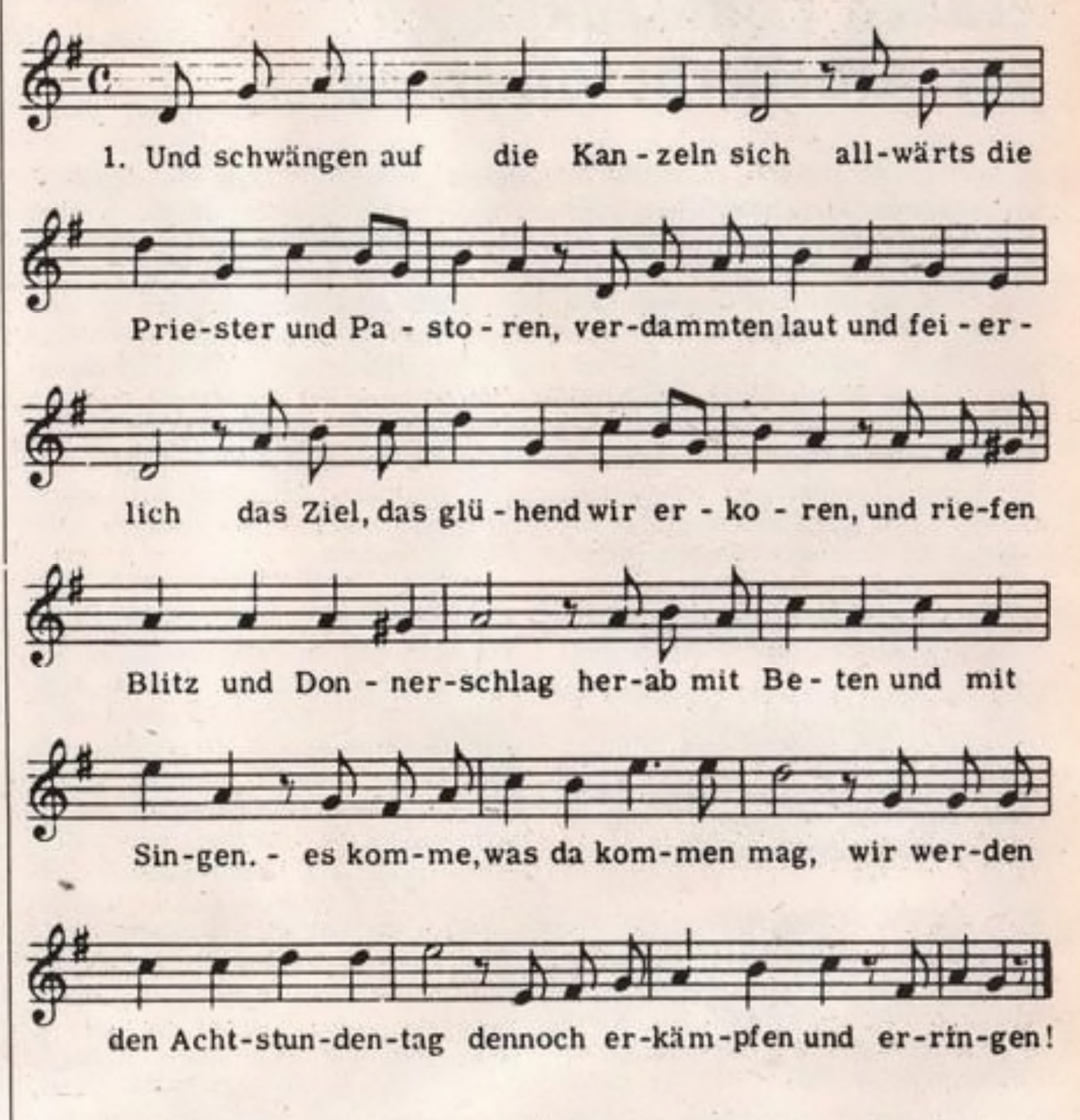
6. Fliege Schifflein, fliege!
Jedoch, wer trägt davon die Schuld?
Ein dummes Vieh ist die Geduld –
Ha, würd ich wieder jung – fürwahr,
ich trüg die Schmach kein halbes Jahr!

7. Fliege Schifflein, fliege!
Dann ging ich zu dem reichen Herrn
und spräch: ‚Bleib mir vom Leibe fern!
Du hast geerntet, ich gesät,
mit meiner Sichel hast du gemäht.' –

8. Fliege Schifflein, fliege!
‚Gib her, was du durch mich gewannst,
und webe selbst, so viel du kannst;
und willigst du nicht friedlich ein:
sollst du von mir gezwungen sein!';
Fliege Schifflein, fliege!"

Das Lied ist von Hermann Püttmann. Nach: Schwab-Felisch, Hauptmann, Die Weber, Ullstein, S. 156

Wir wollen den Achtstundentag



1. Und schwängen auf die Kanzel sich
Allwärts die Priester und Pastoren,
Verdammten laut und feierlich
Das Ziel, das glühend wir erkoren,
Und riefen Blitz und Donnerschlag
Herab mit Beten und mit Singen –
Es komme, was da kommen mag,
Wir werden den Achtstundentag
Dennoch erkämpfen und erringen!

2. Vom Volk der Arbeit wird das Wort
Von den acht Stunden nie vergessen,
Wie Feuer wird es fort und fort
In allen Landen um sich fressen;
Und mögt ihr euch zum Widerstand
Mit hohen Schwüren auch verbinden –
Das Volk, das diese Losung fand,
Wird mit der harten, braunen Hand
Euch den Achtstundentag entwinden!

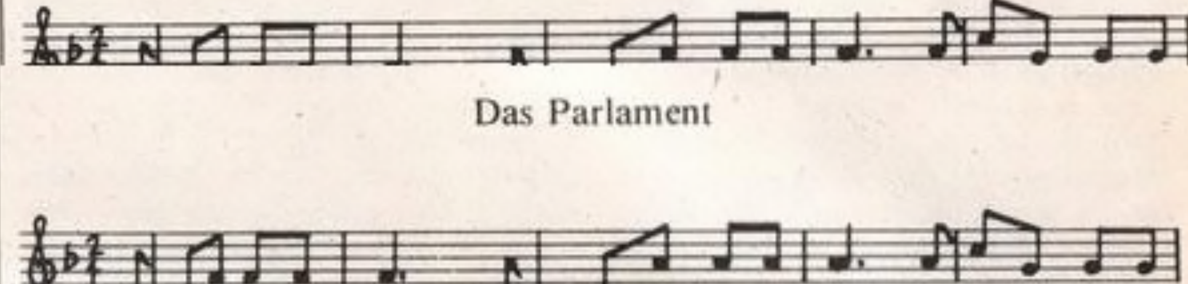
3. Was euch bei uns zu Kopfe stieg,
Gewährt ihr murrend unsern Kindern;
Verzögern könnt ihr unsern Sieg,
Allein ihn nimmermehr verhindern.
Mag da und dort der Ruf noch zag
Und schüchtern an das Ohr euch klingen –
Das Volk, das euch zu Füßen lag,
Wird einstmals den Achtstundentag
Von euch gebieterisch erzwingen.

4. Wir jammern und wir bitten nicht,
Bis euer Mitleid wir gefunden.
Wir sehen frei euch ins Gesicht
Und fordern ruhig die acht Stunden.
Wir wollen lernen, wollen wissen!
Das Wissen ist kein Herrenrecht;
Drum wird in ehrlichem Gefecht
Euch der Achtstundentag entrissen!

Text und Musik: Friedrich aus der Wiesche
Mitte der neunziger Jahre erschien das Lied zum ersten Mal in den Liederheften „Der freie Sänger"

Das Parlament

Das Parlament



Zu Frankfurt am Main –
Da wird man uns befrein;
Man wird die Republiken
Im Mutterleib ersticken
Und Bassermann und Welcker
Beglücken dann die Völker
Im Parla- Parla- Parlament
Das Reden nimmt kein End!

Zu Frankfurt am Main –
Bald zieht der Kaiser ein!
Schon träuft der Gnade Manna,
Ihr Knechte, Hosiannah!
Matthy, der Schuft, Minister –
Triumph, ihr Herrn Philister!
Im Parla- Parla- Parlament!
Das Reden nimmt kein End!

Zu Frankfurt am Main –
Die Wäsche wird nicht rein;
Sie bürsten und sie bürsten,
Die Fürsten bleiben Fürsten,
Die Mohren bleiben Mohren,
Trotz aller Professoren.
Im Parla- Parla- Parlament
Das Reden nimmt kein End!

Zu Frankfurt am Main –
Ist alles Trug und Schein.
Alt-Deutschland bleibt zersplittert,
Das Kapitol erzittert,
Umringt von Feindeslagern,
Die Gänse giga-gagern
Im Parla- Parla- Parlament
Das Reden nimmt kein End!

Zu Frankfurt am Main –
So schlag der Teufel drein!
Es steht die Welt in Flammen,
Sie schwatzen noch zusammen,
Wie lange soll das dauern?
Dem König Schach ihr Bauern!
Dein Parla- Parla- Parlament,
O Volk, mach ihm ein End!

Nachdem das Volk von Berlin und Wien in der Revolution von 1848 Siege errungen hatte, trat in Frankfurt neben dem alten Bundestag die Deutsche Nationalversammlung als Repräsentativversammlung für ganz Deutschland zusammen. Zu ihrem Charakter sagte Engels: „Diese Versammlung alter Weiber hatte vom ersten Tag ihres Bestehens mehr Angst vor der geringsten Volksbewegung als vor sämtlichen reaktionären Komplotten sämtlicher deutscher Regierungen zusammengenommen." Diese Tatsache wird in dem Lied „Das Parlament" angegriffen.